



Stenografischer Bericht

72. Sitzung

am Freitag, dem 20. Januar 2006,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 5109

TOP 2

Aktuelle Debatte

a) **Deutliches Zeichen aller Demokraten
gegen Rechts nötiger denn je**

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2576**

Herr Bullerjahn (SPD) 5109
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer 5110
Herr Wolpert (FDP) 5113
Herr Höhn (Linkspartei.PDS) 5114
Herr Scharf (CDU) 5116

b) **Besorgniserregende Situation in
der Polizei von Sachsen-Anhalt**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- **Drs. 4/2579**

Frau Tiedge (Linkspartei.PDS) 5117
Minister Herr Jeziorsky 5119
Herr Schulz (CDU) 5120
Herr Rothe (SPD) 5122
Herr Kosmehl (FDP) 5124

TOP 15

Beratung

Bericht des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Beschluss des Landtages - **Drs. 4/39/1568 B**

Bericht und Beschlussempfehlung des Neun-
ten Parlamentarischen Untersuchungsaus-
schusses - **Drs. 4/2563**

Herr Gallert (Berichterstatte) 5126
Staatsminister Herr Robra 5130
Herr Sänger (CDU) 5131
Herr Felke (SPD) 5132
Frau Dr. Hüskens (FDP) 5133
Frau Tiedge (Linkspartei.PDS) 5134

Beschluss 5135

TOP 17

Beratung

Bericht zum Stadtumbau Ost

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
- **Drs. 4/2562**

Herr Schröder (CDU) 5135, 5139

Herr Felke (SPD)	5136
Herr Ernst (FDP)	5137
Herr Radschunat (Linkspartei.PDS)	5138
Minister Herr Dr. Daehre	5140

Beschluss	5143
-----------------	------

TOP 18

Erste Beratung

Unterstützung von Leistungsempfängerinnen und -empfängern nach SGB II und anderen sowie Erziehungsberechtigten mit geringem Einkommen bei den Kosten der Schülerbeförderung

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- **Drs. 4/2568**

Frau Dr. Hein (Linkspartei.PDS)	5143, 5148
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	5145
Frau Brakebusch (CDU)	5146
Frau Mittendorf (SPD)	5146
Herr Scholze (FDP)	5147

Ausschussüberweisung	5148
----------------------------	------

TOP 19

Beratung

Entsorgungsnotstand für gewerbliche Abfälle durch Zwischenlager verhindern

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2571**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2580**

Herr Sachse (SPD)	5149, 5154
Ministerin Frau Wernicke	5150
Frau Dr. Hüskens (FDP)	5151
Frau Hunger (Linkspartei.PDS)	5152
Herr Stadelmann (CDU)	5153

Beschluss	5154
-----------------	------

TOP 20

Erste Beratung

Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- **Drs. 4/2572**

Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2581**

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS)	5155
Frau Dr. Hüskens (FDP)	5158
Frau Fischer (Naumburg) (SPD)	5159
Herr Tullner (CDU)	5160
Herr Gallert (Linkspartei.PDS)	5160

Ausschussüberweisung	5161
----------------------------	------

Beginn: 9.05 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 72. Sitzung des Landtags von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode. Ich freue mich, dass trotz des Glatt-eises offensichtlich doch die meisten hierher gefunden haben. Ich begrüße Sie alle herzlich.

Meine Damen und Herren! Unser Kollege, der Abgeordnete Peter Oleikiewitz, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

(Beifall im ganzen Hause)

Wo könnte man diesen Tag besser verbringen als im Landtag von Sachsen-Anhalt?

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Im Namen des Hohen Hauses und auch ganz persönlich gratuliere ich Ihnen herzlich. Ich wünsche Ihnen Glück und Gesundheit und alles, was der Mensch sich sonst noch wünscht. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest. Zur Abwesenheit von Mitgliedern der Landesregierung am heutigen Tag ist schon gestern einiges gesagt worden. Herr Minister Kley wird heute nicht anwesend sein.

Wir setzen nun die 37. Sitzungsperiode fort und beginnen vereinbarungsgemäß mit dem Tagesordnungspunkt 2 - Aktuelle Debatte. Anschließend folgen, wie gestern bereits angekündigt worden ist, die Tagesordnungspunkte 15 und 17, und danach verfahren wir entsprechend der in der Tagesordnung vorgesehenen weiteren Reihenfolge.

Ich rufe zunächst den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Debatte

Für die Aktuelle Debatte liegen zwei Beratungsthemen vor. Ich rufe das erste Thema auf:

Deutliches Zeichen aller Demokraten gegen Rechts nötiger denn je

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2576**

Es sind, wie Sie wissen, Redezeiten von jeweils zehn Minuten je Fraktion vorgesehen. - Ich rufe für die SPD-Fraktion den Fraktionsvorsitzenden Herrn Bullerjahn auf.

Herr Bullerjahn (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Anfang sagen: Wir als Antragsteller glauben, dass unser Antrag auf diese Aktuelle Debatte im Sinne aller Fraktionen ist. Insofern war es verzichtbar, im Vorfeld längere Abstimmungsprozesse herbeizuführen. Ich will es gleich zu Beginn sagen: Mir geht es heute um das gemeinsame Zeichen, nicht um die Ausschöpfung der Redezeit und auch nicht darum, die Thematik noch einmal von Grund auf zu erläutern. Es geht mir um das gemeinsame Zeichen all derer, die hier im Landtag sit-

zen. Ich hoffe, wir bekommen das hin. Deshalb haben wir versucht, diese Debatte zu initiieren.

Die Vorkommnisse in Pömmelte und anderswo im Land sind Anlass dafür, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erneut gemeinsam zu thematisieren. Gewiss, allein durch Reden und mit der Befassung im Landtag werden wir junge Menschen nicht zur Umkehr bewegen. Dazu müssen wir mehr tun, viel mehr.

Falsch wäre es aber auf jeden Fall, darüber gar nicht zu reden, zu schweigen; denn wir dürfen uns nicht dem Vorwurf der Gewöhnung aussetzen. Ich glaube, dass das, was wir machen oder wie wir reagieren, schon von außen beobachtet wird. Wenn wir es einmal unterlassen würden, darauf zu reagieren, würden andere dies als ein Zeichen werten.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS und bei der FDP)

Das Thema gehört auch deswegen in den Landtag, weil es ein zentrales Problem in Sachsen-Anhalt und in ganz Deutschland ist. Wir sollten das nicht verschweigen, uns aber auch nicht zu sehr Asche aufs Haupt streuen. Das ist ein Problem, das Deutschland schon lange hat, was es jetzt hat und mit dem es sich leider wahrscheinlich auch immer wird herumschlagen müssen. Deswegen ist die Auseinandersetzung so notwendig.

Die grausamen Handlungen an einem minderjährigen Kind in Pömmelte sind Ausdruck einer Menschen verachtenden Gesinnung und einer labilen inneren Haltung. Aber egal aus welcher Gesinnung heraus auch immer: Wer Menschen misshandelt und demütigt, muss mit aller Härte vom Rechtsstaat bestraft werden.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU, bei der Linkspartei.PDS, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Die Misshandlung eines Zwölfjährigen macht uns zu Recht zornig und wütend, weil die gewalttätigen Aggressionen ein wehrloses Kind getroffen haben. Welche Langzeitschäden das Kind davontragen wird, kann man nur erahnen. Aber daraus ziehe ich immer wieder vor allem den Schluss: Es wird höchste Zeit - diesen Vorwurf müssen wir uns selbst machen -, dass wir uns mehr und mehr um die Opfer kümmern, statt immer nur über die Täter zu reden, dass wir die Schicksale der Opfer ernst nehmen und sie, falls nötig, auch noch länger begleiten.

Auslöser für diese brutale Gewaltorgie war offensichtlich die Hautfarbe des Jungen und die Tatsache, dass er deutscher Staatsbürger ist. Nach der Devise: Es ist keiner von uns; deshalb haben wir das Recht, ihn fertig zu machen; deshalb muss er leiden und sich unterwerfen.

Eine solche Haltung kann nicht toleriert werden und darf nicht toleriert werden. Sie beginnt dort, wo sich Menschen abfällig über ausländische Mitbürger äußern, wo Vorurteile gegenüber Schwachen und Fremden genährt werden, und auch dort, wo wir manchmal einfach wegsehen, wie es auch in Pömmelte leider geschehen ist. Wir wissen, dass dies allzu oft das Alltagshandeln vieler ist. Auch das sollten wir den Leuten sagen: Zivilcourage ist nicht nur etwas für wenige, sondern es geht alle in Deutschland an. Es wäre gut, wenn das immer mehr begreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen gerade im Umgang mit dem Rechtsextremismus mehr Zivilcourage.

Ich sprach es gerade an. Das ist nicht immer einfach, aber es gibt Beispiele von mutigen Menschen, die nicht wegsehen. Das verdient Respekt und Anerkennung, auch öffentlich, auch hier im Landtag und auch heute.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU, bei der Linkspartei.PDS, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Zu begrüßen sind die deutlichen Worte von allen demokratischen Parteien, von der Landesregierung und von vielen Verbänden, die sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit äußern und diesen Vorfall aufs Schärfste verurteilen. Dies ist das Mindeste, was auch von uns im Parlament erwartet wird. Wichtiger ist aber, dass die Ursachen solcher Handlungsweisen erkannt, immer wieder benannt und entsprechende Gegenstrategien entwickelt werden.

Die vielfältigen Initiativen im Land, wie der Verein „Miteinander“ oder das Netzwerk für Demokratie und Toleranz sind wichtige Bausteine einer wirksamen Gegenstrategie. Ich muss aber ehrlich sagen, beim Netzwerk für Demokratie und Toleranz dauert mir die Umsetzung zu lange. Bisher ist nicht erkennbar, wie das Netzwerk in der Praxis agieren soll. Ein abgestimmtes Vorgehen ist noch nicht zu erkennen. Nach einem solchen Vorfall wie in Pömmelte ist die sofortige Einberufung des Bündnisses notwendig.

(Herr Tullner, CDU: Nächste Woche!)

- Sie ist ja inzwischen auch für den 30. Januar 2006 vorgesehen, Herr Tullner.

Lassen Sie mich skizzieren, in welche Richtung die Bündnispartner gehen sollten: Gefordert sind Maßnahmen gerade auch der Wirtschaft, die für ihre Betriebe und Unternehmen unmissverständlich erklären, dass Weltoffenheit eine Grundvoraussetzung für unternehmerisches Handeln ist und Arbeitsplätze insbesondere durch ausländische Investoren geschaffen werden.

Gefordert sind Sportvereine und der Landessportbund mit seinen Verbänden, die unmissverständlich erklären, dass der Sport vom internationalen Wettkampf lebt und dass deshalb in seinen Reihen ausländerfeindliche Parolen keinen Platz haben.

Gefordert sind Kultur- und Musikvereine und die Theater in unserem Land, die unmissverständlich erklären, dass der kulturelle Austausch zwischen den Völkern seit jeher zur Vielfalt des künstlerischen Schaffens gehört und Weltoffenheit ein wichtiges Markenzeichen unseres Kulturlebens ist.

Gefordert sind die Kirchen und Wohlfahrtseinrichtungen, die unmissverständlich erklären, dass die Würde jedes Menschen unantastbar ist, gerade in Bezug auf die Schwachen und Behinderten oder Ausländer und Asylbewerber.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Gefordert sind auch die Hochschulen und Bildungseinrichtungen, die unmissverständlich erklären, dass Forschung nur im internationalen Austausch erfolgreich ist und nationalistische Tendenzen konsequent abgelehnt werden.

Gefordert sind Verwaltung, Polizei und Staatsanwaltschaft, die unmissverständlich erklären, dass Gewalt gegenüber Menschen konsequent geahndet wird und aus-

ländische Mitbürger dieselben Rechte haben und unter dem Schutz des Staates stehen.

Gefordert sind schließlich auch wir, die Politik, die klare Positionen beziehen muss und gerade jungen Menschen deutlich machen sollte, welchen Wert unsere freiheitliche Demokratie hat.

Meine Damen und Herren! Wir Demokraten müssen all unsere Möglichkeiten nutzen, um für Weltoffenheit und Toleranz zu werben und uns mit aller Kraft gegen Fremdenfeindlichkeit und nationalistisches Gedankengut einzusetzen. Alle Formen des extremistischen Handelns und alle Formen der Gewalt, insbesondere gegen Schwache, Behinderte und ausländische Mitbürger bekämpfen wir auf das Schärfste.

(Beifall bei der SPD und von der Regierungsbank)

Ich weiß, dass dies nicht nur für die SPD gilt, sondern für alle demokratischen Parteien, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Aber ich betone noch einmal, dass die größte Gefahr für die Demokratie und für die Gesellschaft gegenwärtig vom Rechtsextremismus ausgeht.

(Beifall bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Die Gleichsetzung von linker und rechter Gewalt und der fragwürdige Vergleich von rechtsextremen und angeblich linksextremen Parteien bringen uns nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Im Kampf gegen Rechts müssen alle demokratischen Parteien zusammenstehen.

(Zustimmung von Frau Mittendorf, SPD)

Das gilt auch für den bevorstehenden Wahlkampf.

(Zuruf von der FDP)

- Das ist doch kein Vorwurf. Sie müssen doch nicht gleich wieder - -

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Aber ich betone es noch einmal: Bei allem Streit unter Demokraten ist es das, was uns im Wahlkampf auch zusammenhalten muss. Wir werden uns noch trefflich streiten und uns immer wieder auch treffen und uns über Konzepte auseinander setzen und darüber, was uns trennt und was uns eint. Aber bei all diesem Streit - das meine ich zutiefst ehrlich - muss es den Grundkonsens geben, dass wir eine Sache gemeinsam bekämpfen: Die Rechten dürfen nie wieder in diesen Landtag kommen. Das muss uns wiederum eint.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Bullerjahn. - Zunächst hat Herr Ministerpräsident Professor Böhmer um das Wort gebeten. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach diesem Auftakt der Diskussion fällt es mir ausgesprochen leicht zu sagen, dass sich auch die Landesregierung dem Anliegen, ein gemeinsames Zeichen

zu setzen, vollinhaltlich anschließt und wir bereit sind, dieses gemeinsame Zeichen mit Ihnen zusammen zu setzen.

Aber ich bitte auch um Verständnis dafür, dass die Exekutive natürlich etwas mehr tun muss, als Erklärungen abzugeben. Deswegen würde ich gern auch etwas zu den anderen Problemen sagen, ohne diesen Grundkonsens dadurch in irgendeiner Weise infrage zu stellen.

Die Taten und vor allem die letzte Tat an einem zwölfjährigen Schüler in Pömmelte sind Ihnen bekannt. Fünf Tatverdächtige, die man in der Zwischenzeit schon als Täter bezeichnen kann, haben auf brutalste Weise einen zwölfjährigen Schüler zusammengeschlagen. Ich denke, es ist selbstverständlich, dass wir diese furchtbare Tat nicht nur auf das Schärfste verurteilen, sondern dass wir auch diesem Jungen von uns aus die besten Wünsche für seine Genesung übermitteln und für ihn ein Zeichen setzen, damit er sich in unserer Gemeinschaft trotz dieses Vorfalles wohl fühlen kann.

(Beifall bei allen Fraktionen und von der Regierungsbank)

Aber dieser Vorfall eigentlich unter Kindern - ich sage das bewusst; denn der älteste Täter war, wie ich gelesen habe, 19 Jahre alt - hat uns allen einmal drastisch vor Augen geführt, dass wir in unseren Bemühungen im Kampf gegen rechte Gesinnung und gegen Gewalt jeder Art nicht nachlassen dürfen. In letzter Zeit bekannt gewordene Fälle zeigen, dass das Vorgehen von Tätern immer rücksichtsloser, immer brutaler und immer menschenverachtender wird.

Meine Damen und Herren! Die schnelle und umsichtige Arbeit der Polizei in dem konkreten Fall hat zur vorläufigen Festnahme der bekannten Täter geführt. Gegen zwei von ihnen ist Haftbefehl erlassen worden.

Eine Analyse ähnlicher Ereignisse zeigt, dass bei dem weit überwiegenden Teil der Gewaltstraftaten nach unseren Erkenntnissen bisher kein organisierter Hintergrund besteht, sondern dass sie eher spontan erfolgt sind. Die Gewalt geht oft von Gruppen oder Einzelpersonen aus, die meist aus einer Situation heraus handeln. Aber auch dies muss uns besorgt machen. Die eigentlichen Ursachen sind nämlich vielschichtiger und auch von der Polizei allein nicht zu verhindern. Deswegen sind gesamtgesellschaftliche Anstrengungen, insbesondere Maßnahmen zur Bildung und Erziehung zu gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Wertvorstellungen in besonderem Maße wichtig. Auch die Landesregierung wird dies weiterhin begleiten.

Das Potenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten im Land Sachsen-Anhalt belief sich nach ersten Auswertungen des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr auf ca. 650 Personen. Es muss festgestellt werden, dass es im letzten Jahr einen erkennbaren Anstieg der Straftaten mit extremistischem Hintergrund gegeben hat. Das ist uns nicht entgangen.

Eine mögliche Ursache für den Anstieg der politisch motivierten Straftaten ist unter anderem in den zahlreichen Aktivitäten im rechten, aber auch im linken Bereich zu sehen, die zu einer Vielzahl von Gegenreaktionen der jeweils anderen Seite geführt haben. Verbunden waren damit oftmals Straftaten im Rahmen von Veranstaltungen bzw. Demonstrationen sowie in deren Umfeld. Der Schwerpunkt der politisch motivierten Kriminalität liegt nach wie vor eindeutig im Phänomenbereich Rechts.

Nahezu drei Viertel der Delikte in diesem Bereich sind reine Propagandadelikte. Die Zahl fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und zwar um jeweils ca. 20 Fälle. Die Anzahl der Gewaltdelikte im rechten Bereich liegt bei ca. 100 Straftaten und im linken Bereich bei etwa 60 Straftaten. Die Zunahme betrug in beiden Bereichen jeweils etwa 40 Delikte und war etwa gleich.

Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass in einer demokratischen Gesellschaft Gewalt niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf und Gewalt niemals politische Argumente ersetzen kann.

(Beifall im ganzen Hause)

Gleiches gilt für verbale Gewalt. Ich füge heute hinzu: Niemand hat das Recht, andere - aus welchem Grund auch immer - zu schlagen, zu misshandeln oder zu demütigen - weder mit Worten noch mit Taten.

Vor der körperlichen Gewaltanwendung steht häufig eine erschreckende geistige Verrohung. Das ist das eigentliche Problem, dem wir uns widmen müssen. Ich sage - ich denke, darin sind wir völlig einer Meinung -: Auch wir Politiker sind daran nicht immer völlig ohne Schuld und geben nicht immer das Beispiel ab, das die Öffentlichkeit eigentlich von uns erwartet.

Polizei und Verfassungsschutz sind angehalten, konsequent gegen Straftaten und andere Aktivitäten im Bereich der politischen Kriminalität vorzugehen. Dass dies gelingt, wird auch an den zahlreichen Einsätzen der Polizei im vergangenen Jahr deutlich.

Die kontinuierliche und intensive Befassung mit dem Thema Rechtsextremismus sowie die in diesem Zusammenhang initiierten vielfältigen Aufklärungskampagnen haben zusätzlich zu einer großen Sensibilisierung sowohl bei der Bevölkerung als auch bei der Polizei beigetragen. Es werden mehr Straftaten angezeigt und es werden mehr Straftaten durch die Polizei aufgedeckt.

Konkret bedeutet dies, dass auch das Dunkelfeld aufgehellt wird. Dies ist gewollt; denn nur so können Strukturen frühzeitig erkannt und Täter ermittelt werden. So liegt die Aufklärungsquote bei rechten Straftaten bei über 60 % und bei Gewaltdelikten im rechten Bereich sogar bei über 90 %. Langfristige Konzepte, die Bildung von Ermittlungsgruppen, eine täterorientierte Ermittlungsarbeit und verstärkte Szenenaufklärung zeigen deutliche Wirkung.

Die Landesregierung sieht - und das nicht erst seit heute - in der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität links und rechts einen deutlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zum einen, dass der Verfolgungsdruck durch Polizei und Verfassungsschutz weiter punktuell intensiviert und auf hohem Niveau gehalten wird. Zum anderen bedarf es aber auch - dies wird von mir nachdrücklich unterstützt - zusätzlicher verstärkter Anstrengungen bei präventiven Aktivitäten; denn nur so ist es möglich, Entstehungsprozessen frühzeitig entgegenzuwirken.

So nehmen zum Beispiel Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde an Diskussionsveranstaltungen teil, halten selbst Vorträge und informieren die Medien über aktuelle Entwicklungen und Tendenzen in der rechten Szene. Darüber hinaus wirkt die Verfassungsschutzbehörde an Ausstellungen zu diesem Thema mit und klärt über die Gefahren des Rechtsextremismus auf.

Das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt hat eine Informationsreihe zur Kriminalprävention speziell im Kinder- und Jugendbereich herausgegeben. Diese Hefte befassen sich mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und thematisieren gewalttätige Handlungen an oder im Umfeld von Schulen. Dies scheint aus meiner Sicht gegenwärtig besonders wichtig zu sein; denn die Täter werden leider im jünger.

Mit finanzieller Unterstützung des Kultusministeriums hat das Landeskriminalamt zum Beispiel ein Heft aufgelegt, dessen Zielgruppe Kinder im Grundschulalter sind. Das Heft behandelt das Thema verbale Gewalt. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, Meinungsverschiedenheiten untereinander konstruktiv und ohne Demütigung und gegenseitige Beleidigungen auszutragen. Für Kinder in Tagesstätten und in Grundschulen wird das Thema Fremdenfeindlichkeit auf altersgerechte Weise thematisiert.

Ich bin mir sicher, dass das, was uns Kinder gelegentlich vormachen, nicht spontan entstanden ist, sondern dass wir uns auch die jeweiligen Elternhäuser und das Umfeld genau anschauen müssen und auch beobachten müssen, wie dort unter Erwachsenen Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden; denn das meiste haben die Kinder irgendwie aufgeschnappt und nicht selbst erfunden.

Von der Innenministerkonferenz ist nach den Erfahrungen aus den letzten Landtagswahlen in Sachsen und in Brandenburg im Jahr 2004 eine Informations- und Aufklärungskampagne über neue Erscheinungsformen des Rechtsextremismus beschlossen worden. Die Kampagne läuft unter der Bezeichnung „Wölfe im Schafspelz“. Ein erster Baustein der Kampagne ist ein soeben fertig gestelltes Medienpaket. Bestandteile des Medienpaketes sind unter anderem ein Spielfilm für Schülerinnen und Schüler ab 13 Jahren sowie eine Dokumentation über die aktuellen Entwicklungen des Rechtsextremismus in Deutschland. Die Dokumentation ist für Lehrer und ältere Schüler ab der Klassenstufe 9 konzipiert.

Diese Ansätze sind ein wichtiger Baustein bei den erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt und politischem Extremismus. Ich sage deutlich - ich habe das vor wenigen Tagen auch an anderer Stelle gesagt; denn wenn ich jetzt durch das Land fahre, sehe ich schon wieder die ersten Wahlplakate, von denen mich manche an welche aus dem Jahr 1998 erinnern -: Ich hoffe, dass die Wählerinnen und Wähler Sachsen-Anhalts noch nicht vergessen haben, was uns dies eingebracht hat.

(Beifall im ganzen Hause)

Auch Sie haben mit Ihrem Beschluss am 3. März 2005 in der 55. Sitzung des Landtages in die gleiche Richtung gezielt und diese Aktivitäten mitgetragen. Mit dem Netzwerk für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt sind frühzeitig die notwendigen Schritte unternommen worden, um eine Bündelung aller maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes zu erreichen und ein möglichst breites zivilgesellschaftliches Fundament gegen Extremismus und Gewalt zu schaffen. Dabei steht der Gedanke einer kontinuierlichen Vernetzung und nicht die Schaffung neuer Strukturen, eventuell mit der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel verbunden, im Vordergrund. Im Zuge der Verbreiterung dieses Netzwerkes sind bis zum Januar 2006 insgesamt 170 Institutionen, Verbände und Einzelpersonen als Mitwirkende gewonnen worden.

Insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl hat das Netzwerk für Demokratie und Toleranz frühzeitig Aktivitäten zur Aufklärung über die Planungen rechtsextremistischer Parteien in Angriff genommen. Daneben wird mit der Initiative „Kommunale Kriminalprävention“ von der Landesregierung eine noch wirksamere Verzahnung aller mit Sicherheitsaufgaben betrauten staatlichen und kommunalen Verantwortungsträger angestrebt, die ebenfalls vorrangig die präventive Bekämpfung der politisch motivierten Straftaten berührt.

In diesem Zusammenhang - auch darauf will ich gern eingehen - wird das Innenministerium mehr als bisher - obwohl dies alles schon geschehen ist - vor allen Dingen einzelne Taten, bei denen Zivilcourage gezeigt wurde, in besonderer Weise öffentlich hervorheben und loben, damit wir diese Haltung in der Bevölkerung unterstützen, öffentlich anerkennen und würdigen; denn sie muss sich wirklich noch in stärkerem Maße als bisher verbreiten. Wir brauchen mehr Einzelpersonen, die den Mut haben, nicht einfach wegzusehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Diese Konzepte sind auf Dauer und Kontinuität angelegt. Der Landtag, das heißt Sie, hat sich mehrfach - an dieser Stelle darf ich zitieren - „insbesondere vor dem Hintergrund jüngster fremdenfeindlicher Aktivitäten und gestiegener Zahlen der politisch motivierten Kriminalität links und rechts für eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit ausgesprochen.“ Wir, die Exekutive, sind bereit, dies auch ganz konkret umzusetzen.

Sowohl vor dem Hintergrund des Vorfalles in Pömmelte als auch im Vorfeld der nächsten Landtagswahl haben diese Beschlüsse - darin kann ich Ihnen völlig zustimmen - eine uneingeschränkte und sogar größere Bedeutung.

Die Landesregierung hat ihrerseits deutliche Zeichen nicht nur gegen Rechts, sondern gegen jede Form von Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt gesetzt. Ganz wichtig wird es dabei sein, wie wir auch hier mit diesem Thema umgehen. Ich war schon sehr aufmerksam und habe darauf geachtet, mit welchem Stil Sie in dieses Thema eingeführt haben. Auch im Wahlkampf sollte es nicht zur parteipolitischen Profilierung genutzt werden.

Wenn ein so genannter Experte einer anderen politischen Gruppierung dem Innenminister öffentlich vorwirft, es reiche nicht - jetzt zitiere ich aus der Presse -, sich öffentlichkeitswirksam am Krankenbett fotografieren zu lassen, so ist das nicht nur völlig unnötig, sondern gewollt polemisch.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Der Innenminister war bewusst ohne Medienbegleitung am Krankenbett und hat genau das von sich aus abgelehnt. Es wäre aus unserer Sicht nämlich menschlich schäbig, sich selbst mit dem Schicksal eines Kindes parteipolitisch profilieren zu wollen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich hätte mir auch denken können, dass Sie in der Begründung für diese Aktuelle Debatte einige Formulierungen anders gewählt hätten. Die Landesregierung aufzufordern, endlich etwas zu tun und endlich diesem Thema oberste Priorität einzuräumen, war von der Sache her

nicht unbedingt nötig. Die Einladung zur nächsten Arbeitskonferenz des Netzwerkes, die am 30. Januar 2006 stattfinden wird, wurde bereits am 4. Januar 2006 versandt, also vor dem Ereignis, das zu dieser Aktuellen Debatte geführt hat.

Diese Konferenz wird seit September des letzten Jahres vorbereitet. In regionalen Arbeitskonferenzen Ende September 2005 und während einer landesweiten Tagung mit 150 Teilnehmern Mitte Oktober 2005 wurde das Thema auch und gerade im Hinblick auf die Landtagswahl inhaltlich vorbereitet.

Mit einer größeren Zahl von thematischen Einzelprojekten und Veranstaltungen der inzwischen 170 Verbände und Institutionen des Netzwerkes wurde die nächste geplante landesweite Konferenz vorbereitet, die mit einem im Vorfeld gemeinsam abgesprochenen und zurzeit in der Abstimmung befindlichen Appell enden soll. Mir ist wichtig, dass diese Aktivitäten von möglichst vielen gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen mitgetragen werden. Sie eignen sich aus meiner Sicht wirklich nicht für den parteipolitischen Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Deswegen sage ich ganz deutlich: Mein Ziel sind nicht noch so heroische Proklamationen und Formulierungen; mein Ziel ist eine breite zivilgesellschaftliche Ächtung solcher Aktivitäten und solcher Ideen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wenn wir für Toleranz und Demokratie, für Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit werben wollen, werden wir nur überzeugen, wenn wir es in einem fairen Miteinander tun und es nicht zur Selbstprofilierung untereinander instrumentalisieren. Ich denke - das ist mir wichtig zu sagen, und ich habe auch verstanden, dass Herr Bullerjahn die Debatte so eingeleitet hat -, wir haben mit der heutigen Debatte die Gelegenheit, dafür ein gemeinsames Zeichen zu setzen. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren! Es ist besonders schön, dass wir bei diesem ernsthaften Thema auch wieder Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne begrüßen können; sie kommen vom Martin-Luther-Gymnasium Eisleben.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun erteile ich dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion das Wort. Es spricht Herr Wolpert.

Herr Wolpert (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag zur Aktuellen Debatte las, dachte ich zuerst, dass dies im beginnenden Wahlkampf eher zur Unzeit kommt, weil eine solche Debatte die Gefahr einer parteipolitischen Profilierung in sich birgt und das gewählte Thema dafür gänzlich ungeeignet ist. Nach kurzer Überlegung und insbesondere nach den gestrigen Gesprächen mit den Spitzen der anderen Fraktionen bin ich aber überzeugt davon, dass diese Aktuelle Debatte zur rechten Zeit kommt.

Der Vorfall in Pömmelte zeigt: Ignoranz, Hass und Gewalt spuken in den Köpfen mancher Jugendlichen und

Erwachsenen in Sachsen-Anhalt herum. Gleichzeitig versuchen die rechten politischen Gruppierungen mit enormem Aufwand, in den Landtag zu gelangen. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt für das Hohe Haus, mit einer Stimme nach außen klar zu machen, dass mit einer solchen Haltung kein Staat zu machen ist.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Ein deutliches Zeichen aller Demokraten gegen Rechts ist nötig; dem kann die FDP-Fraktion vollkommen zustimmen. Es ist nun auch so, dass wir in der Vergangenheit nicht untätig waren, die rechtsextremistischen Umdriebe zu bekämpfen. Damit meine ich alle im Haus, nicht nur die FDP.

Hier kann man zunächst einmal die Bildung und die finanzielle Unterstützung des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz nennen. Alle Fraktionen im Landtag haben gemeinsam im Februarplenum 2005 den Ministerpräsidenten und den Landtagspräsidenten mit der Bildung des Netzwerkes beauftragt, um Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und die im Grundgesetz verankerten Grundrechte und Grundwerte zu schützen und zu bewahren.

Das Netzwerk dient dazu, alle nichtstaatlichen Organisationen, die sich gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt engagieren, zu bündeln und zu verzahnen, damit ihre wichtige Arbeit optimiert werden kann. Institutionell sind wir in Sachsen-Anhalt damit schon nicht schlecht aufgestellt.

Auch die Bereitschaft der Vielzahl der Beteiligten, an einem Strang zu ziehen, ist ein Wert an sich. Außerdem fanden immer wieder Veranstaltungen zu dem Thema insbesondere mit den Parteien und mit den Parteispitzen statt. Man kann folglich feststellen: Die Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie anderer extremistischer Tendenzen ist im Landtag aktiv unterstützt und begleitet worden.

Meine Damen und Herren! Es bleibt aber zu fragen: Ist das genug? Wie muss nun die künftige Handhabung des Themas durch die Politiker aussehen? Dabei zielen ich nicht auf die Gesetzgebungskompetenz ab.

Der drastische Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straftaten im Bund, aber auch in Sachsen-Anhalt und parallel dazu die offenbar wachsende extremistische Szene machen deutlich, dass es verstärkte Bemühungen bei der Bekämpfung des Extremismus geben muss. Meiner Ansicht nach ist es dabei nicht ausreichend, sich nur im Nachgang zu einer rechtsradikalen Straftat verstärkt mit dem Thema auseinander zu setzen; vielmehr muss die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine dauerhafte sein.

Ein erster Schritt wäre gemacht, wenn alle demokratischen Parteien in ihrem Wahlkampf deutlich machen würden, dass es ein großes gemeinschaftliches Ziel der demokratischen Parteien ist, den Einzug der DVU in diesen Landtag zu verhindern. Hierzu lade ich alle ein.

(Beifall im ganzen Hause)

Diese gemeinsame Haltung würde zeigen, dass alle demokratischen Parteien, obgleich sie in anderen politischen Fragen verschiedene Konzepte favorisieren, bei dieser Frage mit einer Stimme sprechen und neben individuellen Schwerpunkten alle das Thema der Bekämpfung des Rechtsradikalismus in ihrem Wahlkampf berücksichtigen werden.

Natürlich wäre es hilfreich, wenn diese Haltung auch von den Medien begleitet würde, damit die breite Öffentlichkeit davon Kenntnis erlangt und sich eine Diskussion in der Bevölkerung entzünden kann. Dazu gehört auch, zum Beispiel bei Wahlkampfauftritten darauf zu verweisen, dass der Vertreter der DVU, wie zu erwarten, nicht anwesend ist, dass er sich nicht zeigt und dass die DVU nicht den Mut hat, sich in der Auseinandersetzung und im Wahlkampf zu zeigen.

Bisher kann man keine inhaltliche Position der DVU erkennen. Neben hohlen Sprüchen besticht sie durch Konzeptionslosigkeit. Trotzdem und gerade deshalb muss die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Forderungen und Scheinargumenten geführt werden. Die einfach gestrickten Scheinwahrheiten lösen keine der derzeit so drängenden Probleme. Das muss den Wählern gegenüber sachlich, aber bestimmt deutlich gemacht werden; das heißt: auch im Wahlkampf das Thema aktiv ansprechen und nicht nur reagieren.

Es ist darauf zu verweisen, dass die rechtsextremistischen Parteien, wenn sie in Parlamenten waren und ihnen Verantwortung von den Wählern übertragen worden war, nicht verantwortungsvoll mit den Wählerstimmen umgegangen sind. Anstatt durch sachorientierte Politik zeichnen sich diese Parteien durch interne Auseinandersetzungen, durch nicht seltene Austritte und durch das Enden in völligem Chaos aus.

Meine Damen und Herren! Über die Thematisierung im Wahlkampf hinaus ist es aber auch notwendig, eine langfristig angelegte Wertediskussion zu führen. Hierbei werden die preußischen Tugenden nicht ausreichen. Demokratie muss gelebt werden und dafür bedarf des gesellschaftlichen Engagements, der Toleranz, der Freiheit und der Verantwortung.

Die Faszination gerade junger Menschen für rechtsextremistisches Gedankengut setzt sich aus vielen Komponenten zusammen: das Umfeld, das Gruppengefühl, eine vermeintlich klare Orientierung, scheinbar einfache Antworten der rechtsextremistischen Parteien auf existenzielle Fragen und weiteres. All diese Faktoren sowie das familiäre und gesellschaftliche Umfeld sind für die Neigung zu rechtsextremistischem Gedankengut maßgebend.

Folglich muss dem gesamten Spektrum auf den Grund gegangen werden. In der öffentlichen Debatte muss diskutiert werden, warum die Zahl der Rechtsextremisten und deren Sympathisanten ansteigt. Fehlen die Vorbilder in der Familie und in der Gesellschaft? Werden Grausamkeiten des Dritten Reiches in Schule, Elternhaus und Gesellschaft nicht anschaulich genug vermittelt? Was motiviert meist Jugendliche und junge Erwachsene zu einer solch hohen Zahl von extremistischen Gewalttaten? Warum besteht Misstrauen und oft sogar Hass gegenüber Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund und einer anderen Hautfarbe?

Auf all diese Fragen gibt es vielschichtige Antworten: Gleichgültigkeit, Zukunftsängste, Arbeits- und Perspektivlosigkeit, um nur einige Möglichkeiten zu nennen. All diese Probleme und die häufig schwierige Situation vieler Menschen und gerade vieler Jugendlicher in Sachsen-Anhalt trotz der positiven Entwicklung der letzten vier Jahre sind uns durchaus bewusst. Doch stellt dies keinesfalls eine Rechtfertigung für Intoleranz, Hass und Gewalt dar.

Meine Damen und Herren! Ein Klima, in dem es heißt: „Der ist zwar Deutscher, aber keiner von uns“, ist ein Nährboden für dumpfe Vorurteile. Der Ruf nach einem starken Mann nach dem Motto: „Da muss doch mal einer aufräumen!“, ist letztlich zutiefst demokratiefeindlich. Demokratie muss täglich erkämpft werden, sie lebt vom Mitmachen. Der Geist, sich abzuwenden, nur passiv zuzuschauen, ist der größte Feind der Demokratie.

Für uns als Vertreter der Demokratie heißt es deshalb Vorbild zu sein, nicht wegschauen, nicht überhören, aktiv wachrütteln, zum Mitmachen animieren. Das ist anstrengend, aber ich bin überzeugt, es lohnt sich.

Meine Damen und Herren! Niemand ist immer und überall perfekt. Aber danach zu streben ist gerade bei diesem Anliegen, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen, weiß Gott nicht verboten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung bei der SPD, bei der Linkspartei.PDS und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Wolpert. - Für die Linkspartei.PDS spricht nun Herr Höhn. Bitte schön.

Herr Höhn (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die furchtbaren Ereignisse am vergangenen Montag machen uns sprachlos, sie machen uns wütend, aber sie verbreiten auch ein Gefühl von Hilflosigkeit. Aber - dies sei gleich am Anfang gesagt - wir dürfen nicht sprachlos bleiben, wir dürfen nicht vor einem möglichen Gefühl von Hilflosigkeit resignieren.

Der Angriff auf den zwölfjährigen Jungen in Pömmelte war von unsagbarer Brutalität. Dabei trat ein solches Maß an Hass und Gewalt zum Vorschein, wie es sich wohl niemand von uns wirklich vorstellen kann. Unsere Gedanken sind auch jetzt bei diesem Jungen, unsere Solidarität ist mit ihm.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung bei der CDU, bei der SPD, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Wenn wir uns heute im Landtag nicht zum ersten Mal mit dem Problem des Rechtsextremismus auseinander setzen, müssen wir uns eine bittere Wahrheit immer wieder eingestehen: Diese Tat war kein Einzelfall.

Auf der Internetseite der mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt ist eine Chronik zu finden. Allein für das vergangene Jahr 2005 sind dort 75 Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund verzeichnet. Wir wissen auch: Diese Liste ist nicht vollständig. Beinahe täglich werden Menschen angefeindet, Menschen, die eine andere Hautfarbe haben als die Mehrheit der Bevölkerung, oder Menschen, die anders leben, oder auch Menschen, die anders lieben. Immer wieder werden Menschen durch unsere Straßen gehetzt oder verprügelt. Es ist zum traurigen Alltag geworden, dass manche Menschen sich sehr genau überlegen müssen, ob sie die nächste Straßenbahn wirklich benutzen können. Immer wieder haben Menschen Angst in unserem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechte Gewalt beginnt in den Köpfen

(Frau Feußner, CDU: Linke auch!)

und wenn wir langfristig erfolgreich sein wollen im Kampf gegen den Rechtsextremismus, dann müssen wir uns genau dieser Aufgabe stellen. Dabei muss uns eines sehr klar sein: Diese Aufgabe wird nie endgültig erledigt sein, sie wird uns ständig begleiten.

Richard von Weizsäcker hat im Jahr 1985 formuliert - ich zitiere -:

„Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders oder besser geworden. Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit, für niemanden und kein Land. Wir haben als Menschen gelernt. Wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von Neuem zu überwinden.“

Menschlichkeit, Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie, dies sind keine Selbstverständlichkeiten, auch nicht in einer aufgeklärten Gesellschaft. Doch wie oft nehmen wir sie als Selbstverständlichkeiten hin und wie oft tauchen diese Worte in Reden, die wir als Politiker halten, auf. Aber wir vergessen allzu oft, uns selbst immer wieder zu überprüfen, wie sehr wir diese Werte in unserer täglichen Politik mit Leben füllen, und wir vergessen allzu oft, dass Menschen nicht als Demokraten geboren werden, genauso wenig wie als Rechtsextremisten.

Gelingt es uns als Politikern denn, gerade junge Menschen immer wieder aufs Neue für diese fundamentalen Werte zu begeistern? Wie oft wird Freiheit als Unsicherheit empfunden, wie oft wird Demokratie als lästiges Parteiengezänk interpretiert. Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen haben dies längst erkannt und machen es sich zunutze.

In den letzten Jahren ist es der rechtsextremen Szene gelungen, massiv in die Jugendkultur einzudringen. Dies geschieht mit Musikangeboten ebenso wie über den Handel mit Bekleidung. Gleichzeitig verfügt die Szene über professionelle Internetangebote und Publikationen.

Ich möchte an dieser Stelle dem Herrn Kultusminister Professor Olbertz noch einmal Dank aussprechen für seine sehr schnelle Reaktion auf die rechtsextremen Aktionen im Zusammenhang mit der so genannten Schulhof-CD, auch wenn uns bewusst sein muss: Dies war eine Reaktion auf eine konkrete rechtsextreme Aktivität, unsere grundsätzliche Aufgabe bleibt von Dauer.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir uns nicht allein in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien befinden, sondern auch in der Auseinandersetzung mit einer sehr stabilen Struktur von so genannten „Freien Nationalen“ und Kameradschaften.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine Bemerkung machen. Sowohl die rechtsextremen Täter von Pömmelte wie kürzlich auch die von Gräfenhainichen sind nach dem bisherigen Kenntnisstand zumindest dem näheren Umfeld rechtsextremer Kameradschaften zuzuordnen. In beiden Regionen sind Kameradschaften seit Jahren aktiv und an Überfällen beteiligt.

Rechtsextreme Kameradschaften sind die zurzeit wohl wichtigsten Zusammenschlüsse von Neonazis in Sachsen-Anhalt, die mittlerweile flächendeckend agieren. Auch wenn Verbote solcher Kameradschaften nur einen kurzfristigen Erfolg bewirken, kann das ein Mittel sein, um gegen die Neonazi-Szene im Land vorzugehen. Unsere Bitte an die Landesregierung ist daher zu prüfen, ob für ein Verbot rechtsextremer Kameradschaften im Land ausreichend Gründe vorliegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe. Ich kann viele Dinge aufgrund der Zeit nur stichpunktartig benennen.

Zum einen: Wir müssen uns über die Ausrichtung des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz verständigen. Es geht uns unter anderem um eine Bündelung und Stärkung eines breiten demokratischen zivilgesellschaftlichen Bündnisses, vor allem auf regionaler Ebene, um die Entwicklung eines inhaltlichen und organisatorischen Konzepts für die Arbeit des Netzwerkes, um die Koordinierung der Arbeit durch eine Geschäftsstelle in freier Trägerschaft, um die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und um eine Anschlussfinanzierung unter anderem für das Bundesprogramm „Civitas“.

Zum anderen: Wir brauchen ein Landesprogramm gegen Rechts, das sich der Förderung von Demokratie und Toleranz als gesellschaftlicher und politischer Querschnittsaufgabe stellt. Es geht uns unter anderem um mobile Beratungsteams für Kommunen und kommunale Verantwortungsträger, um den Ausbau bestehender Jugendarbeit und professioneller Jugendsozialarbeit, um Opferberatungsangebote, um eine Koordinierung zwischen freien Trägern der Bildungs- und Jugendarbeit sowie Ministerien und der Landeszentrale für politische Bildung und letztlich auch um eine wissenschaftliche Evaluation.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor uns liegt ein Wahlkampf. Ich will an dieser Stelle eine sehr eindringliche Bitte formulieren: Lassen Sie uns in dieser Zeit der zugespitzten politischen Auseinandersetzung alles vermeiden, was auch nur den Anschein erweckt, eine Partei dieses Hauses würde versuchen, eine andere aus dem Spektrum der demokratischen Parteien dieses Landes herauszudeklinieren - nicht nur weil dies keiner der Parteien gerecht würde, sondern auch weil es denen in die Hände spielt, die es gemeinsam auch und gerade in diesem Wahlkampf zu bekämpfen gilt.

Ich bin darum dem Landtagspräsidenten und allen Beteiligten sehr dankbar, dass es gestern den Parteien und Fraktionen sehr schnell gelungen ist, diese Einigkeit erneut zum Ausdruck zu bringen.

Aber ich komme nicht umhin, mit Blick auf die gestrige Debatte zur Gedenkstättenstiftung noch einmal eines sehr deutlich zu sagen: Meine Partei ist sich ihrer Geschichte und ihrer Verantwortung bewusst. Zum Gründungskonsens meiner Partei im Jahr 1989 gehört der unmissverständliche Bruch mit dem Stalinismus und dem Unrecht, das in seinem Namen verübt worden ist. Diese Verantwortung wird uns nicht verlassen, sie ist für uns eine ständige Verpflichtung.

Aber wir werden uns jederzeit wehren, wenn es um eine Gleichsetzung der Jahre zwischen 1933 und 1945 und der Jahre der DDR geht. Wer sich auf einen solchen Pfad der schleichenden Relativierung der singulären Ver-

brechen der nationalsozialistischen Diktatur begibt, hat, wissentlich oder unwissentlich, den Kampf gegen rechtes Gedankengut schon fast verloren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits seit geraumer Zeit melden sich immer wieder Stimmen zur Wort, die von einem Schlusstrich reden, von Normalität, die in Deutschland Einzug gehalten habe oder halten müsse. Solange bei uns jüdische Synagogen Tag und Nacht von der Polizei bewacht werden müssen, solange Menschen durch unsere Straßen gehetzt werden, solange Kinder wie in Pömmelte Opfer rechter Gewalt werden, so lange gibt es eine solche Normalität nicht.

Heinz Galinski hat einmal gesagt: „Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen. Sie ist auch kein Geschenk, das man ein für alle Mal in Besitz nehmen kann. Sie muss tagtäglich erkämpft und verteidigt werden.“ - Tun wir dies gemeinsam! - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Höhn. - Nun spricht für die CDU-Fraktion deren Vorsitzender Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben alle in großer Deutlichkeit und in dieser Frage auch in Einmütigkeit den Überfall auf ein farbiges Kind in Pömmelte verurteilt. Ich glaube, das ist das wichtige und eindeutige Zeichen, das von dieser Aktuellen Debatte am heutigen Freitagmorgen von diesem Landtag ausgehen muss und auch ausgegangen ist,

(Beifall bei allen Fraktionen)

wobei sich die CDU-Fraktion dieser eindeutigen Verurteilung natürlich ebenso eindeutig anschließt.

Aber, meine Damen und Herren, wir versuchen ja auch, ein Stückchen weiter zu fragen. Eine dieser Fragen ist: Was geht in den Tätern vor? Wahrscheinlich können wir alle in diesem Saal uns das schlecht vorstellen.

Ehe ich dazu einige Überlegungen anstellen möchte, möchte ich aber ganz deutlich sagen, dass wir offensichtlich im konsequenten Handeln nach so einer schlimmen Straftat erfolgreich, gut, konsequent und schnell sind; denn Polizei, Staatsanwaltschaft und auch Gerichte haben nach meiner bisherigen Kenntnis keinerlei Fehler in ihrer Handlungskette gemacht, sondern sie haben eindeutig, schnell und konsequent reagiert. Aber das ist eben das Handeln nach so einem Vorfall.

Was können wir präventiv tun? - Die Ursachenforschung ist offensichtlich schwierig und sehr komplex. Ich möchte mich diesbezüglich auch nicht zu weit vorwagen; denn man kommt bei aller Motivforschung zum Schluss immer zu der Aussage: Egal welche Motive, klare oder unklare, so eine Tat hervorgerufen haben, entschuldigen oder rechtfertigen können sie sie nicht. Insofern helfen uns die Motive an dieser Stelle auch nicht so furchtbar viel weiter.

Ich finde aber, es ist gut und richtig, dass wir im Landtag von Sachsen-Anhalt schon im Vorfeld zu einer gemeinsamen Sprache gefunden haben. Das ist unser Antrag in

der Drs. 4/2051, mit dem wir angeregt haben, dieses Netzwerk für Demokratie und Toleranz zu gründen.

Ich habe mir im Vorfeld dieser Aktuellen Debatte die gefundenen Formulierungen noch einmal angeschaut. Natürlich kann man immer sagen, das eine oder andere sei ein bisschen hölzern. Wenn vier Fraktionen daran herumbasteln, ist das Ergebnis, wenn man es unter den Aspekten einer flüssigen Sprache beurteilt, wahrscheinlich nicht der beste Antrag. Aber es ist ein Antrag, der uns bisher durch alle schwierigen Situationen im Lande Sachsen-Anhalt getragen hat. Ich habe die begründete Hoffnung, dass er dies auch weiter tun wird.

Es ist ein Antrag, der bisher 170 Institutionen dazu ermutigt hat, in diesem Netzwerk mitzuwirken, ihm beizutreten. Ich kann mir vorstellen, dass die eine oder andere Institution erneut darüber nachdenkt, ob das nicht für sie eine vernünftige und tragfähige Basis ist.

Gestern haben auf Einladung des Landtagspräsidenten alle vier Fraktionsvorsitzenden darüber nachgedacht, was wir jetzt tun sollten. Ich habe mich im Vorfeld schon eindeutig dahin gehend geäußert, dass ich kein Freund von inflationären und immer wieder neuen Erklärungen bin, die immer wieder versuchen, das neu, sprachlich vielleicht etwas geschickter zu fassen. Aber ich finde, es ist wirklich ein gutes Zeichen in diesem Haus, dass wir alle uns relativ schnell darauf verständigt haben, dass das, was wir seinerzeit im Landtag beschlossen haben, weiter gilt und dass wir das bekräftigen.

Wir sagen uns jetzt gegenseitig und auch gegenüber der Öffentlichkeit: Wir wollen diesen Stil, miteinander umzugehen, auch in den gewiss noch vor uns stehenden Aufgeregtheiten des Wahlkampfes und auch bei einer Pulsfrequenz von 180 und 200 durchhalten. Wir wollen uns gegenseitig versprechen, uns nicht so zu verletzen, dass Extremisten, gleich welcher Couleur, daraus Honig saugen können. Das werden wir nicht machen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wenn wir das durchhalten, haben wir auch die Chance, dass Demokratie für die Leute, die nicht tagtäglich professionell Politik machen wie wir auf Zeit Berufenen, davon so angesteckt werden, dass sie sagen: Antidemokraten geben wir keine Chance. Wir hatten sie schon im Landtag und sie haben nur Mist gemacht.

Wir haben im Übrigen im Lande Sachsen-Anhalt Glück gehabt, dass sie nur Mist gemacht haben. In anderen Landtagen haben sie in viel größerem Umfang politischen Schaden angerichtet. Das haben sie bei uns mangels intellektueller Fähigkeiten nicht getan. Aber es gibt leider auch intelligente Extremisten. Auch darauf müssen wir uns vorbereiten.

Ich denke, je deutlicher wir ein Zeichen setzen, dass demokratische Auseinandersetzung, auch heftige demokratische Auseinandersetzung, in allen Phasen der Auseinandersetzung demokratisch sein kann, darf und muss, desto größer ist die Chance, dass wir diese Leute in diesem Landtag nicht sehen. Das ist ein Hauptziel, dem wir alle uns gemeinsam verpflichtet haben.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD, bei der Linkspartei.PDS und bei der FDP)

Es wird keinen verwundern, dass ich an dieser Stelle auch sage, dass es für die CDU-Fraktion selbstverständlich ist, dass politischer Extremismus jeder Couleur eine

Gefahr für unsere Gesellschaft darstellt. Wenn die eine Fraktion das weniger erwähnt und wir auf diese Gesamtschau Wert legen, hat jede Gruppierung ihre eigenen Hausaufgaben auf diesem Feld zu machen.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Aber ich glaube, das ist vielleicht auch die Stärke unserer „dürren“ Erklärung, die wir damals bewusst sehr schmal gehalten haben, weil wir uns eben nicht gegenseitig unter Überschriften und Deklarationen pressen sollten, die wir nicht tragen wollen. Aber das eigentlich Wesentliche, nämlich gegen den Extremismus zu stehen, das kann man in ein, zwei, drei Sätzen formulieren. Wenn diese Sätze klar und deutlich sind, reicht das aus. Dann muss jeder in seiner Partei, jeder in seiner Gruppierung, jeder in seinem politischen Umfeld, in dem er wirken kann, seine Hausaufgaben machen.

Wir als CDU können manche Leute schlecht erreichen; andere können andere besser erreichen - sie sind trotzdem Demokraten! - und dann müssen diese eben dort wirken. Das geht letztlich auch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Aber der Landtag ist nicht der Nabel der Welt und der Landtag macht nicht alles. Das Konkrete geschieht vor Ort. Deshalb ermutigt es mich zu hören, dass sich die Bürger im Ort Pömmelte, der zu einer Bekanntheit gelangt ist, die ihm gar nicht so lieb ist, zusammengesetzt haben, um zu überlegen, was haben wir versäumt, was haben wir falsch gemacht, wo waren wir nicht aufmerksam genug oder wo hat man gesagt: Ich will nicht so genau wissen, was dort abgeht. - Das kann man letztlich nicht dulden. Wenn die Bürger jetzt sagen: Wir wollen das unter uns nicht dulden, dann ist das, so glaube ich, das einzig gute Zeichen und eine gute, echte Bürgerbewegung, die vor Ort entsteht.

Es ist schon vielfach davon gesprochen worden, dass die Schulen - obwohl die Schulen das, was in den Elternhäusern versäumt wurde, nicht ersetzen können - trotzdem versuchen, das ihre zu machen. Sie engagieren sich in der Gewaltprävention. Die Lehrerkollegien beraten sich darüber, wie man an die Schülerinnen und Schüler herankommen kann, die zu entgleiten drohen, noch dazu wenn es Schülerinnen und Schüler sind, die einer besonderen Zuwendung bedürfen, weil sie schwieriger sind als andere Kinder, die vielleicht eher darauf kommen, dass man so etwas nicht machen sollte.

Ich bin auch froh, dass man es in diesem kleinen Ort Pömmelte durch diese gemeinsame Überlegung vielleicht schafft, diese schwierigen Jugendlichen im Dorf weiter einzubeziehen.

Ich habe in einer Zeitung gelesen - ich weiß gar nicht mehr genau, welche es war -, dass der Anglerverein überlegt hat, auf die Leute zuzugehen. Das ist doch etwas Tolles; denn wer angelt, schlägt keine Leute zusammen. Das kann man gar nicht parallel machen. Wenn es gelingt, die Sportvereine zu animieren, diese Leute heranzuziehen, oder wenn es auf andere Art gelingt, sie zu erreichen, dann ist das genau der Weg, den die Zivilgesellschaft verfolgt, dass man dazu ermuntert, alle hinzunehmen, sodass jeder - meist sind das Leute, die ihren Platz nicht finden -, sei er nun einfacher oder schwieriger, seinen Platz in dieser Gesellschaft finden kann.

Meine Damen und Herren! So gesehen muss ich ganz eindeutig bekennen: Ich wusste nicht genau, wie diese

Aktuelle Debatte abläuft. Aber jetzt am Ende der Aktuellen Debatte - ich bin vielleicht der letzte Redner - bin ich mir ziemlich sicher: Das ist das Zeichen, das unser Land braucht. Wir lassen uns von den Extremisten nicht vorführen. Wir stehen in dieser Frage zusammen. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Scharf. - Damit ist das Thema behandelt und der erste Teil der Aktuellen Debatte abgeschlossen.

Ich rufe nun das zweite Thema auf:

Besorgniserregende Situation in der Polizei von Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2579**

Ich erteile zunächst Frau Tiedge für die Antragsteller das Wort.

Frau Tiedge (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich könnte mir vorstellen, dass für die Polizistinnen und Polizisten dieses Landes das Wort „Polizeistrukturreform“ mittlerweile zum Unwort des Jahres - oder soll ich besser sagen: der Legislaturperiode - geworden ist.

(Herr Tullner, CDU: Nicht so polemisch!)

Nun wirft Herr Kolze der SPD und uns sicherlich auch „Stochern im Nebel“ vor, nämlich wegen der Forderung, die Zahl der Polizeipräsidien auf drei zu reduzieren. Ich sage aber ganz klar: Wenn hier jemand im Nebel stochert, dann ist es die Landesregierung, der zuletzt nichts weiter einfiel, als über weitere Streichungen beim Personal der Polizei zu reden - das ist wahrlich motivierend.

(Herr Tullner, CDU: Das stimmt gar nicht!)

Was dabei herauskommt, zeigt die vorliegende Studie. Im Zeitraum von Mai bis Juli 2005 wurde durch die Bremer Organisationsberatung IMAR im Auftrag der Landesregierung eine Arbeitssituationsanalyse in der Polizei von Sachsen-Anhalt auf der Basis einer internen, anonymen Personalbefragung unter Berücksichtigung der Standorte bzw. der Funktion unter 462 Polizeibeamten und -beamtinnen durchgeführt. Das Ergebnis liegt inzwischen in Form einer 65 Seiten langen Studie vor, die nach einer kurzen Darstellung der Vorgehensweise und des Befragungskonzeptes die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung im Komplex sowie detailliert nach den Standorten Magdeburg, Schönebeck, Stendal, Burg, Halberstadt und Aschersleben vorstellt.

Im Mittelpunkt der Befragung standen unter anderem Fragen nach der Veränderung der Arbeitssituation, nach der Umgebung des Arbeitsplatzes, nach der Tätigkeit, nach dem Gruppenklima, nach dem Verhalten Vorgesetzter und nach der Organisation sowie Fragen zu eventuellen gesundheitlichen Gefährdungen während der Arbeit sowie nach möglichen Verbesserungswünschen.

Der Gesamteindruck der Studie, welcher sich in den nun vorliegenden Ergebnissen widerspiegelt, ist äußerst problematisch und besorgniserregend. Er zeigt den Zustand einer großen Unzufriedenheit unter den Befragten und

damit ein erhebliches Demotivationspotenzial bei den Beamten und Beamtinnen in der Polizei von Sachsen-Anhalt.

Aber für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in Sachsen-Anhalt auf höchstem Niveau sind hochmotivierte Beamte und Beamtinnen unabdingbar. Die vorliegende Studie zeigt, dass sich in den einzelnen Bereichen keine gravierenden Unterschiede in der Problembeurteilung feststellen lassen. Es sind aber je nach Tätigkeit unterschiedliche Schwerpunkte zu benennen.

Das sind im Einzelnen: Als eines der größten Probleme wird bei der Schutzpolizei die Einführung des bedarfsorientierten Schichtdienstmanagements (BSM), also die personelle Besetzung von Dienstschichten nach wirklichen Anforderungen, gesehen. Die gegenwärtige Art und Weise der Umsetzung lässt jedoch nach Ansicht vieler Polizisten und Polizistinnen eine geordnete Dienstplanung nicht zu und führt damit unweigerlich auch zu einem erhöhten Krankenstand.

Wir sind der Auffassung, dass die Einführung des an sich sinnvollen Schichtsystems BSM nicht gegen die Beamtinnen und Beamten, sondern nur gemeinsam mit ihnen passieren darf. Subjektive Befindlichkeiten, gerade im sensiblen Bereich der Polizei, sollten bei der Dienstplanung und Schichtbesetzung Berücksichtigung finden. Das setzt wiederum ein kooperatives Führungssystem voraus.

Die Bewertung der anderen Probleme, wie schlechte Ausstattung, Einkommen oder Beförderungen, liegen bei dieser befragten Gruppe gleich dahinter.

Bei der Kriminalpolizei ist das Hauptproblem die mangelnde Ausstattung, gefolgt von Einkommen und Beförderungen. Das Thema Beförderungen steht deshalb weit oben in der Kritikskala, weil die vor kurzem vorgenommenen Beförderungen, mit denen sich der Innenminister gern rühmt, nur sehr wenige Beamtinnen und Beamte berührt hat.

(Herr Kosmehl, FDP: Das ist falsch!)

Teilweise sind Mitarbeiter seit 18 Jahren nicht befördert worden. Das senkt die Motivation der Betroffenen auf den Tiefpunkt.

Beide genannten Gruppen kritisieren ferner die steigende Flut von Statistiken und einen zunehmenden, kaum noch zu bewältigenden Verwaltungsaufwand.

Es wird des Weiteren eingeschätzt, dass das Klima untereinander schlechter geworden ist. Bei der Schutzpolizei sind bestehende Strukturen auseinander gerissen worden. Generell besteht mehr Neid und Missgunst untereinander als noch vor wenigen Jahren. Prinzipiell wird gesagt, dass eine große Demotivation unter den Beschäftigten bei der Polizei herrscht.

Es wurden Aussagen dahin gehend getroffen, dass aufgrund der Situation und der bestehenden generellen Bedingungen, wie Stellenabbau, BSM, Entlohnung, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, veraltete oder fehlende Ausrüstung und Technik, Fahrzeuge, Computer oder Schutzkleidung, viele sofort eine andere Arbeit aufnehmen würden, wenn es Alternativen gäbe, obwohl die Tätigkeit als solche immer noch gern gemacht wird. Kaum noch einer empfiehlt den Jugendlichen bzw. den eigenen Kindern, diesen Beruf zu ergreifen.

Umso anerkennenswerter ist, dass die Beamtinnen und Beamten bei der Kriminalpolizei und bei der Schutzpolizei

in Sachsen-Anhalt trotzdem eine gute, fleißige und engagierte Arbeit leisten.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Das lässt sich unter anderem an einer hohen Aufklärungsquote bei Straftaten im Land auch im Jahr 2005 erkennen. Doch wenn man daraus unweigerlich eine hohe Motivation bei den Polizeibeamten ableitet, ignoriert man die Arbeitsergebnisse der vorliegenden Studie und die reale Situation.

Positives polizeiliches Berufsethos und Pflichtgefühl kann man eben nicht mit Motivation gleichsetzen. Motivation setzt entsprechende, zu schaffende Rahmenbedingungen voraus. Oder will man erst darauf warten, dass sich die schlechte Situation in der Polizei auf die Arbeitsergebnisse auswirkt?

Dabei ist davon auszugehen, dass in fast allen Bereichen der Polizeiarbeit das wichtigste Arbeitsmittel der Polizei die Humanressource, also der Mensch selbst ist. Diesen zu verschleifen und zu demotivieren, hat auf Dauer gravierende Auswirkungen auf die Polizeiarbeit, in den Gesundheitsfragen und ganz besonders in der Frage des Qualitätsmanagements und der beruflichen Fortbildung. Auch die Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt werden dies über kurz oder lang zu spüren bekommen.

Deshalb müssen die Fragen nach einer angemessenen Vergütung bzw. Entlohnung, der Personalentwicklung, der Arbeitsorganisation und Arbeitszeit sowie nach Beförderungen und modernen Ausrüstungs- und Arbeitsmitteln eine erhebliche Rolle spielen.

Die Studie zeigt, dass die Stimmung der Polizeibeamten auf keinem guten Weg ist und sich bedenklich dem Tiefpunkt nähert. Die sich zunehmend negativ entwickelnde Personalproblematik und die seit Jahren durchgeführte Personal- und Besoldungsstrategie - natürlich immer mit dem Hinweis auf die desolate Haushaltslage - zeigen leider ihre Wirkung.

Damit aber auch künftig gute Arbeit durch die Polizei des Landes geleistet werden kann, fordert die Linkspartei.PDS einen Kurswechsel in der Politik der Landesregierung hauptsächlich mit folgenden Prämissen:

Erstens. Die Landesregierung ist aufgefordert, den geplanten Stellenabbau bei der Polizei zu überdenken. Die von der Landesregierung angedachte Streichung von Stellen bis zum Jahr 2010 und die damit zu erreichende Polizeidichte von 1 : 365 wird die Flächenpräsenz der Polizei und damit die öffentliche Sicherheit des Landes ernsthaft gefährden. Ein bedarfsgerechtes Personalentwicklungskonzept ist notwendig. Dabei muss der Polizeivollzugsdienst auch künftig von der Verwaltungsarbeit entlastet werden.

Zweitens. Die Linkspartei.PDS spricht sich für eine Polizeistruktur im Land aus, welche die Polizeireviere und Polizeistationen vor Ort stärkt. Aus diesem Grund halten wir die Reduzierung der Anzahl der Reviere auf die Zahl der neuen Kreisstädte für falsch. Eine Reduzierung auf der Polizeidirektionsebene ist aus unserer Sicht aber notwendig. Im Zuge der Kreisgebietsreform ist eine Verschlankung auf drei Polizeidirektionen zu prüfen.

Drittens. Bei der weiteren Umsetzung des Schichtdienstmanagements sind die Beamtinnen und Beamten an den Entscheidungs- und Zielfindungsprozessen zu beteiligen. Eine kooperative Führung macht das Führungs-

handeln transparent und nachvollziehbar und trägt zur Motivation und Berufszufriedenheit bei. Ferner werden das Binnenklima und die Arbeitszufriedenheit gefördert.

Viertens ist eine leistungsbezogene, angemessene Vergütung als eine wesentliche Voraussetzung und zugleich als eine Anerkennung für die Arbeit der Polizeibeamtinnen und -beamten vorzunehmen. Der vorhandene Beförderungsstau ist abzubauen.

Fünftens. Die Polizeibeamtinnen und -beamten unseres Landes sind zeitgemäß, aufgaben- und nutzerorientiert auszustatten.

Sechstens. Eine zukunftsorientierte Aus- und Fortbildung der Beamtinnen und Beamten ist im Interesse ihrer Leistungsfähigkeit zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren! Schaffen wir für die Polizeibeamten und -beamtinnen unseres Landes Bedingungen und Voraussetzungen, die es ihnen ermöglichen, die anstehenden Aufgaben engagiert, hochmotiviert sowie erfolgreich und zugleich mit persönlicher, sozialer und fachlicher Kompetenz zu bewältigen. Dazu kann dann auch eine Strukturreform notwendig sein - dann aber nur mit den Polizistinnen und Polizisten und nicht gegen sie.

Erst eine bürgernahe, effektiv arbeitende, gut ausgestattete, vor Ort präsente und hochmotivierte Polizei wird ihrer Aufgabe gerecht werden können, die öffentliche sowie persönliche Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt zu garantieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung von Herrn Rothe, SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Tiedge. - Bevor ich nun dem Innenminister Herrn Jeziorsky das Wort erteile, freue ich mich, Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Nachterstedt auf der Tribüne begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Bitte, Herr Innenminister.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Leistungsbilanz der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt kann sich sehen lassen, konnte sich immer sehen lassen. Das gilt auch im Vorblick auf die statistischen Erhebungen aus dem Jahr 2005.

(Zustimmung von Frau Rotzsch, CDU)

Jahr für Jahr sind die bewertbaren Ergebnisse unserer Polizei in eine positive Richtung marschiert, was den Rückgang von Straftaten, aber auch die Aufklärungsquote angeht - Jahr für Jahr.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist ganz klar, dass diese gute Leistungsbilanz und diese gute Entwicklung durch unsere Polizeibeamtinnen und durch unsere Polizeibeamten erreicht wurde. Die Leistungsbereitschaft unserer Beamtinnen und Beamten ist gut.

(Zustimmung bei der CDU)

Richtig ist aber auch, dass es gerade im Arbeitsumfeld und gerade in der Polizei immer Faktoren gibt, die sich positiv oder auch negativ auf die Leistungsbilanz auswir-

ken können. Frau Tiedge, das, was Sie als Begründung mit angeführt haben, nämlich dass vor allem die Diskussion über die Veränderung der Polizei die Hauptursache dafür ist, weise ich zurück.

(Zustimmung bei der CDU, von Herrn Kosmehl, FDP, und von Herrn Wolpert, FDP)

Ich denke, dass der Anspruch an unsere Polizeibeamtinnen und -beamten schon angemessen ist, wenn wir betrachten, dass in anderen Flächenländern bezogen auf die Bevölkerung die Polizeiaufgaben mit weniger Polizeibediensteten erledigt werden. Sich hinsichtlich der Zahl der Polizeibeamten bezogen auf die Bevölkerung dem Bundesdurchschnitt anzunähern, ist auch für uns ein Anspruch. Diesen Weg wollen wir gehen. Die Entscheidungen dazu sind am Anfang dieser Legislaturperiode getroffen worden. Sie haben sicherlich auch fiskalische Aspekte, aber es ist eine Grundsatzentscheidung.

Es ist auch klar - das wissen Sie -: Die Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst sind, werden nicht entlassen. Wir haben es mit Beamten zu tun, die bis zum Erreichen des Pensionsalters Dienst tun werden.

Richtig ist aber auch, dass wir den Weg in den nächsten Jahren schon beschreiten können. Durch das Ausscheiden von älteren Beamtinnen und Beamten sinkt die Zahl unserer Polizeibeamten. Trotzdem müssen wir auch für Nachwuchs sorgen. Deswegen haben wir entschieden, einen Einstellungskorridor zu organisieren, der uns auch in den letzten Jahren in die Lage versetzt hat, Anwärter einzustellen und sie nach abgeschlossener Ausbildung in den Polizeidienst zu übernehmen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU, und von Herrn Madl, CDU)

Noch etwas gehört auch dazu: Wenn man den Blick nach vorn richtend weiß, dass wir die polizeilichen Aufgaben mit weniger Polizeibediensteten erledigen wollen, muss man eine Vielzahl von Faktoren heute schon so verändern, dass wir auch mit weniger Polizisten den Leistungsstandard, den wir in der polizeilichen Arbeit haben, halten und weiterhin verbessern können.

Dazu gehören auch Überlegungen zur Organisation. Dazu gehören natürlich auch alle Anstrengungen, die auch von Ihnen begleitet werden, damit die Anschaffungen für eine ordentliche technische Ausstattung, die die Arbeit erleichtert, getätigt werden. Auch dabei haben wir in den letzten Jahren Erhebliches leisten können: Anschaffungen im Bereich der IT-Technik, Anschaffungen für die Einsatz- und Führungsmittel für die Polizeibeamten selber, Anschaffungen neuer Fahrzeuge über Leasing-Verträge.

Diese Verbesserungen haben alle einen einzigen Hintergrund: die Veränderung in der Personalstärke auch dadurch begleitend abzufangen, dass die Arbeitsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit erhalten bleiben und sogar gesteigert werden können.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Kosmehl, FDP)

Jetzt zu der Studie, deren Ergebnis der Anlass für diese Debatte ist. Ich habe bei meinem Amtsantritt feststellen müssen, dass der Krankenstand in unserer Polizei überdurchschnittlich hoch war. Er ist es noch heute. Es ist auch sicherlich nachvollziehbar: Jeder Kollege, der aus Gesundheitsgründen nicht zum Dienst kommen kann,

fehlt. Die Belastung, die dadurch entsteht, müssen diejenigen tragen, die im Dienst sind. Deswegen war ein Ansatz: Wir müssen die Ursachen für diesen hohen Krankenstand erkennen, damit wir auch dagegen vorgehen können und den Krankenstand auch in der Polizei senken können, um die Belastung insgesamt für alle Kollegen in einem vernünftigen Maß zu beschränken.

Deswegen - das Argument, dass man das ohne oder gegen die Kollegen macht, verstehe ich schon mal gar nicht - haben wir uns nach einer Ist-Analyse dazu entschlossen, mit den Beamtinnen und Beamten über den Weg einer Analyse ins Gespräch zu kommen, um herauszufinden, ob auch das Klima, das Arbeitsumfeld und alles, was zum täglichen Geschäft gehört, Ursachen sein können, die sich auf den Gesundheitszustand auswirken. Darüber hinaus wollten wir wissen, wenn dies der Fall ist, mit welchen Instrumenten wir schnell oder vielleicht mittelfristig gegensteuern können, um die Arbeitsbedingungen entsprechend zu verbessern. Das ist ein ganz offensiver Umgang und ein Mitnehmen der Kolleginnen und Kollegen.

Hierbei ist zum Beispiel auch - das ist ja deutlich geworden - die Frage des Dienstablaufs durch bedarfsorientiertes Schichtmanagement genannt worden. Wir haben diese Art und Weise der Dienstdurchführung beginnend im Jahr 2004 für alle Dienststellen eingeführt.

Meine Damen und Herren! Es ist nachvollziehbar, dass die Belastung im täglichen Dienstgeschehen auch in der Polizei zwischen Montag und Sonntag, vormittags, nachmittags oder nachts unterschiedlich ist. Der Ansatz, den wir gewählt haben, geht von nichts anderem aus.

Die Personalplanung soll sich an der Belastung über einen Dienstzeitablauf orientieren. Dazu gibt es Erfahrungen in allen Dienststellen, die die Grundlage für die Dienstplanerstellung in diesem System bilden; denn es ist sicherlich für jeden nachvollziehbar, dass die Nacht von Freitag auf Samstag aus polizeilicher Sicht anders verläuft als ein Sonntagvormittag. Genau darauf wollen wir mit einem flexiblen Dienstangebot reagieren.

Beides muss kompatibel gemacht werden. Die dienstlichen Belange müssen natürlich berücksichtigt werden. Das heißt, eine Mindestbesetzung, die unabhängig von der Tages- oder Nachtzeit erforderlich ist, muss gewährleistet werden. Darüber hinaus muss entsprechendes Personal auch für Sonderdienste in den Zeiten, in denen man es braucht, verfügbar sein.

Gleichzeitig muss es auch für die Kolleginnen und Kollegen eine Möglichkeit geben, ihre individuellen Bedürfnisse in dieses System mit einzubringen und unter Einhaltung der dienstlichen Belange insoweit eigenverantwortlich das Dienstgeschehen mit zu planen.

Uns ist und war klar, dass ein solcher Weg nicht einfach mit einem Erlass nach dem Motto „ab jetzt ist es so“ funktioniert, sondern dass ein Umstieg auf dieses Dienstsysteem natürlich auch mit Ecken und Kanten behaftet ist. Deswegen haben wir diesen Prozess von Anfang an durch viele Gespräche begleitet, auch noch im letzten Halbjahr und bis in diese Tage hinein.

Alle Gespräche wurden mit dem Ziel geführt, die Unwägbarkeiten beim Umsetzen dieses Systems - die Erfahrungen in einzelnen Dienststellen sind dabei durchaus unterschiedlich - aufzunehmen und sie insgesamt so zu bewerten, dass wir ein an dem Bedarf orientiertes Schichtsystem in der Polizei als das übliche und zu prak-

tizierende Instrument haben. Dabei sollten alle Schwächen, Mängel oder suboptimalen Abläufe, die in der Umsetzungsphase ermittelt wurden, mit entsprechenden Beratungen und Unterstützungen beseitigt werden, damit in allen Dienststellen ein optimaler Umgang mit diesem neuen Dienstsysteem möglich sein wird.

Diese Studie hat uns darüber hinaus auch auf alle anderen Punkte, die erkennbar oder zu vermuten waren, aufmerksam gemacht. Das sind die Fragen der Beförderung und der Ausstattung und Ausrüstung.

Frau Tiedge, wenn Sie sagten, es gab wenige Beförderungen, muss ich Sie darauf hinweisen, dass im Bereich der Polizei durch die bereitgestellten Mittel für Beförderungen im letzten Halbjahr mehr als 1 200 Beförderungen ausgesprochen wurden.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen, dass das recht wenig sei. Ich kann mir vorstellen, dass das für alle diejenigen, die nicht befördert worden sind, wenig zu sein scheint. Für mich sind 1 200 Beförderungen in einem halben Jahr ein gutes Ergebnis. Ich glaube, das wird in der Polizei auch so gesehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Jeziorsky. - Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Schulz.

Herr Schulz (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine hervorragende Polizei. Ihre Leistungen für die innere Sicherheit kommen auch dem Ansehen unseres Landes Sachsen-Anhalt zugute.

Die Bemühungen des Innenministeriums, - wie vom Minister gerade dargelegt wurde - im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit die Probleme unserer Polizeibeamtinnen und -beamten festzustellen und im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten zu beseitigen, sollen nicht zu Wahlkampfwzwecken missbraucht werden. Dies würde in der Sache nichts voranbringen, aber auf jeden Fall die Gefahr mit sich bringen, wieder einmal dem Image unseres Landes zu schaden. Aber sicherlich, liebe Kollegen von der PDS, haben Sie damit mehr Erfahrungen sammeln können als wir.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Überhaupt keinen Wahlkampf machen!)

Anlass zur Sorge geben meines Erachtens die jetzt von der PDS entwickelten Aktivitäten zum Thema Polizei. Jetzt, kurz vor den Landtagswahlen, entdeckt sie, dass unsere Polizei eine schwierige Aufgabe zu erfüllen hat. Der Einsatz im Schichtdienst zum Beispiel - Frau Tiedge hat es kritisiert - soll die Gesundheit belasten.

Jetzt erst, nachdem das Innenministerium und nicht irgendwelche Gewerkschaften, speziell die Polizeigewerkschaften, unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nach ihren Problemen, Sorgen und Wünschen befragen ließ, kommen Sie auf den Plan und versuchen, durch große Worte davon abzulenken, dass Sie das hohe Durchschnittsalter bei den Polizeibediensteten, das auch eine Ursache für den relativ hohen Krankenstand bei der Polizei ist, ganz wesentlich mit zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU)

Denn in Ihren Jahren, in den Jahren der rot-roten Landesregierung in Sachsen-Anhalt sind nur in völlig unzureichendem Umfang junge Polizistinnen und Polizisten eingestellt worden. Wenn Sie hinsichtlich der Einstellung, der Beförderungen und des Neubaus von Unter- kunfts- und Verwaltungsgebäuden so kontinuierlich gearbeitet hätten, wie wir es in den vergangenen vier Jahren getan haben, dann müssten wir jetzt nicht die Missstände aufarbeiten, die Sie kritisieren.

Die Einstellungszahlen wurden rigoros gedrosselt - ich rede immer noch von Ihrer Zeit -, obwohl eindeutig absehbar war, dass das Durchschnittsalter bei der Polizei stetig ansteigen wird. In jenen Jahren, in denen Sachsen-Anhalt zum Schlusslicht aller Bundesländer - jeder kennt noch den Begriff der „roten Laterne“ - wurde, ist die PDS nicht einmal auf den Gedanken gekommen, nach den Problemen unserer Polizeibeamtinnen und -beamten zu fragen.

(Herr Gärtner, Linkspartei.PDS: Das stimmt doch gar nicht! - Frau Tiedge, Linkspartei.PDS: Sie haben keine Ahnung!)

In den letzten Jahren hatte ich bei der PDS - Herr Gärtner guckt nicht gerade interessiert zu - den Eindruck, dass sie der Polizei eher kritisch als wohlwollend gegenübersteht. Ich wundere mich überhaupt, dass heute Frau Tiedge und nicht Herr Gärtner für die PDS gesprochen hat. Eigentlich haben wir bei Polizeithemen immer Herrn Gärtner hier vorn gesehen.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Aber die Worte, die Herr Gärtner in dieser Richtung gewählt hat, waren meines Erachtens anders als die von Frau Tiedge. Ich finde es auch ein bisschen unverföhren,

(Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

dass Sie die Themen hier mit verschiedenen Mitteln und durch zwei verschiedene Personen bearbeiten.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der Linkspartei.PDS - Herr Gärtner, Linkspartei.PDS: Das sind Erklärungen!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Schulz, möchten Sie eine Frage von Herrn Gallert beantworten?

Herr Schulz (CDU):

Herr Gallert könnte seine Anfrage gern schriftlich an mich richten. Die werde ich dann beantworten.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das ist in der Geschäftsordnung so nicht vorgesehen.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Zu etwas anderem ist er nicht fähig!)

Herr Schulz (CDU):

Dann möchte ich von Herrn Gallert keine Frage beantworten.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie die Arbeit unserer Polizei nicht mit Wahlkampfmanövern belasten würden und zum Beispiel die weiteren Untersuchungen und Maßnahmen zur Fortentwicklung des bedarfsorientierten Schichtmanagements abwarten. Auch zur zukünftigen

Polizeistruktur sollten wir die Ergebnisse der Fachleute abwarten und nicht mit allgemeinen politischen Erwägungen, Spekulationen und unsachlichen Fragestellungen Unsicherheiten in der Polizei und in der Bevölkerung schüren.

Die zukünftige Polizeistruktur wird wie bisher allein an den polizeifachlichen Anforderungen mit dem Ziel auszurichten sein, die den Menschen unseres Landes drohenden Gefahren möglichst wirksam abzuwehren. Bei der anstehenden Polizeistrukturreform werden sicherlich zahlreiche Aspekte zu berücksichtigen sein, die sich nicht durch mehr oder weniger Kreise auf einer Landkarte darstellen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin selbst auch familiär mit der Polizei verbunden. Mein Vater ist bei der Polizei. Ich habe zwei gute Freunde, die bei der Polizei sind. Ich kenne auch viele Parteikollegen, die bei der Polizei ihren Dienst tun, sowohl bei der Bereitschaftspolizei in Magdeburg als auch bei der Kriminalpolizei als auch in den Stationen im ländlichen Raum. Ihre Einschätzung, dass eine große Demotivation bei der Polizei vorherrscht, Frau Tiedge,

(Zurufe von der Linkspartei.PDS)

teile ich nicht.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Freuen wird uns doch, dass das Ministerium

(Zuruf von Frau Rogée, Linkspartei.PDS)

den offenen Umgang mit den Polizisten pflegt und sie nach ihren Nöten und Verbesserungsvorschlägen befragt werden. Das haben Sie nicht geschafft. Von Ihnen habe ich immer nur Kritik, Vorwürfe und irgendwelche anderen Äußerungen gegenüber der Polizei gehört. Hier von einem erheblichen Demotivationspotenzial zu sprechen, ist absolut unrichtig.

(Frau Tiedge, Linkspartei.PDS: Dann sollten Sie die Studie einmal lesen! - Frau Rogée, Linkspartei.PDS: Ja, das sollten Sie einmal tun!)

Das Thema der Beförderungen hat der Minister schon angesprochen. Auch das kennzeichnet natürlich Ihre Polemik, Frau Tiedge. Sie sagten, dass keine Beförderungen stattgefunden haben. Tatsächlich haben im letzten halben Jahr mehr als 1 200 Beförderungen stattgefunden. Ich denke, Ihre Wortwahl ist äußerst unangepasst.

Auch Ihre Forderung, die notwendige Strukturreform nicht gegen, sondern mit den Polizisten zu machen, entbehrt jeder Grundlage und entspricht nicht den Erfahrungen, die das Ministerium im Umgang mit der Polizei gesammelt hat. Wir haben die Strukturreform - ich erinnere an die Zeit, als wir damals die kleinsten Stationen aufgelöst haben - gemeinsam mit den Polizisten und den Polizeigewerkschaften und auf ihre Anregung hin und nicht im Alleingang durchgeführt. Das, was wir umgesetzt haben und auch bei der jetzigen Reform umsetzen, war und ist durchaus im Interesse und nach den Bedürfnissen der Polizistinnen und Polizisten vor Ort.

In vielen Gesprächen mit Polizisten und mit meinen Freunden bekomme ich immer wieder zu hören, dass die größeren Probleme weniger die Ausstattung usw. sind, sondern in dem Zusammenwirken zwischen den Einzelnen, insbesondere mit den hohen Behörden der Polizei, den Polizeidirektionen zu suchen sind.

Bei drei Polizeidirektionen für das ganze Land, wie Sie in Ihren Vorstellungen zur Strukturreform fordern, wären diese Probleme, die die Polizisten zu beklagen haben, noch wesentlich größer. - Herr Präsident, ich bin am Ende meiner Rede. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP
- Frau Tiedge, Linkspartei.PDS: Polemik pur!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Schulz. - Wir dürfen Schülerinnen und Schüler von der Sekundarschule Eilsleben auf der Südtribüne begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun erteile ich Herrn Rothe das Wort, um für die SPD-Fraktion zu sprechen.

Herr Rothe (SPD):

Herr Kollege Schulz, Sie haben den - - Zunächst einmal: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Heiterkeit bei der CDU)

- Ich konnte es kaum erwarten, den Kollegen Schulz anzusprechen.

Herr Kollege Schulz, Sie haben den hohen Altersdurchschnitt bei der Polizei mit einer unzureichenden Einstellungspolitik der Vorgängerregierung begründet. Richtig ist, dass der hohe Altersdurchschnitt darauf zurückzuführen ist, dass die erste CDU-FDP-geführte Landesregierung alle Polizisten im Alter von mehr als 50 Jahren nach Hause geschickt und bei den Jahrgängen, die damals jünger als 50 Jahre waren, 1 500 Polizisten mehr im Dienst gelassen hat als vergleichbare ostdeutsche Länder. Deswegen haben wir heute das Problem beim Altersaufbau.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Oh! bei der CDU)

Der Herr Innenminister hat sich vorhin wegen des Rückgangs der Straftaten Jahr um Jahr gelobt. So haben Sie sich ausgedrückt, Herr Jeziorsky.

(Minister Herr Jeziorsky: Ich habe die Polizei gelobt, Herr Rothe!)

Der Rückgang der Straftaten Jahr um Jahr ist unbestritten. Er vollzieht sich entsprechend dem Bevölkerungsrückgang.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Die so genannte Häufigkeitszahl, das heißt die Zahl der Straftaten pro 100 000 Einwohner, stagniert dagegen seit Jahren bei 9 000. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 8 000, meine Damen und Herren. - Das zu Ihrer Erfolgsbilanz, Herr Minister.

Keine staatliche Aufgabe ist so unverzichtbar wie der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen Dritter. Entscheidend für die Qualität der polizeilichen Aufgabenerfüllung ist gut ausgebildetes und vor allem auch motiviertes Personal. Das Land braucht solche Polizeibeamten.

Lassen Sie mich mit zwei Zitaten belegen, wie sich die besorgniserregende Situation in der Polizei darstellt. Das erste Zitat entnehme ich der Stellungnahme des Senats der Fachhochschule der Polizei vom 10. August 2004 zu

der Gesetzesnovelle, die der Landtag gestern im Wesentlichen unverändert beschlossen hat.

(Herr Tullner, CDU: Das stimmt nicht!)

Darin heißt es:

„Statt eine moderne, dynamische und flexible Organisation aufzubauen, folgt man lieber dem alten und bekannten starren Organisationssystem, in dem die menschlichen Erfahrungen keine Berücksichtigung finden. In dieser hierarchischen Organisation ist der Mensch lediglich Objekt (Befehlsempfänger) staatlicher Verfügungen und Anweisungen. Die Verfügungs- und Entscheidungsgewalt dient allein der Erhaltung einer Hierarchie von Kontrolle und Standardisierung der obersten Verwaltungsebene. Der Mensch als Individuum bleibt auf der Strecke.“

Das sagt der Senat der Fachhochschule der Polizei. - Das zweite Zitat ist ganz kurz:

„Es herrscht eine große Demotivation unter den Mitarbeitern.“

Das ist der Gesamteindruck von Peter Nieder, Professor für Personalwesen an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, der für das Innenministerium die Ergebnisse seiner Arbeitsplatzanalyse für unsere Landespolizei zusammengestellt hat, und zwar im Ländervergleich erschreckende Ergebnisse.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Das ist ja vernichtend!)

Herr Minister Jeziorsky, Sie haben bei Ihrem Amtsantritt von Ihrem Vorgänger eine gut aufgestellte Polizei übernommen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Herr Kosmehl, FDP: Herr Kollege Rothe, also! - Herr Tullner, CDU: Das ist die rosarote Brille! - Herr Kosmehl, FDP: Die rot-rote Brille!)

Eine Ihrer ersten Amtshandlungen war es, im Ministerium den für die Polizei zuständigen Abteilungsleiter auszutauschen. Auf der Abteilungsleitersebene der Ministerien werden die Beamten wie Landräte besoldet und sie tragen vergleichbar große Verantwortung. Es handelt sich allerdings nicht um politische Beamte. Daher sage ich an dieser Stelle nur, Herr Minister, dass Sie sich den Führungsstil Ihres Ministerialdirigenten zurechnen lassen müssen. Sie tragen die Gesamtverantwortung.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Sie haben es versäumt, sich in Einzelgesprächen mit den Behörden- und Einrichtungsleitern ein eigenes Bild zu machen. Es nützt wenig, bei Kreisbereisungen Runden mit einer Vielzahl von Teilnehmern zusammenzurufen, wo die eigentlichen Probleme nicht oder nur unzureichend artikuliert werden.

Es hat an wohlwollenden sachdienlichen Hinweisen nicht gefehlt. Ich erinnere an den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Personalentwicklung in der Landespolizei, worüber wir am 12. Juni 2003 im Plenum sehr moderat diskutiert haben, und an die Aussprache über unsere Große Anfrage im folgenden Jahr.

Als festgestellt wurde, dass wir in der Landespolizei einen exorbitant hohen Krankenstand in Höhe von fast 10 % haben, haben Sie bei Professor Nieder, der ein

Experte für betriebliches Gesundheitsmanagement ist, die Analyse in Auftrag gegeben. Das wäre für sich genommen lobenswert, wenn Sie nicht den nach der Durchführung der Mitarbeiterbefragung im Mai/Juni/Juli 2005 erstellten 65-seitigen Bericht mit dem Titel „Ergebnisse der Arbeitssituationsanalyse“ unter Verschluss genommen hätten, obwohl in dem Bericht auf die Wichtigkeit hingewiesen wird, die Mitarbeiter über die Ergebnisse zu informieren, und von sofort - bis Ende 2005 - realisierbaren Maßnahmen die Rede ist.

Herr Minister, Sie haben sich am 3. Januar 2006 mit Angaben zur Kriminalitätsstatistik an die Öffentlichkeit gewandt, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch gar keine gesicherten Zahlen vorlagen. Ein solches Vorpreschen hat es noch nie gegeben. Sie hätten besser von sich aus den Bericht über die Ergebnisse der Arbeitssituationsanalyse vorgelegt.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Als die „Mitteldeutschen Zeitung“ am 10. Januar 2006 die Öffentlichkeit von der Existenz dieses Berichtes informiert, lassen Sie erklären, derzeit werde das Führungspersonal um Stellungnahmen gebeten. - Ich habe dann auf Behördenleiterebene nachgefragt und es stellte sich heraus, dass die Polizeipräsidenten das Papier noch gar nicht kannten. Denen haben Sie es erst nach seinem Auftauchen in der Presse zugänglich gemacht.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Das gibt's nicht!)

Der Inhalt ist ja auch danach. Ich greife nur ein paar Äußerungen zum Thema Vorgesetztenverhalten heraus. Da sagen Beamte, das kooperative Führungssystem werde nur in wenigen Bereichen umgesetzt. Die Fürsorgepflicht werde missachtet. Es gebe keinen Rückhalt durch Vorgesetzte. Es werde zu wenig informiert, nur kritisiert, nicht gelobt und motiviert. - Wir haben es nicht allein mit Unmutsäußerungen aus dem mittleren und gehobenen Dienst zu tun. Der Vertrauensverlust erstreckt sich auf alle Hierarchieebenen bis in die Spitze.

Die obere Führungsebene der Polizei - das ist die Ebene der Polizeipräsidenten - hat heute vor einem Jahr an einem Seminar teilgenommen, bei dem sich die größte Zahl der geäußerten Veränderungswünsche auf das Vorgesetztenverhalten bezog. Die Behörden- und Einrichtungsleiter gaben an, sie würden häufig vor vollendete Tatsachen gestellt, sie wollten als Behördenleiter stärker einbezogen werden, mehr Handlungsfreiheit, weniger „Bombenwürfe“, mehr Gelassenheit.

(Herr Tullner, CDU: Was, Bombenwürfe?)

Es wurde auf den Unterschied zwischen Auftrags- und Befehlstaktik hingewiesen.

Herr Minister, ein Beispiel für den Umgang Ihres Hauses mit dem nachgeordneten Bereich ist die Auseinandersetzung über das Thema bedarfsorientiertes Schichtdienstmanagement, kurz BSM. Frau Tiedge hat das bereits angesprochen. In der Arbeitssituationsanalyse ist dazu zu lesen, die Betroffenen klagten über ständige, auch sehr kurzfristige Veränderungen des Dienstplans ohne Rücksprache mit den Kollegen. Durch BSM seien die Dienstabteilungen aufgelöst. Es gebe keine Gruppen und keinen Zusammenhalt mehr. Die Kommunikation zwischen den Koordinatoren und den betroffenen Beamten klappe nicht. BSM könnte funktionieren, wenn die Vorschläge der Mitarbeiter berücksichtigt würden.

Sie, Herr Minister, lassen Ihren Sprecher zu diesen Vorwürfen sagen - ich zitiere die „Volksstimme“ vom 11. Januar 2006 -:

„Schuppe räumte ein, dass es in einigen Dienststellen mit dem Schichtmanagement nicht klappt. Doch das liege daran, wie gut eine Leitung arbeite. Allerdings gebe es auch subjektive Befindlichkeiten.“

Ich frage Sie, Herr Minister: Wäre es nicht angebracht einzuräumen, dass versäumt worden ist, eine geeignete Software für BSM anzuschaffen, nicht aus Finanznot, sondern aus Sorglosigkeit? Und wie wäre es, wenn man das Bedürfnis von Menschen ernst nimmt, einem überschaubaren Arbeitskollektiv anzugehören?

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Wo Managementfehler in Magdeburg gemacht werden, darf man die Verantwortung doch nicht der Revierebene zuschieben, und wo im nachgeordneten Bereich Fehler gemacht werden, sollte sich ein Minister vor seine Mitarbeiter stellen!

Herr Minister, beim Thema innere Sicherheit habe ich Sie lange Zeit geschont und mir deswegen manchen Vorwurf eingehandelt. Ich respektiere Ihre Biographie, zumal ich selbst den damaligen Bedingungen hier nicht ausgesetzt war. Man muss mit den Sicherheitskräften nicht gleich warm werden. Ich selbst habe als Rechtsreferendar ein halbes Jahr lang bei der Bonner Polizei gearbeitet und blieb solange sehr auf Distanz.

(Herr Tullner, CDU, lacht)

Aber dass Sie als Minister in fast vier Jahren Ihre innere und äußere Distanz nicht überwunden haben, dass Ihr Verhältnis zur Polizei noch immer ein Nichtverhältnis ist, das belastet die Landespolizei.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Widerspruch bei der CDU - Frau Weiß, CDU: Quatsch!)

Heute haben wir es mit einer handfesten Führungskrise bei der Polizei zu.

(Widerspruch bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Das ist Wahlkampfgetöse! - Herr Reichert, CDU: So eine Vorstellung! - Herr Dr. Schellenberger, CDU: Sie müssen einmal die Polizisten fragen, aber die richtigen!)

Im Idealfall geht ein Polizeiführer ohne Vorbehalte auf seine Mitarbeiter zu, nach dem Motto: Vertrauen gegen Vertrauen. Das Vertrauen wird gewährt, bis im Einzelfall der Beweis des Gegenteils geführt ist. Mit dieser Führungsphilosophie habe ich in der Polizeidirektion Merseburg den Leitenden Polizeidirektor Rainer Bauch kennen gelernt, der dann übrigens als erster Beamter ostdeutscher Herkunft in Sachsen-Anhalt zum Polizeipräsidenten ernannt wurde und mittlerweile im Ruhestand ist.

Weil Polizeibeamte von ihrer Kundschaft selten Dank erfahren,

(Herr Tullner, CDU, und Herr Dr. Schellenberger, CDU, lachen)

müssen sie umso mehr spüren, dass die Polizeiführer, nicht zuletzt der Minister, zu ihnen stehen und ihre Arbeit wertschätzen.

In diesem Zusammenhang will ich noch ein paar Worte zur Ausstattung der Polizei sagen. Das ist ein großer Kostenblock. Auch die Polizei muss einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes leisten. Aber von dem zuständigen Ressortminister darf man erwarten, dass er sich für die Belange seiner Beamten stark macht und auch einmal einen Streit mit dem Finanzminister und der Staatskanzlei riskiert, wie das Ihr Amtsvorgänger getan hat, anstatt in Fatalismus zu verfallen.

(Herr Tullner, CDU: Das muss man doch nicht in der Öffentlichkeit austragen! Unerhört! - Zurufe von Frau Rotzsch, CDU, von Frau Weiß, CDU, und von Herrn Dr. Schellenberger, CDU)

Nachdem es jahrelang keine Beförderungsperspektive für die Beamten gab, nützt es nichts, kurz vor der Landtagswahl die Schleusentore zu öffnen. So wird das Vertrauen nicht zurückgewonnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Jeziorsky, ich bin der Meinung, dass es Ihnen nicht mehr möglich sein wird, das verlorene Vertrauen der Polizei zurückzugewinnen. Sie sind als Polizeiminister gescheitert. Bleiben Sie trotzdem bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt.

(Frau Weiß, CDU: Das bestimmen Sie doch nicht!)

Ich mag mir nämlich nicht vorstellen, was ein Innenminister Thomas Weibel in den 100 Tagen alles anrichten könnte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Herr Tullner, CDU: Unerhört! Persönliche Diffamierung! - Frau Brakebusch, CDU: Sie sollten sich was schämen! - Herr Kosmehl, FDP: Also! - Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Rothe. - Zum Abschluss der Debatte hören wir den Beitrag der FDP-Fraktion. Es spricht Herr Kosmehl. Bitte, Herr Kosmehl.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident! Meinen sehr geehrten Damen und Herren! Werter Herr Kollege Rothe, ich habe Sie hier in den vergangenen fast vier Jahren als jemanden kennen gelernt, der durchaus pointiert redet und das eine oder andere auch einmal zugespitzt darstellt. Ich sage ganz offen, dass ich das an Ihnen mag. Aber das, was Sie heute hier abgeliefert haben, ist einfach Ihrer nicht würdig, und ich denke, es ist auch des Hohen Hauses nicht würdig.

(Beifall bei der FDP - Starker Beifall bei der CDU - Herr Dr. Thiel, Linkspartei.PDS: Sachbeschädigung!)

Herr Kollege Rothe, ich hoffe wirklich, dass Herr Püchel die Zeit finden wird, das Protokoll und die ganzen Lobreden auf seine Person zu lesen. Er konnte sie leider nicht hören. Aber ich glaube, die Fakten - ich werde versuchen, dies in meiner Rede darzustellen - stellen sich doch etwas differenzierter dar.

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Geben Sie sich mal Mühe!)

Wenn man alles über die Jahre betrachtet - vielleicht versuchen wir einmal den Bogen über die vergangenen 15 Jahre zu spannen -, dann werden wir feststellen, dass es über die Jahre allen Innenministern gegenüber den Finanzministern schwer gefallen ist, eine angemessene

Ausstattung für die Polizei zu bekommen. Ich denke, am Ende haben wir im Landtag als Haushaltsgesetzgeber immer eine Lösung gefunden, und ich glaube, das sollte man auch nicht in Abrede stellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch zwei weitere Punkte im Rahmen der Vorbemerkung nennen. Ich glaube, es ist richtig, dass sich der Landtag mit der Situation der Polizei beschäftigt. Ich glaube aber, dass es besser gewesen wäre, Frau Tiedge, wenn wir dies im Ausschuss für Inneres gemacht hätten -

(Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

nicht weil ich die Öffentlichkeit scheue, sondern weil ich glaube, dass wir uns dann besser, intensiver und vielleicht auch etwas nüchterner dem Thema hätten widmen können - wir können es auch gerne nachholen - und es gerade nicht zu einer Wahlkampfreden, wie Sie sie gehalten haben, gekommen wäre. Das ist nämlich der Polizei nicht angemessen; denn ich glaube, dass man mit der Polizei und mit der Motivation der Polizei keinen Wahlkampf machen sollte.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Auf keinen Fall! - Weitere Zurufe von der Linkspartei.PDS und von Frau Dr. Kuppe, SPD)

Die Polizei ist ein wichtiger Punkt. - Frau Kuppe, Sie können gerne eine Frage stellen. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar; das verlängert meine Redezeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Polizei ist der Garant für die innere Sicherheit unseres Landes und deshalb ist sie notwendig. Sie ist ein Teil der Kernaufgabe des Staates, den wir erfüllen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sobald die Studie endgültig ausgewertet ist und offiziell auch dem Landtag zugeleitet wird, werden wir uns intensiv mit dieser Studie und den darin angesprochenen Themen beschäftigen müssen. Ich glaube, wir müssen diese Befragung sehr ernst nehmen. Ich bin dem Innenminister sehr dankbar dafür, dass er diesen Weg gewählt hat, dass er eine solche Befragung initiiert hat, weil man daraus durchaus ein Stimmungsbild erhalten kann. Ob die jetzige Studie in ihrem Umfang mit ca. 500 Befragten ein belastbares Aussagebild für die gesamte Polizei geben kann, wage ich zu bezweifeln, aber sie kann zu Diskussionen anregen, und ich denke, diese Diskussionen müssen wir auch führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige wenige Punkte, die meine Vorredner angesprochen haben, noch einmal beleuchten. Da ist das Thema Statistiken. Frau Tiedge, Sie haben es ins Gespräch gebracht. Ich glaube - das meine ich sehr ernst -, dass Statistiken auch für die Bewertung polizeilicher Arbeit notwendig sind. Ich glaube aber, dass man sich über den Umfang durchaus unterhalten und streiten kann.

Ich denke, auch wir als Abgeordnete müssen uns das eine oder andere Mal vielleicht selbst die Frage stellen, ob jede der Kleinen Anfragen - dabei gucke ich die Kollegen Gärtner und Rothe an und beziehe mich selbst ein -, die wir in den letzten Jahren in Bezug auf die Statistiken gestellt haben, wirklich notwendig war und ob wir nicht in Zukunft gegebenenfalls auf die eine oder andere

verzichten können, weil es natürlich die Verwaltung und die Polizei insgesamt belastet, diese Statistiken zusammenzustellen. Wir werden Wege finden, um das auszuwerten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz etwas zur sächlichen Ausstattung sagen. Frau Tiedge, in dem von Ihnen hier vorgestellten Wahlprogramm kam die Ausstattung erst an Punkt 5 Ihrer Aufzählung. Ich glaube, das wird der Situation in der Polizei nicht gerecht; denn die Ausstattung ist aus meiner Sicht der wichtigste Punkt, weil es die Hilfsmittel, die Einsatzmittel und auch die Schutzmittel sind, mit denen die Polizei ausgestattet werden muss. Das ist eine Aufgabe, der wir uns widmen müssen, bevor wir uns weiter in Strukturdebatten ergehen. Deshalb muss die Ausstattung nach vorne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt komme ich auf den Punkt, den ich bei Ihnen, Herr Rothe, kritisiert habe. Wenn wir uns den Stand der Ausstattung, beginnend ab dem Jahr 1990 bis heute, anschauen, so ist festzustellen, dass sich die Ausstattung verbessert hat. Wir haben auch in den letzten Jahren weitere Schritte gemacht. Ich kann Ihre Aussage, dass Herr Innenminister Jeziorsky eine gut aufgestellte Polizei von Herrn Püchel übernommen hat, nicht teilen, weil Defizite in der Ausstattung vorhanden waren, die sich über die Jahre bis zum Jahr 2002 angesammelt hatten.

Diese müssen wir auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen Stück für Stück abarbeiten. Das ist von heute auf morgen gar nicht machbar, aber dieser Aufgabe werden wir uns widmen müssen und dabei sind wir vielleicht ein Stück weit vorangekommen. Aber wir sind längst nicht fertig und es wird immer wieder neue Ausstattungsmittel geben, über die wir diskutieren müssen und die wir unseren Beamtinnen und Beamten auch zuteil werden lassen müssen. Wenn ich zum Beispiel an die Schutzwesten denke, dann sollte gelten: Jedem seine Schutzweste!

Das sind die Punkte, an denen wir weiter kontinuierlich arbeiten müssen und bei denen ich glaube, dass die Kritik, die in der Studie geäußert wird, teilweise berechtigt ist, weil man einerseits merkt, es fehlt noch an Ausstattung, was aber andererseits insofern relativiert werden kann, als die Politik in den letzten Jahren kontinuierlich an der Ausstattung gearbeitet hat. Es ist nicht so, dass wir keine Ausstattung angeschafft oder die Ausstattung nicht verbessert hätten.

Das gilt übrigens auch für die Computertechnik. Hierbei haben wir über die Jahre, weil es nach der Anschaffung Anfang der 90er-Jahre nicht prioritär war, dies auszutauschen, weil die finanziellen Nöte natürlich auch schwierig waren, dies ausgewechselt. Aber auch dort muss man Stück für Stück vorangehen und das abarbeiten.

Ich glaube, selbst wenn wir von heute auf morgen alles das, was wir an Arbeitsmitteln haben, austauschen würden, würde man - das gilt nicht für die Polizei allein, sondern für jeden anderen Bereich - in einer Befragung feststellen, dass es immer irgendetwas zu kritisieren gibt und dass es immer möglich sein wird, etwas zu verbessern.

Ich glaube, die Kritik ist nicht falsch. Aber man muss die Kritik - ich denke, dafür müssen wir in der Politik Sorge tragen - auch mit Blick auf das Gesamtkonzept bewerten. Ich meine, wird sind zumindest in Bezug auf die sächliche Ausstattung auf einem guten Weg.

Gleiches gilt, meine Damen und Herren, für das Personal. Frau Tiedge, Ihre Ausführungen zu den Beförderungen konnte ich nicht nachvollziehen. Vielleicht liegt das daran, dass Beförderungen einen sehr hohen Stellenwert haben, dass die Befragungen bereits im Mai, Juni, Juli stattgefunden haben, als die Beförderungen - das gebe ich gern als einen kritischen Punkt zu -, die wir bereits zum Ende des Jahres 2004 angekündigt hatten, noch nicht vollzogen waren.

Aber wenn Sie heute noch einmal Befragungen durchführen würden, dann würden Sie die Äußerungen, dass es keine Beförderungen gibt und dass es einen Beförderungsstau gibt, sicherlich nicht mehr in dem starken Umfang hören. Sie würden eher hören, dass vielleicht die Falschen oder zu wenige befördert worden sind. Aber ich glaube - darauf hat der Minister auch hingewiesen -, dass es im Rahmen des Beförderungskonzeptes durchaus eine beträchtliche Anzahl von Beförderungen gibt.

Herr Rothe, zumindest ich habe in meinem Gesprächen, die ich in verschiedenen Polizeidirektionen mit den Polizeipräsidentinnen und -präsidenten geführt habe, festgestellt: Das ist kein Scheunentor, das man vor der Landtagswahl sozusagen als Goodwill öffnet; vielmehr ist dabei ordentlich bewertet worden und es hat eine Auswahl stattgefunden. Ich glaube, wir haben damit einen großen Schritt getan, um den Beförderungsstau aufzulösen. Das ist auch gut so. An dieser Stelle müssen wir weitermachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss zwei Punkte herausgreifen.

Erstens zu BSM. Ich als Außenstehender bin in der Diskussion über BSM immer hin- und hergerissen. Von einer Seite hört man, dass man das BSM wieder ganz abschaffen und zu dem alten starren Schichtsystem zurückkehren sollte; die anderen sagen: Wir können das BSM anwenden, aber es braucht eine Flexibilisierung.

Als jemand, der noch nie im Schichtdienst und auch nicht unter BSM-Bedingungen gearbeitet hat, kann ich das schlecht einschätzen. Dazu sind die Meinungen zu verschieden. Ich glaube aber, dass es notwendig ist - daran krankt es aus meiner Sicht -, dass sich die Beteiligten miteinander unterhalten und dass man nach flexibleren Lösungen sucht. Diese muss es geben, damit in der einen oder anderen Polizeidirektion oder in dem einen oder anderen Polizeirevier eine etwas flexiblere Handhabung möglich ist - immer mit dem Ziel - die Belastungen werden aufgrund der Fußball-WM in diesem Jahr nicht geringer, sondern stärker werden -, den Beamten zumindest ein Stück weit Planungssicherheit zu geben, damit sie auch einmal ein freies Wochenende haben oder ihre freien Tage tatsächlich nutzen können.

Ich denke, diesbezüglich müssen wir einfach in eine Diskussion eintreten; denn aus meiner Sicht - der Minister möge mir diese Äußerung nachsehen - scheint die Kommunikation zwischen der Abteilung Polizei im Innenministerium und den Betroffenen mehr als gestört zu sein. Deshalb sollten wir uns dringend darum bemühen, dass diese Kommunikation wieder in Gang kommt.

Ein letztes Wort. Herr Präsident, ich sehe, meine Redezeit ist schon etwas ausgedehnt worden. Wir sollten uns diesem Thema im Innenausschuss, wie wir das über die Jahre hinweg gemacht haben, weiterhin widmen. Wir sollten das ernst nehmen, weil so die Möglichkeit eröffnet wird - erlauben Sie mir diese etwas flapsige Bemerkung -, von der Basis kommende Anregungen direkt zu

bewerten. Wir sollten aber auch dem Innenministerium und den Polizeipräsidenten die Möglichkeit geben, dazu Stellung zu nehmen, damit wir wirklich ein Gesamtbild haben.

Ich möchte nicht, dass wir die Motivation in unserer Polizei, von der ich glaube, dass sie noch vorhanden ist, kaputt reden durch die Versuche, alles nur schwarzweiß zu sehen, und durch Aussagen wie: Jetzt ist es schlecht; früher war alles besser. Ich glaube, wir sollten unsere Polizei weiter bestärken. Sie macht einen guten Job für uns alle und für die innere Sicherheit. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. Ihr Wunsch ist erhört worden. Herr Rothe möchte eine Frage stellen und verlängert damit Ihre Redezeit.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident, ich werde mich bemühen, kurz zu antworten.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte schön, Herr Rothe, fragen Sie.

Herr Rothe (SPD):

Herr Kollege Kosmehl, die SPD-Vertreter im Innenausschuss haben in dieser Woche bereits einen schriftlichen Selbstbefassungsantrag gestellt. Wir möchten in der Sitzung des Innenausschusses am kommenden Mittwoch von der Landesregierung erfahren, welche Konsequenzen sie aus den Ergebnissen der Arbeitssituationsanalyse zieht. Sind Sie bereit, diesem Selbstbefassungsantrag zuzustimmen?

(Herr Tullner, CDU: Das muss er doch heute noch nicht sagen! Er kennt ihn ja noch gar nicht! - Frau Dr. Kuppe, SPD: Lassen Sie ihn doch antworten!)

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Kollege Rothe, ich habe Ihren Selbstbefassungsantrag selbstverständlich zur Kenntnis genommen und ich würde sehr gern weiter über die Situation in der Polizei reden. Darüber, ob wir das aufgrund unserer Tagesordnung bereits am Mittwoch schaffen, sollten wir am Mittwoch sprechen. Ich meine aber, dass dieses Thema durchaus noch in dieser Legislaturperiode im Innenausschuss zur Sprache kommen soll.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. - Damit ist die Debatte abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe nun vereinbarungsgemäß den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Beratung

Bericht des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Beschluss des Landtages - **Drs. 4/39/1568 B**

Bericht und Beschlussempfehlung des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - Drs. 4/2563

Ich bitte Herrn Gallert, als Berichterstatter das Wort zu nehmen. Bitte schön.

Herr Gallert, Berichterstatter des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses:

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute das dritte Thema, bei dem wir wieder die Diskussion über die Frage haben werden: Eignet sich dieses Thema für den Wahlkampf oder eignet sich dieses Thema nicht für den Wahlkampf? In Regierungskreisen wird man auch dieses Thema wahrscheinlich als nicht für den Wahlkampf zulässig einstufen. Möglicherweise stellt sich bei dem einen oder anderen schon die Frage: Sollten wir den Wahlkampf vielleicht gänzlich ausfallen lassen?

(Herr Scharf, CDU: Wir haben noch Themen! - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

- Okay. Es beruhigt mich, dass es die eine oder andere Thematik geben kann, über die man sich noch streiten darf.

Ich kann das in meiner Funktion als Berichterstatter des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beruhigt sagen, weil wir es mit einem Bericht zu tun haben, der unter zwei Rahmenbedingungen außergewöhnlich und zumindest ungewöhnlich ist.

Als ersten Punkt kann ich anführen, dass die Mitglieder des Untersuchungsausschusses den Bericht einstimmig angenommen haben. Das - so muss ich sagen - hätte wahrscheinlich Mitte des Jahres 2004 niemand prophezeien und prognostizieren können.

Ich möchte einmal an die damalige Situation erinnern: Am 6. Mai 2004 wurde der Beschluss für die Einsetzung des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefasst. Es gab im Vorfeld die eine oder andere kleine Anfrage von Mitgliedern des Landesparlamentes an die Landesregierung, welche Aufträge in der Vergangenheit an Externe gegangen sind. Die eine Anfrage richtete sich eher auf die Aktivitäten der jetzigen Regierung, die andere Anfrage richtete sich auf die Aktivitäten der vorhergehenden Regierung. Wir als Abgeordnete hatten Informationsmaterial in einem erheblichen Umfang zur Kenntnis zu nehmen.

Vielleicht erinnert sich der eine oder andere Abgeordnete auch daran, dass es durchaus einmal die Überlegung gab, zwei Untersuchungsausschüsse einzuführen. Der eine sollte sich mit der einen Landesregierung und der andere mit der anderen Landesregierung beschäftigen. Vor diesem Hintergrund ist die Variante, für die wir uns entschieden haben, nämlich die Vorgänge in einem Untersuchungsausschuss zu untersuchen und zu beurteilen und dann auch noch zu einem einstimmigen Ergebnis zu kommen, außerordentlich positiv.

Ich erlaube mir in meiner Funktion als Ausschussvorsitzender einmal, die andere Variante durchzuspekulieren: Wir hätten zwei Untersuchungsausschüsse gehabt, in denen sich wahrscheinlich die gleichen Abgeordneten mit den gleichen Fragestellungen auseinander gesetzt hätten.

(Herr Tullner, CDU: Aber zwei Vorsitzende!)

- Sie hätten vielleicht sogar denselben Vorsitzenden gehabt. Nein, das geht nicht. Denselben Vorsitzenden

hätten sie nicht gehabt; Herr Tullner, darin haben Sie Recht.

Dann hätte man sich in der Schärfe der Untersuchung gegenseitig übertroffen. Ich glaube, das hätte weder zur Wahrheitsfindung beigetragen, noch hätte es diesem Landesparlament ein erhöhtes Maß an Glaubwürdigkeit verliehen. Insofern bin ich über den Verlauf der Dinge und auch über das Ergebnis außerordentlich froh.

Daneben gibt es im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss noch einen weiteren außergewöhnlichen Umstand. Zumindest haben die Menschen, die damit schon vorher zu tun hatten, gesagt, dass er in einigen quantitativen Eckpunkten die Dimension der acht vorhergegangenen Untersuchungsausschüsse übertroffen hat. Ich habe mir einmal statistisches Material geben lassen. Dadurch können die Kollegen, die leider nicht Mitglied dieses Ausschusses gewesen sind, vielleicht die eine oder andere Vorstellung entwickeln.

Der Ausschuss führte mit 65 Zeugen 96 Zeugenvernehmungen durch. Die Arbeit des Ausschusses ist auf sage und schreibe 1 500 Seiten Niederschriften, darunter 1 281 Seiten mit Zeugenaussagen, dokumentiert worden. Insgesamt lagen dem Ausschuss 90 Aktenordner mit - man höre und staune - über 26 000 Seiten Akten vor. Bei dem Abschlussbericht haben wir noch einen Rekord verbuchen können. In diesem Abschlussbericht gibt es - sage und schreibe - 617 Quellenangaben. Auch da sind wir Spitze.

Nun muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weiß nicht, inwiefern sich wirklich jedes Mitglied dieses Ausschusses alle 26 019 Seiten der Akten vor der Beratung genauestens durchgelesen hat,

(Herr Schomburg, CDU: Die CDU ja!)

- ich glaube, derjenige, der das gesagt hat, war nicht Mitglied des Ausschusses - aber ich glaube, die 1 500 Seiten Niederschriften können wir als Abgeordnete - wir haben sie nicht erstellt; deswegen kann ich das hier so sagen - gar nicht hoch genug bewerten. Mein erster Dank als Ausschussvorsitzender richtet sich deswegen ausdrücklich an den Stenografischen Dienst, der wirklich Außergewöhnliches und Außerordentliches geleistet hat.

(Beifall im ganzen Hause)

Da wir gerade bei den Akten sind, nenne ich zwei Punkte, auf die ich noch einmal besonders eingehen möchte: Da hatten wir in dem ersten Bereich der Untersuchung zu den Beraterverträgen den Komplex der Limsa.

Nun hatten wir folgende Situation: Die Landesregierung hat uns die Akten für diesen Komplex Limsa zur Verfügung gestellt, also die Beraterverträge mit Herrn Dr. Michael Taeger & Partner. Auf all diesen Akten war der Vermerk „VS“ - das bedeutet: nur für den Dienstgebrauch - zu finden. Das ist ein Problem. Wenn dieser Vermerk nämlich Bestand gehabt hätte - die Landesregierung hat das Einordnungsrecht -, dann hätte sich der Untersuchungsausschuss mit diesem Komplex im Rahmen einer öffentlichen Sitzung überhaupt nicht beschäftigen dürfen.

Dieser Untersuchungsausschuss hat jedoch verfassungsrechtliche und gesetzliche Rahmenbedingungen zu beachten, aufgrund deren er sich mit den Themen öffentlich beschäftigen muss. An dieser Stelle hatten wir ein Problem. Auch dieses Problem ist gelöst worden. Die

Landesregierung hat den Vermerk zurückgezogen und hat damit den Weg frei gemacht.

Dann hatte man ein zweites Problemfeld. Viele von den Vorgängen, die wir untersucht haben, lagen bereits mehrere Jahre zurück, einige sogar etwa zehn Jahre. Es gab also den einen oder anderen Zeugen, der damals Verantwortung trug, aber nun völlig zu Recht gesagt hat: Die Fragen, die Sie mir hier zugeschickt haben, waren insofern interessant, als sie mich überhaupt wieder darauf gebracht haben, dass es damals irgendetwas gegeben hat; wenn ich sie jetzt auch noch beantworten soll, dann müssen Sie mir die Akten zur Verfügung stellen, in denen die Vorgänge festgehalten worden sind, nach denen Sie mich fragen.

Dieser Wunsch ist nachvollziehbar, hätte allerdings zur Konsequenz gehabt, dass uns die Zeugen auf die Fragen, die wir von ihnen persönlich beantwortet haben wollten, lediglich die Akten vorgelesen hätten. - Ein kompliziertes Problem. Darüber haben wir uns im Ausschuss lange gestritten, bis uns die Erleuchtung kam, dass wir diese Frage nicht entscheiden müssen, sondern es eine Angelegenheit der Landesregierung ist. Insofern haben wir auch diese zweite Klippe nehmen können.

Was war unser Untersuchungsauftrag und was war das Ergebnis? - Der Ausschuss sollte klären, ob und inwieweit rechtliche Vorgaben bei der Vergabe von Beratungsleistungen verletzt worden sind. Bei einer durchaus erstaunlichen Reihe von möglichen Untersuchungsgegenständen - ich habe jetzt die Seitenzahl der Antwort der Landesregierung auf die beiden Anfragen von Herrn Dr. Püchel und von Frau Dr. Hüskens nicht mehr im Kopf - hat man sich auf drei Komplexe konzentriert. Das waren aus dem Bereich der Limsa-Gründung die Verträge mit Herrn Dr. Michael Taeger & Partner, aus dem Bereich der Hochschulplanung die Verträge mit der Firma Schnell & Partner sowie die Verträge mit verschiedenen Unternehmen zur Begleitung des Hamissa-Programms, eines Programms zur Haushaltsaufstellung und -kontrolle.

Im Abschlussbericht Teil C haben wir als Ausschuss insgesamt auf fünfeinhalb Seiten unsere Einschätzung formuliert; also in einem Umfang, der es eigentlich jedem ermöglichen sollte, die Punkte nachzulesen. Meine langjährige Erfahrung als Abgeordneter ließ aber auch Skepsis aufkommen. Deswegen möchte ich einige wesentliche Punkte unseres Untersuchungsgegenstandes und -auftrages skizzieren.

Erstens. Wir haben uns darauf konzentriert, die gemeinsamen Strukturfehler, die in allen drei Bereichen aufgetreten sind, zu analysieren. Das ist insofern außerordentlich wichtig gewesen, als sich diese drei Vorgänge zu unterschiedlichen Zeiten und unter unterschiedlicher politischer Verantwortung ereignet haben. Weil sozusagen unterschiedliche politische Mandatsträger in diese Prozesse involviert waren, kam man in diesem Ausschuss relativ schnell - das kann ich schon so sagen - zu der Erkenntnis: Es macht jetzt relativ wenig Sinn, sich die politische Verantwortung des Einzelnen anzuschauen. Vielmehr erscheint es als zielführend, sich einmal anzuschauen: Was waren eigentlich die Strukturfehler in diesem Bereich? - Nur über diesen Weg ist es uns auch gelungen, produktiv einen Kompromiss zu erreichen.

Was waren also diese Strukturfehler? - Erstens. Die jeweiligen Hausleitungen in den Ministerien waren der Meinung, dass die Vergabe von Beratungsleistungen,

zumindest jedoch die Art und Weise der Vergabe dieser Aufträge kein Gegenstand ihrer Führungstätigkeit gewesen sei. Um es einfacher auszudrücken: Man hat in diesen Bereichen nichts von Problemen gehört; deswegen hatte man auch keinen Anlass, sich mit diesen Punkten überhaupt zu beschäftigen. - Das war das erste Problem.

Logisch, solange ich nicht über ein Problem in der Presse lese, solange beschäftige ich mich auch nicht mit der Art und Weise der Auftragsvergabe. Also nehmen die Dinge außerhalb der politischen Führung ihre Wege, bis es irgendwann einmal öffentlich wird. Man könnte auch sagen: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. - Das war die erste Erkenntnis, die wir gehabt haben.

Davon gab es hier und da einmal eine Ausnahme. Ein ehemaliger Kultusminister hat einmal, ohne dass er einen Skandal witterte, gesagt: Passt auf Leute, so geht es nicht weiter. Er hat einen Vermerk gemacht und hat versucht, diese Dinge ins „Lot zu bringen“. Man hat genau bis zu dem Tag gewartet, an dem er sein Amt an seinen Nachfolger übergeben hat und dann lief der „alte Stiefel“ weiter.

Zweitens. Gegen rechtliche Rahmenbedingungen wurde oftmals dann verstoßen, wenn die Hausleitung politische Ziele ohne ausreichende Berücksichtigung der Voraussetzungen umsetzen wollte. Dies betraf nicht nur, aber vor allem die Terminsetzung. Eine typische Antwort von Referats- oder Abteilungsleitern lautete: Es musste alles ganz schnell gehen; wir konnten deshalb nicht mehr ausschreiben.

Damit Sie mich nicht missverstehen: Wir haben nicht einen einzigen Hinweis darauf gefunden, dass ein Minister oder ein Staatssekretär gesagt hat: Macht das hier ganz schnell und die Ausschreibung lassen wir sein, weil das jetzt nicht mehr geht. - Nein, man hat einfach die politische Zielvorgabe in die Arbeitsebene gegeben. Wie diese das dann umsetzt, darum hat sich an dieser Stelle zumindest niemand mehr gekümmert.

Dann hatten die Mitarbeiter des betreffenden Ministeriums einen Zielkonflikt. Auf der einen Seite wollten der Minister bzw. der Staatssekretär bestimmte Aufgaben möglichst schnell umgesetzt haben, auf der anderen Seite standen die Regelungen. Sie hatten jedoch die Erfahrung gemacht, dass sie zwar nach der Umsetzung, aber nach der Einhaltung der Regeln im Normalfall nicht gefragt werden. Das ist eine Art Strukturbedingung gewesen, die dazu geführt hat, dass bei der Vergabe von Beratungsleistungen sehr wohl Regelungen verletzt worden sind.

Drittens. Die Einhaltung des Wirtschaftlichkeitsgebotes und das Gebot des Wettbewerbes sowie die Pflicht zur ausführlichen Begründung und Dokumentation im Fall von freihändigen Vergaben von Aufträgen waren mit der Landeshaushaltsordnung und der Antikorruptionsrichtlinie von 1998 ausreichend dokumentiert. Allein, sie spielten im täglichen Verwaltungshandeln oft keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Die Regeln waren also klar, aber sie sind nicht eingehalten worden.

Die in der Antikorruptionsrichtlinie verankerten Maßnahmen zur Rotation von Referatsleitern oder Abteilungsleitern, die mit öffentlichen Auftragsvergaben zu tun haben, wurden ignoriert. Oftmals wurde dies damit begründet, dass man ohnehin zu wenig eingearbeitetes Personal

habe; deshalb könne man die Leute nicht auch noch umsetzen. Das erscheint logisch.

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, der eine oder andere von uns ist schon einmal Zeuge eines Regierungswechsels in diesem Land geworden. Die Erfahrung, die man dabei sammeln kann, ist, dass es ohne Probleme möglich ist, massenhafte Rotationen zu realisieren. Nach einem halben Jahr sind die Ansprechpartner in völlig anderen Abteilungen. Sie haben auf einmal völlig andere Aufgabengebiete. Das geht alles.

Wenn es aber um die Einhaltung von Antikorruptionsrichtlinien geht, dann geht das alles nicht. Dann sagt man: Nein, die sind eingearbeitet; ich habe keine Alternative dazu; das können wir nicht machen. - Da sage ich Ihnen ganz deutlich: Als Abgeordneter dieses Hohen Hauses habe ich gegenüber dieser Argumentation eine erhebliche Skepsis.

An dieser Stelle ist mir wichtig zu betonen, dass wir im Laufe der Untersuchung keinen Hinweis auf Korruption gefunden haben. Unser Problem liegt darin, dass viele Bestimmungen, die jeden Korruptionsverdacht von einem handelnden Beamten fern halten sollen, oftmals verletzt worden sind.

Wir hatten sogar einen Fall, in dem Aktenvermerke zur Begründung von Vergabeentscheidungen nachträglich geändert wurden, um den Eindruck zu erwecken, man habe die Sache ordnungsgemäß durchgeführt. Das ist also ein Problem. Wie gesagt, es gab keinen Hinweis auf Korruption. Aber es wurden massenhaft Regeln verletzt, die genau das ausschließen sollen. Das ist das Problem, auf das wir gestoßen sind.

In allen drei untersuchten Fällen stießen wir auf das Problem, dass zum gleichen Beratungsgegenstand oder zu stark überschneidenden Beratungsgegenständen Folgeaufträge erteilt worden sind, und diese überwiegend ohne Ausschreibung. Begründet wurde dies immer damit, dass die entsprechende Firma gute Arbeit geleistet habe und nunmehr einen Wissensvorsprung gehabt habe.

Wir mussten beobachten, dass sich das Land durchaus auch im Bereich substanzieller Entscheidungen in die Abhängigkeit von Beratungsunternehmen begeben hat. Das mag hier und da unvermeidbar sein; aus meiner Sicht fehlt jedoch das Bewusstsein dafür, dass die Mitarbeiter einer Beratungsfirma in erster Linie gegenüber ihrem Arbeitgeber, nicht gegenüber dem Land loyal zu sein haben.

Ich will das kurz skizzieren. Leute, die sich in dieser Materie auskennen, sagen, dass Beratungsfirmen immer wie folgt vorgehen: Sie geben ein relativ günstiges Eröffnungsangebot ab, gehen dann in die Materie hinein und versuchen dann, sich unentbehrlich zu machen. Das ist ein aus der Sicht von Beratungsunternehmen ganz logisches betriebswirtschaftliches Vorgehen. Das wurde uns auch durch Zeugenaussagen bestätigt.

Natürlich ist der Mitarbeiter eines Beratungsunternehmens erst einmal seinem Arbeitgeber verpflichtet und natürlich muss er genau diese betriebswirtschaftliche Sicht auch ein Stück weit verinnerlicht haben. Wenn wir uns mit Beratungsfirmen auf bestimmte Prozesse einlassen, müssen wir wissen, dass das deren objektives Interesse ist, und wir müssen die Möglichkeiten offen halten, dem entgegenzuwirken. Das ist von vielen, die diese Beratungsaufträge ausgelöst haben, nicht als Problem erkannt worden. Das Land muss also eine ent-

sprechende Kernkompetenz vorhalten, damit wir nicht in Abhängigkeitsverhältnisse geraten.

Welche Vorschläge unterbreiten wir nun?

(Herr Borgwardt, CDU: Sind wir noch beim Bericht?)

- Ja, ich berichte. Zurzeit versuche ich, den Teil C des einstimmigen Beschlussentwurfs, den Sie offensichtlich leider noch nicht gelesen haben, noch einmal darzulegen und zu dokumentieren, Herr Borgwardt. Bitte.

Welche Dinge haben wir denn nun aufgelistet? - Erstens. Wir müssen feststellen: Wären alle schon existierenden Regeln eingehalten worden, hätte es den Untersuchungsausschuss nicht geben müssen. Wir haben keinen Mangel an Regeln, sondern wir haben einen Mangel an Disziplin, diese einzuhalten, oder einen Mangel, diese Regeln überhaupt zu kennen.

Ein Referatsleiter sagte uns unter anderem, man habe ihm die Antikorruptionsrichtlinie nicht nahe gebracht. Der gleiche Zeuge erklärte unter anderem, dass ein handschriftlicher Vermerk des Staatssekretärs „für Auftragsvergabe“ die Möglichkeit eröffnen würde, jedwede gesetzliche Rahmenbedingungen zu ignorieren.

Das war übrigens die beeindruckendste Zeugenaussage für mich als Vorsitzender in diesem Ausschuss. Sie ist nämlich von jemandem am Ende der Ausschussberatung getroffen worden. Nachdem es eine umfangreiche Diskussion über diese Dinge gegeben hat, sagte er im Ausschuss, der Staatssekretär habe handschriftlich draufgeschrieben: „Man kann die Dinge vergeben“ und damit hätte er auch einen Auftrag in Höhe von 500 000 €, also außerhalb aller Schwellenwerte, freihändig vergeben können. Wer sich das noch einmal genau durchlesen will: Seite 91 des Berichts.

Werte Abgeordnete! In solchen Situationen fiel es mir oftmals schwer, Ruhe zu bewahren. Auch heute gebietet es meine Neutralitätspflicht in meiner Funktion als Ausschussvorsitzender, darauf nicht weiter einzugehen. Ich bitte jedoch die Exekutive in diesem Land inständig, sich mit diesen Dingen auseinander zu setzen und auch gegenüber den entsprechenden Entscheidungsebenen im Ministerium wirklich den Eindruck zu vermitteln, dass man solche Dinge nicht toleriert.

Zweitens. Politische Verantwortungsträger müssen in die Vergabe öffentlicher Aufträge einbezogen werden, um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können. Dieses Problem „Ich habe davon nichts gewusst, also bin ich dafür nicht verantwortlich“, muss aufgelöst werden.

Wir haben uns im Ausschuss - das steht ebenfalls im Bericht - auch darüber unterhalten, dass die Verantwortung vom Minister und vom Staatssekretär unterschiedlich wahrgenommen wird. Sicherlich muss man einem Minister zugestehen, dass er sich mit solchen laufenden Geschäften nicht permanent auseinander setzen kann und muss. Aber man muss den Staatssekretär schon in die Pflicht nehmen, damit die laufenden Geschäfte des Ministeriums oder der nachgeordneten Institutionen vernünftig funktionieren. Da kann es eben nicht sein, dass er sagt, er habe davon nichts gewusst und deshalb habe er keine Schuld. Das muss in Zukunft geändert werden.

Drittens. Fast alle wichtigen Maßnahmen wurden von klugen Verwaltungsbeamten bereits im Jahr 1998 in der Antikorruptionsrichtlinie festgehalten. Wir fordern die Exekutive darum auf, diese einfach umzusetzen. Die Mit-

arbeiter müssen sie kennen, dann muss sie umgesetzt werden und dann funktioniert es. Dann kann es auch nicht passieren, dass ein Referatsleiter sagt, man habe ihm die Korruptionsrichtlinie nicht nahe gebracht.

Viertens. Die Vergabe öffentlicher Aufträge speziell an Freiberufler scheint eine ausgesprochen komplizierte Materie zu sein. In diesem Bereich wiesen fast alle Verantwortungsträger ein gewisses identisches Defizit auf. Ich sage ganz deutlich: Ich glaube nicht, dass wir von jedem Referatsleiter in jedem Ministerium, der einmal in die Situation kommt, einen Auftrag zu vergeben, verlangen können, dass er sich in dieser Materie wirklich auskennt. Ich glaube, das funktioniert nicht.

Deswegen war unser Vorschlag im Ausschuss: Schaffen Sie so etwas wie eine zentrale Vergabeberatungsstelle. Diese müsste zumindest eines machen: Sie müsste den betreffenden Mitarbeitern in den Ministerien, aber auch in den nachgeordneten Institutionen sagen, welche Art und Weise der Ausschreibung jeweils zu realisieren ist. Denn offensichtlich bestand schon das erste große Problem darin, dass die Definition, wann ausnahmsweise eine freihändige Vergabe zulässig sei, dehnbar gewesen sei.

Da zumindest müsste es jemanden geben, der sagt: „Das könnt ihr machen“, oder: „Das könnt ihr nicht machen“. Diese Zentralstelle könnte auch einmal punktuell prüfen, aber ihre zentrale Aufgabe müsste es sein, die richtige Ausschreibungsvariante zu definieren. Wir brauchen einen Handlungsalgorithmus für diejenigen, die Verträge abschließen, der verhindert, dass wichtige Vertragsbestandteile, zum Beispiel beim Leistungsumfang, unter den Tisch fallen.

Wir hatten die Situation, dass der Landesrechnungshof versucht hat, Dinge darauf zu prüfen, ob sie wirtschaftlich waren. Er hat festgestellt, dass er das gar nicht machen kann; denn es war nirgendwo dokumentiert, was eigentlich Aufgabe des Dritten war. Es gab keine Definition des Leistungsumfangs. Es gab das Fax mit einer Pressemitteilung nach einer Kabinettsitzung, aber mehr ist über die Aufgaben, die diese Beraterfirmen zu erfüllen hatten, nicht dokumentiert worden.

Wie soll man dann zum Beispiel auch in Auseinandersetzungen und Vertragsstreitigkeiten etwas beweisen? - Immer kam die Antwort: Die haben trotzdem Klasse gearbeitet, einwandfrei und die Ergebnisse sind hervorragend. - Aber eine alternative Einschätzung hätte es von den Ministerialbeamten gar nicht geben können; denn wenn sie mit der Beratungsfirma Probleme bekommen hätten, hätten sie fast keine juristische Grundlage gehabt, auf der sie ihre Ansprüche hätten durchsetzen können; denn die Leute sind quasi auf Zuruf engagiert worden. Das ist einfach eine unhaltbare Situation.

Das Folgende geht mehr in die politische Ebene: Bei der Erstellung von Konzepten zum Verwaltungsumbau müssen die Termine so gelegt werden, dass ordentliche Auftragsvergaben auch möglich sind. Juristisch und politisch korrekter finden Sie das alles noch einmal unter den Buchstaben a bis h in unserem Abschlussbericht. Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, dem Parlament in der ersten Sitzung nach der Sommerpause dieses Jahres über die veranlassten Maßnahmen zu berichten.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch denjenigen danken, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass dieser Ausschuss dieses konstruktive Ergebnis vorlegen

konnte. Das sind zuerst die Mitglieder des Ausschusses sowie die juristischen Berater. Insbesondere bedanke ich mich bei den vier Obleuten der Fraktionen, Frau Hüskens, Frau Tiedge, Herrn Felke und Herrn Sänger, die mit ihrer Konstruktivität und mit ihrer Kompromissfähigkeit dieses gemeinsame Ergebnis ermöglicht haben. Herr Felke musste sozusagen gewaltige Hürden überwinden. Auch dafür noch einmal meinen ausdrücklichen Dank.

Des Weiteren waren es die Vertreter des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes Herr Vogt und Herr Nebel, die das Kunststück fertig gebracht haben, ein im Wesentlichen konsensfähiges Papier als Berichtsentwurf auf den Tisch zu legen. Das ist in solchen Vorwahlzeiten, in denen wir uns befinden, nicht nur ein Kunststück, sondern kommt eigentlich schon der Quadratur des Kreises gleich. Ich richte daher meinen ausdrücklichen Dank an diese beiden Kollegen, die für uns diese Vorlage erarbeitet haben.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Ebenso möchte ich mich bei Frau Köhler vom Ausschussdienst bedanken, die die Arbeit trotz der erwähnten quantitativen Belastung in außerordentlich bewährter Weise durchgeführt hat, sowie bei den Vertretern der Landesregierung, die immer ihr Bestes versucht haben, uns dort zu unterstützen. Zumindest gehe ich davon aus, dass dies so war.

Abschließend noch einige Worte an die Vertreter der Medien. Sie haben umfangreich über den Untersuchungsausschuss berichtet. Dafür auf jeden Fall meinen Dank. Dieser Dank ist ausdrücklich ernst gemeint; denn sie waren es eigentlich, die uns Abgeordnete auf dieses Problem gestoßen und uns motiviert haben, diesen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Meine Bitte wäre nur, dass bei der Reflektion zu diesem Thema der Umstand der Einigkeit der Legislative gegenüber zweifellos festgestellten Verfehlungen in der Exekutive auch gewürdigt wird.

Auch der Umstand - ich gehe damit noch einmal zum ersten Punkt unserer heutigen Tagesordnung zurück -, dass wir zehn Wochen vor der Landtagswahl in der Lage sind, bei diesem kontroversen Thema einen einstimmigen Entwurf vorzulegen, ist, so glaube ich, Ausdruck einer politischen Kultur in diesem Lande. Das sage ich deswegen, weil ich weiß, wie gefährdet das ist.

Ich glaube, so etwas wäre in Sachsen nie möglich gewesen, ganz abgesehen davon, dass die Dinge, mit denen wir uns beschäftigt haben, in Sachsen wahrscheinlich weit unterhalb der Warnungsschwelle stattgefunden hätten. Dort geht es um ganz andere Dinge und um ganz andere Beträge. Aber das, was wir geleistet haben, auch wenn wir uns natürlich auf diese Fehler konzentriert haben, fand immerhin in einem Rahmen statt, in dem man solche Dinge in einer politischen Kultur diskutieren, auswerten, bewerten kann, die zu solchen Ergebnissen führt.

Ich muss also noch einmal sagen: In diesem Land Sachsen-Anhalt, das seit 15 Jahren existiert, ist es möglich, solche Themen vernünftig und ordentlich zu diskutieren und zu analysieren, ist es möglich, zu solchen Ergebnissen zu kommen. Auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte Ausdruck unseres Selbstbewusstseins in diesem Land Sachsen-Anhalt sein. - Danke.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gallert, für diesen Bericht. - Bevor sich die Vertreter der Fraktionen dazu äußern, erteile ich Herrn Staatsminister Robra das Wort.

Herr Robra, Staatsminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der jetzt vorgelegte Abschlussbericht des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, den der Abgeordnete Herr Gallert eben vorgestellt hat, befasst sich detailliert und fassettenreich mit der Frage, ob und inwiefern beim Abschluss von Beraterverträgen notwendige und gebotene Vorgaben nicht beachtet wurden.

Der Ausschuss hat sich im Einzelnen drei Sachverhaltskomplexen aus der zweiten, dritten und vierten Legislaturperiode gewidmet und umfangreiche Beweiserhebungen durchgeführt. Der Bericht zeigt Konsequenzen und Schlussfolgerungen auf, über die wir, wie vom Ausschuss vorgeschlagen, zu Beginn der nächsten Legislaturperiode gern miteinander diskutieren wollen.

Für ihre umfangreiche und informative Arbeit danke ich den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses an dieser Stelle ausdrücklich.

Die Debatte angestoßen hatten die Abgeordneten Dr. Hüskens und Dr. Püchel im Februar 2004 mit ihren Anfragen zu Beraterverträgen aus den Jahren seit 1994. Im Anschluss daran hat sich auch der Finanzausschuss auf Regeln verständigt, nach denen bestimmte Verträge über Beratungsleistungen vor ihrem Abschluss zur Einwilligung vorzulegen sind. Dies praktizieren wir gemeinsam seit Beginn des Haushaltsjahres 2005.

Nicht zuletzt hat auch der Landesrechnungshof im September 2004 das Ergebnis seiner Prüfung von Beraterverträgen der Landesregierung mitgeteilt. Auch die Landesregierung selbst hat reagiert und schon im Jahr 2004 die damals bekannt gewordenen Missstände zum Anlass genommen, Konsequenzen für die künftige Vergabe von Beratungsleistungen durch die Landesverwaltung zu beschließen. Ich denke, es ist legitim, auch dies heute kurz darzustellen.

Anfang Mai 2004, also unmittelbar nach den durch die Anfragen ausgelösten Erhebungen, die auch uns in ihrem Umfang sozusagen an die Grenzen des Leistungsvermögens in puncto Recherche geführt haben, hat das Kabinett vorläufige Regeln für den Abschluss von Beraterverträgen durch oberste Landesbehörden und Landesbetriebe beschlossen. Diese sind später modifiziert und in Auswertung der schon erwähnten Prüfungsmitteilung des Landesrechnungshofes durch das Kabinett im November 2004 abschließend in Kraft gesetzt worden.

Danach dürfen, kurz gesagt, nur bei einem unabweisbaren, inhaltlich und zeitlich klar definierten Bedarf Beratungsleistungen an Externe, also außerhalb der Landesverwaltung, vergeben werden. Dies ist jetzt auch Bestandteil der gemeinsamen Geschäftsordnung der Ministerien, die sozusagen das Gebetsbuch eines jeden Beamten ist.

Zur effektiven Umsetzung und Einhaltung der Regeln hat die Landesregierung neben der auch schon vom Ausschussvorsitzenden hervorgehobenen Pflicht zur Beachtung der allgemeinen Grundsätze des Verwaltungshandelns und der Vorschriften des Verwaltungs- und des Haushaltsrechts, die selbstverständlich auch für Vergaben gelten, im Wesentlichen Folgendes angeordnet:

Jedes Ressort richtet ein Vertragscontrolling ein, das durch die Beauftragten für den Haushalt ausgeübt wird. Diese haben nach der Haushaltsordnung eine insbesondere auch der Hausleitung gegenüber unabhängige Stellung. Damit ist auch das Vieraugenprinzip gewahrt. Bei schwierigen Rechtsfragen des Vergaberechts ist das dafür zuständige Wirtschaftsministerium zu beteiligen.

In der Staatskanzlei ist eine ressortübergreifende Datenbank eingerichtet worden, in der Beraterverträge und Gutachten der obersten Landesbehörden, der ihnen nachgeordneten Behörden sowie der Landesbetriebe zu erfassen sind. Dies erleichtert den Abgleich, ob bereits entsprechende Unterlagen im Land vorhanden sind. Das Fehlen eines solchen Instruments hat zuvor zu in der Tat vermeidbaren Aufträgen an Dritte geführt. Sind derartige Unterlagen bereits vorhanden, sind sie auszuwerten und natürlich keine neuen Aufträge zu vergeben.

Die Staatssekretärskonferenz wird über Beraterverträge ab einem Auftragswert von 5 000 € netto - das ist ein verhältnismäßig geringer Schwellenwert - nach der Durchführung des Vergabeverfahrens und vor dem Vertragsabschluss unterrichtet, sodass auch noch interveniert werden kann. Dies stellt auch die Einbindung der jeweiligen Hausspitze sicher, die die Vorlage unterzeichnet und verantwortet oder aber den Vorschlag an die Arbeitsebene zurückreicht. In früheren Zeiten war das nicht so.

Um durch Unkenntnis verursachte, also vermeidbare Fehler bei der Vergabe von Aufträgen zu vermeiden, hat die Landesregierung - übrigens erstmals in diesem Land - dafür gesorgt, dass die für Vergabe zuständigen Bediensteten speziell fortgebildet werden. Eine solche zentrale Fortbildung wird aktiv fortgesetzt.

Die beiden typischen, weiß Gott nicht einzigen Fehlerquellen, erstens Zeitdruck - „vermeintlicher Zeitdruck“ muss man präzise sagen - und zweitens Folgeverträge wegen vermeintlich überlegenen Wissens aus Vorbefassung, hat Herr Gallert bereits ganz zutreffend beschrieben.

Die Landesregierung hat in kürzester Zeit wirkungsvolle Instrumente geschaffen, um in ihrem Verantwortungsbereich eine ordnungsgemäße Vergabe von Beratungsleistungen zu gewährleisten, soweit solche überhaupt noch in Anspruch genommen werden müssen.

Ich denke, es besteht Einverständnis darüber, meine Damen und Herren, dass es auch in Zukunft immer wieder einmal notwendig sein kann, zu Entscheidungsfindungen der Landesverwaltung besonderen externen Sachverstand hinzuzuziehen. Diesbezüglich unterscheiden wir uns nicht von großen Unternehmen, die auch nicht jedes spezielle Problem selbst lösen können.

Lassen Sie mich abschließend kurz auf die Empfehlungen des Berichts des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses eingehen. Soweit der Ausschuss empfiehlt, ein Entscheidungs- und Kontrollsystem zu schaffen, in das die politische Ebene der Ministerien einbezogen ist, dürfte dem durch die von mir geschilderten Maßnahmen im Wesentlichen entsprochen worden sein. Über Details kann man sich natürlich immer unterhalten.

Ich will auch an dieser Stelle unterstreichen: Nach der gemeinsamen Geschäftsordnung ist jeder Bedienstete verpflichtet, seine Vorgesetzten über wesentliche Angelegenheiten seines Verantwortungsbereiches rechtzeitig auf dem Dienstweg zu informieren. Der Abschluss eines

Beratervertrages ist nach den jetzt geltenden Grundsätzen immer eine solche wesentliche Angelegenheit.

Im Zusammenhang mit dem Rotationsprinzip, das für korruptionsanfällige Dienstposten schon jetzt gilt, hat die Landesregierung im vergangenen Jahr zur vorbeugenden Identifikation solcher Dienstposten - übrigens ebenfalls erstmals seit Bestehen der Antikorruptionsrichtlinie von 1998 - den Ressorts konkrete Vorgaben zur dezierten aktuellen Erfassung gegeben. Nach einem nunmehr einheitlichen System haben die Ressorts jetzt bei besonders korruptionsgefährdeten Dienstposten die Namen der dort eingesetzten Beschäftigten, die bisherige und die geplante Verwendungszeit zu dokumentieren.

Maßstab ist dabei die in der Richtlinie vorgesehene Frist von höchstens vier Jahren. Bei einer im Einzelfall unabweisbaren Verlängerung sind die maßgeblichen Gründe aktenkundig zu machen. Wenn und soweit vergaberelevante Dienstposten noch nicht einbezogen sind, dürfte einer Erweiterung nichts entgegenstehen.

Den Vorschlag des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, innerhalb der Landesregierung eine Zentralstelle einzurichten, die vor der Vergabe von Aufträgen an Externe von mehr als 5 000 € netto einzuschalten ist, werden wir auch unter verwaltungspraktischen Gesichtspunkten miteinander zu diskutieren haben. Zurzeit nimmt die Staatssekretärskonferenz diese Funktion wahr. Ich würde sie ungern einem Ministerialrat übertragen.

Die Anregung, für den Bereich der Gutachter- und Beratertätigkeit allgemeine Vertragsbedingungen für den Bereich der Landesverwaltung zu schaffen, bewerte ich für die Landesregierung schon heute ausdrücklich positiv. Einzelne Ressorts haben bereits Formularverträge entworfen. Es bedarf aber noch einer näheren Prüfung und Abstimmung, ob und wie diese Vertragswerke auf die gesamte Landesverwaltung ausgedehnt werden können.

Die Landesregierung wird den Landtag entsprechend der Beschlussempfehlung nach der parlamentarischen Sommerpause über die veranlassten Maßnahmen eingehend unterrichten. Ich denke, wir sollten weiterhin auch in einem konstruktiven Dialog bleiben. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Robra. - Bevor die Fraktionsvertreter zu Wort kommen, haben wir die Freude, Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums aus Landsberg begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Sänger.

Herr Sänger (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich die Möglichkeit habe, die Debatte über den Abschlussbericht des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu eröffnen, möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um mich beim Vorsitzenden des Ausschusses, dem Kollegen Gallert, für seine umfangreiche Arbeit als Vorsitzender des Ausschusses und für seine heutige Berichterstattung zu bedanken.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU, und von Herrn Dr. Thiel, Linkspartei.PDS - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Danke!)

Seit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses im Mai 2004 gelang es ihm, die 23 Sitzungen des Untersuchungsausschusses souverän und fair zu leiten. Dies war nicht immer einfach, da insgesamt 20 Beweisbeschlüsse zu insgesamt 65 Zeugenvernehmungen geführt haben. Ich denke, dass ich diesen Dank auch im Namen der anderen im Ausschuss vertretenen Fraktionen aussprechen kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Zugleich schließe ich mich auch dem Dank an, den der Vorsitzende gegenüber dem Ausschusssekretariat, dem GBD und dem Stenografischen Dienst ausgesprochen hat. Die Herren des GBD sitzen auf der Besuchertribüne.

Meine Damen und Herren! Es ist uns gelungen, dem Plenum eine in allen drei Teilen einstimmig verabschiedete Beschlussempfehlung vorzulegen; keine der Fraktionen hat ein Minderheitsvotum abgegeben. Ich denke, wir können auch stolz sein, abseits der parlamentarischen Wahlkampfstreitereien einen Konsens in der Frage gefunden zu haben, ob und wie im Zusammenhang mit Beratungsdienstleistungen gegen das geltende Recht verstoßen wurde und wie diese Verstöße abgestellt werden können. Zum Zeitpunkt der Einsetzung des Untersuchungsausschusses wäre sicherlich niemand auf die Idee gekommen, dass ein derartiges Abschlussvotum überhaupt denkbar ist.

Die Arbeit im Untersuchungsausschuss hat sicherlich bei allen Kollegen zu der Erkenntnis geführt - für mich kann ich das so feststellen -, dass eine belastbare Sachverhaltsaufklärung und Beweiserhebung eine kollegiale und faire Zusammenarbeit im Bereich der Legislative voraussetzt, um Fehler im exekutiven Handeln seit 1994 aufzudecken und entsprechende Handlungsempfehlungen und Folgerungen abzuleiten. Letztlich wurde diese Erkenntnis auch dadurch gestärkt, dass alle derzeit im Landtag vertretenen Parteien seit 1994 in unmittelbarer oder mittelbarer Regierungsverantwortung stehen oder gestanden haben.

Meine Damen und Herren! Bei der Vergabe von Beraterverträgen an Dritte hat es neben zum Teil gravierenden individuellen Fehlverhalten einzelner Beteiligter insbesondere auch strukturelle Defizite und gleiche Verhaltensmuster gegeben. Diese strukturellen Defizite waren aber nicht einer Landesregierung allein zuzuordnen, sondern sie zogen sich quasi wie ein roter Faden durch den Bereich der so genannten Beraterverträge, bis die Kleinen Anfragen der Kollegen Dr. Hüskens und Dr. Püchel auch in Sachsen-Anhalt zu einem veränderten Problembewusstsein geführt haben.

Es ist richtig, dass im Abschlussbericht davon abgesehen wurde, jede einzelne Auftragsvergabe zu bewerten, sondern nur in Teil C in einer umfassenden und generellen Bewertung zur Vergabepaxis Stellung genommen wird.

Das vor uns erkannte individuelle Fehlverhalten einzelner Bediensteter wurde seitens des Vorsitzenden in einer Ausschusssitzung treffend mit den Worten auf den Punkt gebracht: „Wir haben ein Problem mit regierenden Ministerialräten.“ Dieses Phänomen, das beispielsweise zu der Posse führte, dass ein von der Hausleitung monierter Vertrag so lange zurückgehalten wurde, bis am Tag der Regierungsübernahme 2002 die Gelegenheit für den zuständigen Bediensteten günstig erschien, den Vertrag ohne Hausleitung allein zu unterschreiben,

dürfte aufgrund der von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen - Staatsminister Robra ist darauf ausführlich eingegangen - hoffentlich der Vergangenheit angehören.

Ich denke, es spricht für das Problembewusstsein dieser Landesregierung und für unseren Abschlussbericht, dass sich die von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen mit unseren Handlungsempfehlungen oder Schlussfolgerungen weitgehend decken.

Das von mir schon erwähnte individuelle Fehlverhalten wurde im Übrigen nicht dadurch erzeugt, dass es keinen festen rechtlichen Rahmen für die Vertragsvergabe gegeben hätte. Ganz im Gegenteil: Man muss zur Entlastung vieler Landesbediensteter auch zugestehen, dass der rechtliche Rahmen äußerst komplex, undurchschaubar und interpretationsfähig ist. Es bedarf der Schaffung eines einfachen rechtlichen Rahmens durch den Bundesgesetzgeber und durch die EU oder zumindest der Umsetzung und Kontrolle des nicht immer einfachen Rechtes möglichst durch eine zentrale Stelle.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluss meiner Rede möchte ich auf ein Problem aufmerksam machen, auf das der Ausschuss erst in seiner letzten Sitzung bei der Bearbeitung des Teils C gestoßen ist: Unter Punkt 2 d ist dort ein Prüfauftrag zur Errichtung einer Zentralstelle vorgesehen, die die Vergabe von Aufträgen an Dritte prüft. Streitig war und ist, inwieweit Landesbeteiligungen auch in den Zuständigkeitsbereich dieser Zentralstelle fallen könnten, da hierbei gesellschaftsrechtliche Regelungen oder Interessen Dritter, die ebenfalls an der Gesellschaft beteiligt sind, berücksichtigt werden müssen.

Die Vergabe eines Beratervertrages im Zusammenhang mit dem Flughafen Cochstedt hat unlängst für entsprechende Schlagzeilen gesorgt. Hier müssen wir uns als Parlamentarier aber bewusst werden, dass der nicht erst seit dem Jahr 2002 zu beobachtende Trend zur Ausgründung, Privatisierung oder Rechtsformänderung und der damit verbundenen Nutzung der Vorteile des Privatrechtes auch den Nachteil mit sich bringt, dass eine parlamentarische Kontrolle oder ein Einfluss nur noch sehr eingeschränkt möglich ist.

Meine Damen und Herren! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich möchte Sie bitten, sich der Beschlussempfehlung des Ausschusses anzuschließen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der Linkspartei.PDS und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Sänger. - Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Felke. Bitte schön.

Herr Felke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich vorab dem Dank an den Ausschussvorsitzenden und an die Landtagsverwaltung anschließen. Insbesondere Frau Köhler und Herr Vogt, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stenografischen Dienstes sollten hier nochmals ausdrücklich erwähnt werden.

Den Ausschuss einzusetzen war nach unser Einschätzung richtig und notwendig, wobei man sich sicher über Art und Umfang des Auftrags trefflich streiten kann. Schnell ist im Ausschuss die Erkenntnis gewachsen,

dass es neben dem individuellen Fehlverhalten einzelner Beteiligter insbesondere strukturelle Defizite und sich wiederholende Verhaltensmuster waren, die die Vergabe von Beraterleistungen beeinflusst haben. Dies führte den Ausschuss letztlich dazu, sich gemeinsam über Konsequenzen und Folgerungen zu verständigen, die als deutliches Signal verstanden werden sollen. Diesem Anspruch folgend, haben wir weiter gehende Betrachtungen zu allen drei Komplexen zurückgestellt und uns dem Bericht in der vorliegenden Form angeschlossen.

Ungeachtet der Übereinstimmungen gibt es aber zwischen den Untersuchungsgebieten auch Unterschiede, die nicht verschwiegen werden sollten und die hier angesprochen gehören. Bei einem solch herausragenden Ereignis wie einem Untersuchungsausschuss - auch wenn ein gemeinsam getragenes Ergebnis vorliegt - sollte es eigentlich keine Frage sein, ob hier geredet wird. Das unterstreicht zudem auch noch einmal unser Selbstverständnis getreu dem Satz von Bundestagspräsident Lammert, dass das Parlament nicht Erfüllungsgehilfe der Regierung ist, sondern deren Auftraggeber.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich etwas näher auf zwei der untersuchten Komplexe eingehen, und zwar auf den zur Hochschulbauplanung und den zur Gründung der Limsa. Von Dezember 1996 bis November 2003 wurden vom MK bzw. von Hochschulen des Landes 26 Verträge abgeschlossen, davon lediglich einer im Rahmen einer unbeschränkten und einer im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung. Alle anderen wurden freihändig mit einem Vertragspartner geschlossen.

Der Gesamtvorgang ist ein Beispiel dafür, wie der Apparat eines Ministeriums die jeweilige Hausleitung, unabhängig von deren politischer Couleur, ausbremsen kann. Für die Fachabteilung war die Arbeit mit dem Auftragnehmer kalkulierbar. Deshalb bestand keine Veranlassung, etwas an dem eingeübten Verfahren zu ändern.

Wie alle involvierten Minister und Staatssekretäre zu Protokoll gaben, haben sie sich darauf verlassen, dass der Apparat korrekt arbeitet. Dieses Vertrauen setzt aber voraus, dass der Apparat auch seinen Informationspflichten nachkommt. So hätte beispielsweise in der Leitungsvorlage vom 8. April 2003 darauf hingewiesen werden müssen, dass eine Weisung zur grundsätzlichen Ausschreibung von externen Leistungen im MK seit dem 21. Januar 2000 besteht. So hätte der Apparat auch eine grundsätzliche Entscheidung der Leitung herbeiführen können, dass man die externen Arbeiten für die Hochschulentwicklungsplanung und die sich daraus ergebenden Aufträge über einen Rahmenvertrag beispielsweise an eine andere Firma vergibt.

Auf der anderen Seite wird deutlich, dass auch Hausleitungen verpflichtet sind, kritische Fragen zu stellen. Das haben die Zeugen Dr. Harms und Dr. Eichler in ihren früheren Positionen getan. Die Gesamtverantwortung der Hausleitung liegt nämlich nicht nur darin, auf eine Bringschuld der Mitarbeiter zu bauen, sondern auch darin, den Fortgang eines Projektes zu verfolgen und mögliche Probleme zu identifizieren.

Meine Damen und Herren! Bei dem Fall Limsa handelt es sich um zwei Verträge, die innerhalb einer relativ engen Zeitspanne mit dem gleichen Vertragspartner geschlossen wurden und die zusammen einen Nettoauftragswert von 200 000 € überschritten. Das Ergebnis der Zeugenvernehmungen hat gezeigt, dass Verstöße bei der Vergabe beider Aufträge vorlagen.

Sowohl im ersten als auch im zweiten Fall fanden keine vernünftigen Ausschreibungen statt. Weder gab es eine auch nur annähernd nachvollziehbare Aufgabenbeschreibung noch ein vergleichbares Verfahren.

Über die Antikorruptionsrichtlinie des Landes setzte man sich hinweg, indem weder in die inhaltliche noch in die haushaltsrechtliche Abwicklung die nach den internen Regelungen Zuständigen des MF eingebunden wurden. Eine saubere Nachprüfung wurde zudem durch eine mangelhafte Dokumentation des elektronischen Schriftverkehrs, aber auch durch Vermerke, die augenscheinlich falsch datiert waren, erschwert.

Einzigartig - und darin liegen auch unsere Bauchschmerzen bei dem Bericht begründet - ist im Vergleich zu den anderen untersuchten Fällen nach unserer Meinung der in den Limsa-Akten durch den Geschäftsführer vorgenommene Versuch, nach Absprache mit der Hausleitung durch Aktenbereinigung ein ordnungsgemäßes Vergabeverfahren zu konstruieren. Mittels einer an einem Sonntagnachmittag mit der Wichtigkeit „hoch“ versehenen Mail direkt an den Staatssekretär sollte dies auf den Weg gebracht werden. - Ein Punkt, der sich nach dem Mehrheitswillen in dem Ausschussbericht leider so deutlich nicht niedergeschlagen hat.

Die Leitung des MF hat zudem die Öffentlichkeit über den Zeitpunkt, zu dem sie vom Abschluss des ersten Beratervertrages erfahren hat, falsch informiert. In der Pressemitteilung vom 4. März 2004 heißt es, die Leitung habe seit Dezember 2003 von der Existenz der Beraterfirma gewusst. Diese Aussage ist eindeutig falsch. Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass spätestens am 19. November 2003 der Abschluss eines Vertrages bei Staatssekretär Koehler bekannt war.

Insgesamt macht der Vorgang deutlich, dass die Qualifikation des Leiters der Limsa in Bezug auf die Geschäftsführung infrage zu stellen ist. Unabhängig davon, dass er bereits seit vielen Jahren für die Liegenschaften des Landes zuständig ist und das Beachten der Grundsätze zur Korruptionsbekämpfung eine Rotation auf dieser Position längst notwendig gemacht hätte, würde es der Landesregierung gut anstehen, eine so wichtige Position auszuschreiben. Die Tatsache, dass offensichtlich daran nicht gedacht ist, gibt zu den umfangreichsten Vermutungen über Abreden Anlass, für die es allerdings keine Zeugen gibt.

Meine Damen und Herren! Der Ausschuss hat seine Arbeit abgeschlossen. Inwieweit damit das künftige Verwaltungshandeln beeinflusst wird, muss auch in den folgenden Wahlperioden im Blickfeld dieses Hauses bleiben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Felke. - Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin trotz der Vielzahl von Fragen, die wir in den vergangenen Monaten - man kann fast sagen: Jahren - aufgeworfen haben, noch immer davon überzeugt, dass die Mehrzahl der Mitarbeiter des Landes ihre Aufgaben engagiert und korrekt erfüllt. Aber wir haben im Rahmen der Beratungen feststellen müssen, dass dem Vergaberecht und der

Antikorruptionsrichtlinie in unserer Landesverwaltung wenig Bedeutung beigemessen wurde. Um es klar zu sagen: Wir haben keine Anzeichen für Korruption gefunden. Die Mitarbeiter waren vielmehr bestrebt, möglichst schnell Vorgaben der Landesregierung und ihrer Vorgesetzten umzusetzen, sozusagen unbürokratisch zu handeln.

Aber genauso wenig, wie wir alle über Rot fahren oder die Geschwindigkeitsbegrenzung missachten dürfen, wenn wir es mal eilig haben, dürfen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes geltende Vorschriften außer Acht lassen, auch wenn die Arbeit noch so drängt. Dies wurde in einer Vielzahl der Fälle versäumt, die wir untersucht haben. Ich fürchte auch, dass noch in einer ganzen Reihe von weiteren Fällen innerhalb der Landesverwaltung Ähnliches geschehen ist.

Überraschend war, dass einige der Betroffenen auch während der Befragung im Ausschuss eigentlich noch kein Problembewusstsein hatten und sich immer noch im Recht wähnten. In diesem Zusammenhang sind die Landesregierung und die Verwaltung gefordert, durch Schulungsmaßnahmen, durch Belehrungen, durch Umsetzungen nach der Antikorruptionsrichtlinie und andere Maßnahmen für ein größeres, ein deutlich größeres Problembewusstsein zu sorgen und einen derart laxen Umgang mit geltendem Recht in Zukunft zu vermeiden.

Ein weiterer Punkt, den wir festgestellt haben, ist, dass jede Hausleitung der Verwaltung ausgeliefert ist und kaum noch eine Möglichkeit der Kontrolle hat, wenn Referatsleiter - Herr Rothe hat den Begriff des regierenden Ministerialrates geprägt - ihre eigene Sachbearbeitung machen, die Vorgänge selbst vom Beginn bis zum Ende bearbeiten - was üblicherweise Sachbearbeiter oder Referenten machen - und wenn es auf der anderen Seite Abteilungsleiter gibt, die, vorsichtig gesagt, nicht gerade starke Führungsfunktionen erfüllen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, den Ministern und Staatssekretären in diesem Land brauchen wir für die Zukunft sicherlich nicht mehr zu sagen, dass Vergaberegeln sensibel zu behandeln sind. Es dürfte für die Zukunft klar sein, dass sie nicht einfach der Verwaltung vertrauen können. Es dürfte klar sein, dass zeitlicher Druck, den sie auf die Verwaltung ausüben, auch die Gefahr birgt, dass Vorschriften ignoriert werden. Es dürfte klar sein, dass gerade bei Projekten, die hohe politische Priorität haben, auch das Fragen der Hausleitung nach der Einhaltung von Vorschriften mehr als sinnvoll ist.

Ich hoffe, dass der Ausschuss mit seinen Untersuchungen, mit seinen vielen Befragungen dazu beigetragen hat, die Sensibilität in der Verwaltung für den Umgang mit dem Vergaberecht deutlich zu schärfen. Dann haben sich die langen, manchmal nicht enden wollenden Befragungen und Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses gelohnt. Ich glaube, dann hat die Verwaltung auch das Signal verstanden, das wir hier mit einem gemeinsamen Abschlussbericht, mit einem gemeinsamen Votum der Verwaltung geben wollen.

Ich möchte damit schließen, dass auch ich mich herzlich bedanke bei dem Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, der so einiges mit uns aushalten musste, beim Stenografischen Dienst und bei Frau Köhler als Ausschusssekretärin, aber auch beim Ausschussvorsitzenden und bei den Obleuten. Ich denke, das, was wir geschaffen haben, ist schon ein Beispiel für die Kultur hier im Landtag. Ich glaube nicht, dass so viele Parlamente es hin-

bekommen, fraktionsübergreifend bei einem derart komplexen Thema, das ja auch einige Chancen bietet, den jeweiligen politischen Gegner in die Enge zu treiben, diesen Weg zu wählen. Aber ich glaube, für die Entwicklung in unserem Land ist es der richtige Weg gewesen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Zum Abschluss der Debatte hören wir den Beitrag der Linkspartei.PDS. Es spricht Frau Tiedge.

Frau Tiedge (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist von allen Dank gesagt worden, nur noch nicht von mir. Deswegen an dieser Stelle zunächst einmal recht herzlichen Dank an den GBD, an den Stenografischen Dienst, natürlich an Frau Köhler und an unseren Ausschussvorsitzenden, der es so einfach, glaube ich, mit uns nicht hatte,

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Fast zwei Jahre lang hat sich der Neunte Parlamentarische Untersuchungsausschuss mit der Vergabep Praxis bei Beraterverträgen beschäftigt. Auch ich bin froh darüber, dass wir den Bericht mit einem einstimmigen Votum abgegeben haben. Das Pikante an diesem Untersuchungsausschuss war, dass der Ausschuss die Arbeitsweise zweier Landesregierungen untersuchen musste.

Um eventuellen Zwischenrufern zuvorzukommen: Wir haben zwar versucht, als Tolerierungspartner bei politischen Entscheidungen unsere Vorstellungen mit einzubringen. Aber Zugriff oder Einfluss auf die Verwaltungsebene hat man als Tolerierungspartner nun mal nicht. Das ist auch das größte Defizit einer Tolerierung. Aber aufgrund dessen konnten wir zumindest in diesem Punkt dem Untersuchungsergebnis gelassen entgegensehen.

Wer schon einmal Mitglied eines Untersuchungsausschusses war, weiß, wie viel Zeit, Arbeit, vor allem aber auch Nerven so ein Ausschuss kostet. Stundenlange Zeugenvernehmungen haben uns nicht selten den letzten Nerv geraubt, zumal viele Zeugen ganz konkrete Fragen im klassischen Beamtendeutsch beantworteten, wobei ich mir nicht immer sicher war, ob sie ihre Antworten selbst verstanden haben. Ein kleines Beispiel. Hören Sie ruhig zu, es ist sehr aussagekräftig. Ich zitiere:

„Wenn die Hausleitung an dieser Stelle aus guten Gründen zu einer entsprechenden Entscheidung kommt, ist die Hausleitung beteiligt gewesen. Das ist ein logischer Zusammenhang. Wenn die Hausleitung eine Entscheidung trifft, dann trifft die Hausleitung eine Entscheidung.“

Das veranlasste den Ausschussvorsitzenden Herrn Gallert zu der Äußerung, dass er jetzt erfolgreich zurückverwirrt wurde.

Und immer war es dasselbe Spiel: Hoch dotierte Beamte litten plötzlich an kollektiver Amnesie und Unwissenheit. Da fiel dann auch schon mal der Satz von einem leitenden Beamten. - Herr Gallert zitierte ihn bereits; man achte auf die vornehme Ausdrucksweise -, die Antikorruptionsrichtlinie sei ihm nicht nahe gebracht worden.

Im normalen Leben gilt der Grundsatz: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Im Leben von hochrangigen Beamten scheint dieser Grundsatz außer Kraft gesetzt zu sein. Da wurde dann selbstherrlich entschieden, wegen einer bestehenden Haushaltssperre den Finanzausschuss nicht über die Einbeziehung externer Berater zum Beispiel beim Aufbau der Limsa zu informieren. Da wurde nachträglich versucht, aus einer offen gehaltenen Informations-E-Mail eine Grundlage für eine Vergabeentscheidung zu konstruieren, obwohl belegt wurde, dass die E-Mail keine Aufforderung zu Abgabe eines Angebotes enthielt.

Die Haltung von verantwortlichen Beamten zeugt vom Fehlen jeglichen Unrechtsbewusstseins, wenn entgegen allen Zeugen- und Sachverständigenaussagen dieser Beamte immer noch der Auffassung ist, dass die Auftragsvergabe an MTP nicht gegen das Vergaberecht, das Haushaltsrecht und die Antikorruptionsrichtlinie verstoßen habe.

Auch bei der Beauftragung von Schnell & Partner musste festgestellt werden, dass weder die verschiedenen Hierarchieebenen eine eigene vergaberechtliche Prüfung vorgenommen haben, noch dass die der Auftragserteilung zugrunde liegenden vergaberechtlichen Erwägungen schriftlich niedergelegt wurden. Jeder verließ sich darauf, dass der andere sich schon an die Richtlinien halten würde, obwohl man sie eigentlich gar nicht kannte.

Nun könnte man diese Begründung ja jungen, unerfahrenen Beamten abnehmen, nicht aber gestandenen Beamten, die bereits im fortgeschrittenen Alter aus den alten Bundesländern kamen, um Entwicklungshilfe zu leisten. Erst der Kultusminister a. D. Harms musste Mitte 2000 die ausdrückliche Weisung erteilen, dass grundsätzlich ausgeschlossen wird, da er verdutzt feststellen musste, dass ihm bei Grundsteinlegungen, Richtfesten und ähnlichen Veranstaltungen immer ein und dasselbe Planungsbüro bzw. dessen Mitarbeiter begegneten.

Auch bei der Einführung des Systems Hamissa musste das gleiche Verhaltensmuster wie bei den anderen Vergaben festgestellt werden. Die regelmäßig mit der Auftragsvergabe befassten Abteilungsleiter und Referatsleiter gaben vor, nur geringe oder gar keine Kenntnisse des Vergaberechts, der einschlägigen Vorschriften der Landeshaushaltsordnung oder der Antikorruptionsrichtlinie zu haben. Von keinem der Referats- oder Abteilungsleiter war die Antikorruptionsrichtlinie verinnerlicht worden. Es war unklar, wer wem wann und wie die Antikorruptionsrichtlinie zu Kenntnis gegeben hat.

Bei einigen der als Zeugen gehörten Referatsleiter musste festgestellt werden, dass dieses Unrechtsbewusstsein bis heute fehlt - in meinen Augen ein peinliches Amtszeugnis; denn es ging um Millionenbeträge, zum Beispiel bei der Auftragsvergabe an die Firma Accenture um „satte“ 4 218 736 € und bei der Firma Infora - fast ein kleiner Betrag - um 882 372 €.

Stellt man diesen Sachverhalten die ausgesprochenen, doch eher milden Disziplinarstrafen gegenüber - zwei Beamte bekamen Verweise -, kann eine Forderung aus der Arbeit des Ausschusses nur sein, dass zukünftig viel stärker kontrolliert werden muss, vor allem aber auch, dass derartige Missstände viel konsequenter und härter geahndet werden müssen. Ansonsten hätte der Ausschuss seine Arbeit für den Papierkorb gemacht.

In acht Punkten hat der Untersuchungsausschuss Forderungen aufgestellt, über deren Umsetzung die neue Landesregierung, wie immer sie auch aussehen mag, nach der parlamentarischen Sommerpause 2006 im Landtag zu berichten hat. Da ich ein positiv denkender Mensch bin, hoffe ich, dass wir in der nächsten Legislaturperiode nicht vor einem ähnlichen Problem stehen werden. - Ich danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Tiedge. - Damit ist die Debatte abgeschlossen. Meine Damen und Herren! Auf der Grundlage des entsprechenden Landtagsbeschlusses hat der Neunte Parlamentarische Untersuchungsausschuss nach Abschluss seiner Tätigkeit einen Bericht vorzulegen. Dieser Pflicht ist er mit dem Bericht in der Drs. 4/2563 und der Berichterstattung nachgekommen. Ich stelle fest, dass der Landtag damit den Bericht gemäß Abschnitt I Nr. 1 und 2 der Beschlussempfehlung zur Kenntnis genommen hat.

Über Abschnitt II ist jedoch eine Abstimmung erforderlich. Deshalb stimmen wir jetzt über diesen Punkt ab. Wer stimmt zu? - Das sind offensichtlich alle. Stimmt jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Dann ist dieser Punkt einstimmig angenommen worden. Der Ausschuss hat seine Arbeit beendet. Der Tagesordnungspunkt 15 ist erledigt.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Beratung

Bericht zum Stadtumbau Ost

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2562**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Schröder. Bitte sehr, Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen wollen heute die Landesregierung auffordern, zum Stand bzw. zur Umsetzung des Programms „Stadtumbau Ost“ in Sachsen-Anhalt sowie zum Sachstand der Internationalen Bauausstellung 2010 im Landtag zu berichten.

Zur Halbzeit des Stadtumbauprogramms soll die Landesregierung Bilanz ziehen und einen Ausblick geben, wie die Stadtentwicklungskonzepte fortgeschrieben und aktualisiert sowie die Fördermittel insbesondere im Hinblick auf die demografischen Veränderungen in Sachsen-Anhalt mit einer möglichst hohen Wirksamkeit eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, in der letzten Sitzung des Landtages im Dezember 2005 haben wir das Thema Stadtumbau auf der Grundlage eines Antrags der SPD-Fraktion und eines Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen bereits thematisiert. Im großen Konsens wurde festgestellt, dass Stadtumbau und aktive Familienpolitik in Sachsen-Anhalt zusammengehören.

Es hat auch im Fachausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr mehrfach die Gelegenheit gegeben, zuletzt am 16. Dezember 2005, sich mit dem wichtigen Thema Stadtumbau zu beschäftigen. Auch auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses „Begleitkonzept zum Stadtumbau Ost“ ist der Fachausschuss in gewisser Regelmäßigkeit mit dem Thema beschäftigt.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, hat es trotz der anerkannten ressortübergreifenden Bedeutung dieses Themas und trotz der vielfältigen Aktivitäten auf der Landesebene bisher keine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Programm und keine umfangreiche Berichterstattung im Landtag, in diesem Hause, gegeben. Eine Regierungserklärung zu diesem Thema hat es auch nicht gegeben.

Nachdem Herr Minister Dr. Daehre am 7. Juli 2005 seine Regierungserklärung „Mobilität für Sachsen-Anhalt“ abgegeben hatte, erwiderte der Abgeordnete Herr Sachse auf diese Erklärung, hierbei handele es sich quasi im Fließbandverfahren um einen Bilanz- oder Rechenschaftsbericht, der nur einen Teilbereich des Ministeriums ohne das wichtige Thema Stadtumbau bearbeite. Diese Aussage ist nur so zu bewerten, dass auch in der Opposition der Wunsch besteht, im Landtag eine ausführliche Berichterstattung zu diesem Thema vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Eine Debatte im Landtag, auch in der Februarsitzung, entspricht dem hohen Stellenwert der Stadtentwicklung für die Zukunft unseres Landes und ist auch mit Blick auf den Zeitpunkt sinnvoll. Zur Halbzeit des Programms „Stadtumbau Ost“ sind eine Wirkungsanalyse und mögliche Nachjustierungen erforderlich.

Zumindest in den Beratungen im Ausschuss gab es wenig Dissens zum Beispiel dahin gehend, dass das Programm in seiner jetzigen Ausgestaltung die demografischen Probleme in unseren Städten nicht lösen kann und dass wir auch die technische Infrastruktur einbeziehen und neue Finanzierungsquellen erschließen müssen.

Außerdem ist der Stadtumbau in Sachsen-Anhalt durch landeseigene Konzepte weiterhin zu begleiten. Es bleibt wichtig, Wohneigentum oder neue Formen des Wohnens insgesamt zu fördern. Auch kleine Städte - das sage ich ganz bewusst - brauchen weiterhin unsere Hilfe, wenn es um die Beseitigung besonderer städtebaulicher Missstände geht.

Meine Damen und Herren! Der Stadtumbau gehört zweifellos zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben in Sachsen-Anhalt. Mit Interesse habe ich auch die Wahlaussagen in den Programmen der einzelnen Parteien gelesen und bemerkt, dass es durchaus viele Schnittmengen zwischen den Parteien gibt. Ich möchte Sie deshalb bitten, unseren Antrag nicht als Wahlkampfmanöver zu verstehen,

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Nein! - Herr Dr. Thiel, Linkspartei.PDS, und Herr Dr. Eckert, Linkspartei.PDS, lachen)

das allein dazu dienen soll, sich in der zweifellos guten Bilanz der Landesregierung zu sonnen. Vielmehr wagen wir zur Halbzeit des Stadtumbaus Ost den Ausblick auf das Erreichte und auf die Zukunft. Ich bitte Sie deshalb recht herzlich um Zustimmung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schröder, für die kurze und prägnante Einbringung. - Meine Damen und Herren! Wir treten jetzt in eine Debatte mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion ein. Für die SPD-Fraktion erteile ich als erstem Redner dem Abgeordneten Herrn Felke das Wort. Bitte sehr, Herr Felke.

Herr Felke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, was haben Sie bei diesem Antrag nur mit sich machen lassen?

(Zustimmung von Frau Fischer, Naumburg, SPD, und von Herrn Bischoff, SPD - Herr Scheurell, CDU: Wie bitte?)

Ich schicke voraus: Wir nehmen Ihre Anträge ernst und wir hätten gern mit Ihnen im Rahmen einer Regierungserklärung über den Stadtumbau geredet, dann aber auch in dem Umfang wie gestern über die Bildungspolitik. Dass es dazu nicht kommt, hat Ihre Landesregierung versäumt. Nun werden Sie quasi missbraucht, um irgendwie durch die Hintertür doch noch etwas zu retten.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Wir sind der Meinung, dass das Thema eine solche Behandlung nicht verdient hat. Dem von Ihnen beschriebenen hohen Stellenwert wird eine Fünfminutendebatte nicht gerecht.

(Herr Schröder, CDU: Februarsitzung!)

Im Übrigen wäre es auch fair gewesen, wenn durch den Minister eine Information darüber gegeben worden wäre, welche inhaltlichen Schwerpunkte er in seinem Bericht setzen will.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich unabhängig davon kurz aus unserer Sicht auf einige Aspekte eingehen. Auch für den Stadtumbau gilt: Kein Blick voraus ohne einen Blick zurück. Festhalten können wir, dass wir seit dem Start des Bundesprogramms ein gutes Stück vorangekommen sind. Insbesondere die Veränderungen durch den Abriss von Wohnungen sind deutlich sichtbar.

Allerdings würde ich mich gegen den Begriff „Halbzeit“ wehren; denn ich denke, dass uns der Stadtumbau noch über das Jahr 2009 hinaus beschäftigen wird. Eine programmatische Fortsetzung wird es geben müssen. Die ersten Signale dazu aus der Berliner Koalitionsvereinbarung sind zweifellos positiv zu bewerten.

Bei der Umsetzung des Programms und korrespondierender Maßnahmen in Sachsen-Anhalt gibt es derzeit Licht und Schatten. Positiv ist sicherlich die Entscheidung, die Investitionsbank in die Zwischenfinanzierung der Abrissmaßnahmen einzubinden. Die Abrechnung ließe sich aber wie in anderen Ländern noch erheblich vereinfachen und entbürokratisieren.

Im Programmteil „Aufwertung“ wurden Schulen und Kindertagesstätten prioritär behandelt. Diese Schwerpunktsetzung findet unsere Unterstützung. Künftig wird es allerdings darauf ankommen, eine deutlichere Verschiebung hin zu Aufwertungsmaßnahmen vorzunehmen und mehr für das Wohnumfeld und die Aufwertung des vorhandenen Bestandes zu machen. Die Begleitung durch die Kommunen muss dabei unterstützt und abgesichert werden.

Meine Damen und Herren! Der Stadtumbau wird nur zu einem Erfolg geführt werden können, wenn es tatsächlich gelingt, eine Vernetzung aller betroffenen Ressorts herzustellen. In der Vergangenheit ist dies nicht wirklich erfolgreich praktiziert worden. Zum Teil hat das Land bestimmte Entwicklungen sogar selbst beeinflusst bzw. beschleunigt, die für die betroffenen Gebiete nicht förderlich waren. Konkret: Standortentscheidungen durch das Land sollten künftig grundsätzlich in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen und auch mit Blick auf den Stadtumbau getroffen werden. Im Übrigen könnte dabei in Zukunft der Limsa eine wichtige Rolle zukommen.

Für uns steht auch fest, dass der Stadtumbau nicht nur auf das so benannte Programm zu reduzieren ist. Mit der Städtebauförderung, der Wohnraumförderung und dem Programm „Soziale Stadt“ lassen sich zusätzliche, wichtige Impulse setzen. Dass Sachsen-Anhalt bei diesen Programmen des Bundes zum Teil schon seit mehreren Jahren auf Mittel in Größenordnungen verzichtet, ist ein Skandal. Eine Schwerpunktsetzung sieht unserer Meinung nach anders aus. Hinzu kommt, dass man damit die Chance vergibt, mit Kritik gegenüber dem Bund ernst genommen zu werden.

Als besonders problematisch betrachten wir, dass Sachsen-Anhalt das einzige Land ist, das meint, seit dem Jahr 2004 komplett auf das Programm „Soziale Stadt“ verzichten zu können.

(Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Die Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf,

(Frau Weiß, CDU: So ist es!)

die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Jugendklubs und in sozialpädagogischen Projekten sowie die Begleitung von Bürgerbeteiligung in Form von Quartiermanagement und durch Stadtteilbüros scheint für die Landesregierung eher von untergeordneter Bedeutung zu sein. Dabei haben CDU und CSU im Bund der alten Bundesregierung demonstrativ den Rücken gestärkt und der aktuelle Koalitionsvertrag unterstreicht ebenso die Bedeutung des Programms. Dieser Umstand scheint sich bis in Magdeburger Regierungskreise aber noch nicht herumgesprochen zu haben.

(Frau Weiß, CDU: So ein Quatsch!)

- Bleiben Sie doch einmal ruhig, Frau Weiß. - Denn auch für das Jahr 2006 wurde nach Berlin bereits ein Verzicht auf diese Mittel gefunkt.

Stattdessen setzt man wieder einmal auf den hohen Stellenwert der Eigentumsförderung. 10 Millionen € in zwei Jahren sollen von den knappen Mitteln dahin gelenkt werden. Dem stehen rund 65 % der Bevölkerung Sachsen-Anhalts gegenüber, die zur Miete wohnen. Dies wird aus unterschiedlichen Gründen auch weiterhin mehrheitlich so bleiben. Für die Familienfreundlichkeit und den Kinderwunsch kommt es nicht darauf an, ob man zur Miete oder im Eigentum wohnt.

(Herr Schröder, CDU: Doch! Ihre Frau Dienel hat das belegt!)

Vielmehr geht es darum, familienfreundliche Strukturen zu schaffen, was auch durch große bezahlbare Woh-

nungen im Bestand und geeignete Freiräume für Kinder möglich ist.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Hinzu kommt, jede Förderung von Wohneigentum im Neubau führt zu weiterem Leerstand, der wiederum mit öffentlichen Mitteln beseitigt werden muss.

Meine Damen und Herren! Auf viele weitere wichtige Punkte wie die IBA, zu der die Idee noch zu unseren Regierungszeiten geboren wurde, die Zukunft der kommunalen Wohnungsunternehmen als wichtigen Akteuren beim Stadtumbau, die Förderung von Maßnahmen der Wohnraumanpassung für Ältere oder Behinderte, die Umsetzung des Bundesprogramms der energetischen Gebäudesanierung konkret für Sachsen-Anhalt oder die Zukunft der Wohnraumförderung nach der Umgestaltung im Rahmen der Föderalismusreform hätte man noch eingehen können bzw. müssen. Dazu hätte es allerdings, wie anfangs erwähnt, eines anderen Rahmens bedurft.

Nach unserer Überzeugung gibt es beim Stadtumbau in Sachsen-Anhalt noch viel zu tun. Dabei wollen wir ab April nicht alles anders, aber vieles besser machen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Felke. - Für die FDP-Fraktion erhält nun der Abgeordnete Herr Ernst das Wort. Bitte sehr, Herr Ernst.

Herr Ernst (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge eine angemessene Versorgung mit Wohnraum für alle Bürger zu garantieren, war nach der Wiedervereinigung das Ziel der sozialen Wohnungspolitik. So sind für Investitionen, Modernisierungen und Instandsetzungen Fördermittel in Größenordnungen eingesetzt worden. Was sich im Jahr 1990 niemand vorstellen konnte: Dieses Ziel wurde in kürzester Zeit erreicht.

Aber bereits Mitte der 90er-Jahre wurden die ersten problematischen Auswirkungen des strukturellen und demografischen Wandels auch auf die Wohnungswirtschaft deutlich sichtbar. Ein gravierender Wohnungsleerstand in den neuen Bundesländern - im Jahr 1999 waren es bereits ca. eine Million Wohnungen - war zu verzeichnen. Ende der 90er-Jahre hatten bereits zahlreiche Wohnungsunternehmen einen Leerstand von weit mehr als 15 % zu verzeichnen. Steigende Mietausfälle, Leerstandskosten und der Kapitaldienst für Altschulden brachten die Wohnungsunternehmen in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die Bundesregierung hat darauf reagiert und die Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ eingesetzt. Diese hat in ihrem Ende des Jahres 2000 vorgelegten Bericht vorgeschlagen, ca. 350 000 Wohnungen vom Markt zu nehmen. Der Bund und die Länder haben daraufhin im Jahr 2002 das Programm „Stadtumbau Ost“ beschlossen, mit dem bis Ende des Jahres 2009 rund 2,6 Milliarden € als Hil-

fen für die notwendige städtebauliche Entwicklung, zum Abriss bei Leerstand und zur Aufwertung von Wohnquartieren bereitgestellt werden sollen.

Darüber hinaus ist mit der zusätzlichen Altschuldenhilfe nach § 6a des Altschuldenhilfegesetzes für die durch hohe Leerstände in ihrer Existenz gefährdeten Wohnungsunternehmen eine weitere wichtige Rahmenbedingung geschaffen worden.

Das Programm „Stadtumbau Ost“ ist derzeit das umfangreichste stadtentwicklungsrelevante Förderprogramm für die neuen Länder. Es hat zum Ziel, die Wohnungsbestände zu reduzieren, die vom Schrumpfen betroffenen Stadtquartiere aufzuwerten und damit die Attraktivität der Städte und Gemeinden zu erhöhen.

In einem ersten Schritt haben die neuen Länder die Priorität vor allem auf den Abriss der leer stehenden Wohnungen gesetzt. Auch wenn der Stadtumbau Ost in den neuen Ländern nicht überall in dem gewünschten Tempo vorankommt, hat das Programm dazu beigetragen, den Wohnungsmarkt in Ostdeutschland zu stabilisieren.

Die Gesellschaft der Wohnungsunternehmen sieht trotz der positiven Entwicklung Probleme bei der Umsetzung des Stadtumbauprogramms, vor allem bei der unzureichenden Lösung der Altschuldenproblematik - Unternehmen unter 15 % Leerstand werden nicht berücksichtigt -, bei der unzureichenden Planungssicherheit für die Wohnungsunternehmen - die Bewilligung der Zuschüsse erst im dritten Quartal -, bei den fehlenden Eigenmitteln der Kommunen zur Kofinanzierung der Aufwertungsmaßnahmen und bei der fehlenden finanziellen Ausstattung zur Anpassung der technischen und sozialen Infrastrukturen.

Meine Damen und Herren! Hierbei sind wir als Parlamentarier in der nächsten Legislaturperiode noch einmal stark gefragt. Es müssen noch einmal finanzielle Quellen erschlossen werden, um vor allem die infrastrukturellen, sozialen und technischen Probleme in Ordnung zu bringen, damit die Bürger nicht durch höhere Abgaben belastet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat frühzeitig das Programm „Stadtumbau Ost“ als einen Schwerpunkt bei der Entwicklung des Landes erkannt und ihm durch begleitende Maßnahmen Schwung und Richtung gegeben.

Ein oft thematisiertes Problem ist das barrierefreie Wohnen. Dieses Thema wurde durch die Landesregierung innovativ aufgegriffen. So hat das Land in diesem Jahr zum zweiten Mal den Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ durchgeführt, an dem sich 13 Kommunen beteiligten. Vor ungefähr einer Stunde fand die Auszeichnung statt. Sieger ist die Stadt Hettstedt geworden.

Das Land fördert neue Projekte des Wohnens, zum Beispiel den Bau eines Wohngebäudes unter dem Thema „Barrierefreies Wohnen für alle Generationen“. Barrierefreiheit in Wohnungen und im Umfeld ist nicht nur für behinderte und ältere Menschen, sondern auch für Familien mit Kindern von Vorteil. Dieser wachsenden Klientel sollten auch die Wohnungsbaugesellschaften Rechnung tragen.

Eine Studie zu den Zukunftschancen junger Frauen und Familien in Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass eine große Sehnsucht nach Wohneigentum besteht. Aus diesem

Grund hat die Landesregierung ein Programm zur Förderung von Wohneigentum initiiert, das besondere Akzente bei Familien mit Kindern setzt.

Wie bekannt ist, haben 44 Städte ein Stadtentwicklungskonzept erarbeitet. Unter dem Eindruck neuer Entwicklungen sind diese Konzepte zu aktualisieren.

Eine auch international Aufmerksamkeit erregende innovative Begleitmaßnahme der Landesregierung ist die Internationale Bauausstellung. Die Stiftung Bauhaus Dessau und die Landesentwicklungsgesellschaft Saleg führen im Auftrag der Landesregierung wissenschaftliche Untersuchungen dazu durch, wie eine Entwicklung der Städte bei schrumpfenden Bevölkerungszahlen vonstatten gehen kann. Es geht darum, liebenswerte Städte zu erhalten und Chancen für eine qualitative Erneuerung zu nutzen.

Meine Damen und Herren! Ich muss an dieser Stelle zum Ende kommen. Ich habe in meinen kurzen Ausführungen zu erkennen gegeben, dass sich die Landesregierung der Problematik der Schrumpfung der Bevölkerungszahlen und der Anpassung der Städte gestellt hat, um ein freundliches und attraktives Lebensumfeld für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Wir freuen uns auf den Bericht zur Halbzeit des Stadtumbauprogramms und zum Sachstand der Internationalen Bauausstellung im Jahr 2010. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Ernst. - Meine Damen und Herren! Bevor wir die Debatte fortsetzen, begrüßen Sie mit mir auf der Nordtribüne Damen und Herren vom Sportverein Grün-Weiß Hasselfelde und vom gemischten Chor Hasselfelde.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir setzen die Debatte fort mit dem Beitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS. Es spricht zu uns der Abgeordnete Herr Radschunat. Bitte sehr, Herr Radschunat.

Herr Radschunat (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Das Thema Stadtumbau ist von so großer Bedeutung, dass man es eigentlich nicht innerhalb einer Fünfminutendebatte behandeln kann und vor allen Dingen nicht in dieser kurzen Zeit mit der notwendigen Verantwortung debattieren kann.

Ausgangspunkt für die Auflegung eines Stadtumbauprogramms ist der dramatische Bevölkerungsrückgang. Das ist uns allen bekannt. Der Stadtumbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die natürlich ressortübergreifend von allen begleitet werden muss, die aber letztlich in den Kommunen umgesetzt werden muss.

Für die Linkspartei.PDS ist Stadtumbau gleichzeitig Rückbau, Aufwertung und Verbesserung der Wohnqualität und vor allem die Chance zur Gestaltung lebenswerter Kommunen. Unser Maßstab sollte dabei eine soziale, revitalisierte und barrierefreie Kommune sein.

Die vorhandenen Stadtumbaukonzepte gehen in ihren Prognosezeiträumen nicht über das Jahr 2015 hinaus. Der Bevölkerungsrückgang wird aber unvermindert wei-

tergehen. Das zeigt, welches Ausmaß die Schrumpfung der Städte und Regionen annehmen wird. Dieser Prozess ist mit den herkömmlichen Mitteln und Methoden nicht mehr zu beherrschen. Die kommunale Daseinsvorsorge ist den veränderten Strukturen und Bedarfen anzupassen. Dies kann aber nicht dem Selbstlauf überlassen werden, meine Damen und Herren.

Unter Beachtung der sich abzeichnenden Entwicklung muss die Situation auf dem flachen Land als besonders dramatisch eingeschätzt werden. Die Versorgung mit Ärzten, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kultureinrichtungen wird immer schlechter, der ÖPNV wird abgebaut statt ausgebaut. Der Stadtumbau lässt die ländlichen Regionen außen vor. Damit droht das Abhängen der ländlichen Regionen.

Weiterhin ist zu beachten, dass immer weniger Bewohner überdimensionierte Versorgungsnetze bezahlen müssen. Das ist angesichts der ohnehin hohen Ver- und Entsorgungskosten sehr problematisch. Rückbaukonzepte auch für die Stadttechnik müssen deshalb so flexibel gestaltet werden, dass sie auch nach dem Jahr 2015 weitere Reduktionen in beachtlichem Umfang zulassen. Das setzt aber auch voraus, dass die Angleichung der technischen Infrastruktur mit den notwendigen finanziellen Mitteln untersetzt wird.

Stadtumbau heißt für uns auch, dass die Kommunen mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, die Schaffung eines ausgewogenen Angebots unterschiedlicher Wohnformen für junge Menschen und Familien, barrierefreie Wohnungen, die den Bedürfnissen älterer und behinderter Menschen entsprechen, und vor allen Dingen auch, dass die Ergebnisse von Landesprogrammen, Förderprogrammen und natürlich auch der Internationalen Bauausstellung in den Stadtumbau einfließen. Vor allen Dingen sind die vorhandenen Förderprogramme den Bedarfen entsprechend anzupassen.

Stadtumbau - ich bringe es auf eine Kurzform - ist für uns das Anpassen der sozialen und technischen Infrastruktur an den sich entwickelnden Bedarf.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz auf den Antrag, der uns heute vorliegt, und auf die Chronologie eingehen. In der 70. Landtagssitzung am 9. Dezember 2005 - Herr Kollege Schröder hat es vorhin gesagt - wurde aufgrund des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen der Antrag „Bericht zum Stadtumbau Ost“ beschlossen. Dieser wurde am 16. Dezember 2005 im Ausschuss entsprechend behandelt und dann noch einmal auf die Tagesordnung der Ausschusssitzung am 3. Februar 2006 gesetzt. Dort wird er noch einmal als Tagesordnungspunkt 2 behandelt, Frau Weiß.

Jetzt haben aber die Koalitionsfraktionen am 11. Januar 2006 diesen Antrag eingebracht, der heute in der Landtagssitzung debattiert werden sollte. Die zum Stadtumbau Ost nicht erfolgte Regierungserklärung, so liest man es aus Ihrer Begründung heraus, ist der Grund für den heutigen Antrag.

Ich hatte vorhin schon überlegt, ob hier für Herrn Minister Daehre ein Podium geschaffen werden sollte, um sich noch einmal öffentlich zu profilieren. Aber das hat der Minister zum einen nicht nötig und zum anderen hat er es auch nicht getan.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Die Profilierung kam eher aus der Richtung der Kollegen der Koalitionsfraktionen als vonseiten des Ministers.

Ihrer Erkenntnis, das Sie es versäumt haben, eine Regierungserklärung zum Stadtumbau Ost abzugeben, kann man nur zustimmen. Ihren aus rein populistischen Gründen eingebrachten Antrag lehnen wir ab, weil ein solcher Antrag inhaltlich im Landtag schon behandelt wird. Wir lehnen ihn ab, weil auch die heutige Fünfminutendebatte nicht ausreicht, um das wichtige Thema Stadtumbau Ost ausführlich und mit der notwendigen Verantwortung zu diskutieren. Wir lehnen ihn ab, weil es ein rein populistischer Schaufensterantrag ist. - Schönen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Radschunat. - Nun hat noch einmal der Abgeordnete Herr Schröder das Wort. Bitte sehr, Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche es weiterhin kurz und prägnant zu halten, weil ich ausdrücklich die Meinung meiner Vorredner teile, insbesondere die von Herrn Felke und von Herrn Radschunat, dass es ein Thema ist, das auch hinsichtlich seiner Bedeutung in einer Fünfminutendebatte nicht abgehandelt werden kann. Es ist gerade die innere Intention des Antrages der Koalitionsfraktionen gewesen, im Februar noch einmal eine ausführliche Berichterstattung der Landesregierung zu erhalten.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Kosmehl, FDP)

Trotz aller Spötteleien in der Rede von Herrn Felke besteht doch auch darin Konsens, dass sich dieses Haus durchaus eine Regierungserklärung zu diesem Thema hätte vorstellen können; eine solche sei bisher nicht abgegeben worden. Das muss festgestellt werden.

(Zuruf von Herrn Felke, SPD)

Aber wie passt es zusammen, dass man sich einerseits eine ausführliche Befassung mit diesem Themen wünscht und sich eine Regierungserklärung dazu vorstellen könnte, aber andererseits dem Ersuchen der Koalitionsfraktionen, genau diese umfangreiche Berichterstattung zu erhalten, nicht folgen will? Wie passt das zusammen?

(Zuruf von Herrn Felke, SPD - Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Ich kann mir das nicht vorstellen. Ich kann mir das nicht erklären.

(Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

Es ist ebenfalls Konsens in diesem Hause, dass uns das Thema Stadtumbau über das Jahr 2009 hinaus beschäftigen wird. Dass Herr Felke das Wort „Halbzeitbilanz“ ablehnt,

(Herr Felke, SPD: Das steht in Ihrem Antrag!)

- ja - halte ich für etwas weit hergeholt, weil es hierbei natürlich um das Stadtumbauprogramm Ost geht. Das Stadtumbauprogramm Ost als Bundesprogramm läuft nun einmal bis 2009. Wenn der Prozess weitergeht, dann sicherlich nicht mehr mit dem gleichen Programm und den gleichen Modalitäten. Auch darüber besteht doch, so denke ich, Einigkeit.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Bischoff zu beantworten?

Herr Schröder (CDU):

Gern, am Ende.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Am Ende.

Herr Schröder (CDU):

Ich bin gleich am Ende. - Mir geht es darum zu sagen, dass es bei all den Gemeinsamkeiten selbstverständlich auch Unterschiede im Detail gibt. Das ist in der Rede von Herrn Felke deutlich geworden.

Das gilt zum Beispiel für die Frage der Wohneigentumsförderung. Die im Auftrag der Landesregierung erstellte so genannte Dienel-Studie hat gerade den stabilisierenden Effekt von Wohneigentum auf Familien dargestellt.

(Minister Herr Dr. Daehre: Ja!)

Das ist eine Person, die auch in Ihrer Partei eine wesentliche Rolle spielt.

(Unruhe bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Sie negieren das hier. Wir haben eine unterdurchschnittliche Wohneigentumsquote. Wir wollen das ändern. Wir wollen Wohneigentum insbesondere im Bestand fördern und spezielle Angebote für Familien unterbreiten. Das ist gut und richtig so.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von Minister Herrn Dr. Daehre - Zuruf von Herrn Felke, SPD)

Der Stadtumbau ist und bleibt eine Zukunftsaufgabe. Als der Ministerpräsident am Anfang der Wahlperiode die Zukunftsdebatte ausgelöst hat, haben sich im Nachgang alle Parteien in diesem Hause an der Suche nach einer längerfristigen Perspektive für Sachsen-Anhalt beteiligt, wenn es um diese Fragen geht, wie jetzt zum Beispiel im Zuge der IBA, der Know-how-Vermarktung, wenn es um die Fragen der Förderung neuer Formen des Wohnens, der Weiterentwicklung des ländlichen Raumes und der Unterstützung auch für kleine Städte im Bereich Stadtumbau nach Strukturentscheidungen geht. Erinnert sei zum Beispiel an die Schulschließungen in kleinen Städten. Was passiert mit der Gebäudesubstanz? - Das alles sind Fragen. Das ist gelebte Zukunftsdebatte, die wir an diesem Beispiel par excellence exerzieren wollen.

Herr Radschunat hat Recht, der Ausschuss wird sich mit diesem Thema auf Wunsch der Ausschussmitglieder noch einmal beschäftigen. Allerdings, Herr Radschunat, ging es darum, dass wir in der nächsten Sitzung noch einmal konkret die Konzepte der IBA-Städte vorgestellt bekommen wollen. Das umfasst also nur noch einen kleinen Teilbereich des Themas Stadtumbau.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie angesichts der großen Schnittmengen bei der Betrachtung und der Bedeutung dieses Themas herzlich darum, es im Februar zu ermöglichen, nicht nur Bilanz zu ziehen, sondern auch einen Ausblick zu wagen, und zwar nicht in den Fachausschüssen, wo das bisher passiert ist, sondern in

diesem Hohen Haus; denn das bleibt ein ressortübergreifendes Thema.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Bischoff, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen.

Herr Bischoff (SPD):

Herr Schröder, ohne Zweifel ist dieses Thema absolut wichtig. Das merke ich als Magdeburger auch. Es ist auch nicht so - dazu gibt es sicherlich unterschiedliche Meinungen -, dass gar nichts passiert; das kann man auch nicht sagen. Das, was im Februar passieren soll, ist absolut richtig.

Meine Frage ist aber: Ist es nicht kurios, dass die regierungstragenden Fraktionen einen Antrag stellen, in dem sie die Regierung auffordern, eine Regierungserklärung abzugeben? - Man könnte vermuten, Sie sind zurzeit unzufrieden und meinen, dass die Regierung diesem Thema nicht die nötige Priorität einräumt.

(Unruhe bei der CDU)

Eine zweite Sache. Minister Herr Daehre ist doch Manns genug und kann nach der Geschäftsordnung jederzeit eine Regierungserklärung abgeben. Vielleicht kann man es, damit er dem Ministerpräsidenten nicht die Show stiehlt, so machen, dass im Rahmen der Erklärung, die der Ministerpräsident vorbringt, bei diesem Thema Minister Daehre kurz einspringt und seinen Teil dazu beiträgt und dann der Ministerpräsident weiter vorträgt. Aber das ist nur ein Vorschlag von mir.

Aber meine Frage lautet: Ist das nicht kurios?

(Unruhe)

Herr Schröder (CDU):

Herr Bischoff, ich möchte Ihre Frage in zwei Teilen beantworten. Erstens. Ich teile Ihre persönliche Einschätzung der Person des Ministers.

Zum zweiten Teil der Antwort. Ich möchte gern eine Äußerung des Bundestagspräsidenten Herrn Lammert zitieren, die heute schon einmal eine Rolle gespielt hat. Er hat gesagt:

„Das Parlament ist nicht purer Erfüllungsgehilfe der Landesregierung, sondern ist dessen Auftraggeber.“

In diesem Sinne, glaube ich, macht der Antrag Sinn.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Unruhe bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Schröder. - Meine Damen und Herren! Der Minister Dr. Daehre hat in der Tat um das Wort gebeten. Das erteile ich ihm jetzt auch. Bitte sehr, Herr Minister.

(Herr Sachse, SPD: Koalition unzufrieden mit Regierung!)

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass wir den Wahlkampf weder heute

noch im Februar, wenn wir über dieses Thema ausführlich diskutieren, so vorantreiben, dass das Thema Stadtumbau mit all seinen Fassetten zerredet wird. Ich war bisher der Meinung, dass ein großer Konsens in diesem Land zwischen Salzwedel und Zeitz besteht, dass es eine herausragende Aufgabe ist, unsere Städte umzubauen. Die Gründe hierfür sind bekannt.

Meine Damen und Herren! Ich hatte bisher, jedenfalls wenn ich durch das Land reise, den Eindruck, dass fast parteiübergreifend die Auffassung vertreten wird, dass wir als Landesregierung in diesem Bereich - ich will es einmal vorsichtig sagen - keine großen Fehler oder kaum Fehler gemacht haben.

Ich sage „kaum“, weil man sich nicht selbst überschätzen darf und bei einem solchen herausragenden Thema auch daran denken muss, dass man in fünf Jahren das eine oder andere vielleicht revidieren muss. Wir haben im Jahr 1990 die Situation in Bezug auf den Wohnungsbestand und die Entwicklung der Städte völlig anders eingeschätzt. Deshalb sollten wir vorsichtig mit Äußerungen sein, die sich darauf beziehen, wie es im Jahr 2015 in diesem Land aussehen wird.

Vielleicht können wir einmal den Aspekt in die Diskussion einbringen, dass im nächsten Jahrzehnt der Zuzug größer der Wegzug sein wird. Meine Damen und Herren! Wir sollten nicht immer nur eine Negativediskussionen führen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ich denke, damit würde man dem Land Sachsen-Anhalt und den Bürgern viel besser gerecht werden.

Bevor ich einige Details ansprechen werde, möchte ich auf die Anmerkungen der Vorredner eingehen. Zunächst bedanke ich mich für die Komplimente; so etwas hört man nicht sehr häufig. Wenn sie so gemeint sind, dann nehme ich sie gern an und gebe sie auch an die Abgeordneten zurück, die dieses Thema in den letzten vier Jahren im Fachausschuss mit aller Ernsthaftigkeit und natürlich auch mit einem gewissen Lokalpatriotismus - das gehört dazu - auf den Weg gebracht haben.

Wir unterhalten uns heute über dieses Thema. Deshalb bin ich den Koalitionsfraktionen ausgesprochen dankbar. Es geht nicht darum, ob wir uns bei diesem Thema profilieren. Ich denke, wir haben in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass wir in diesem Sektor gute Karten haben. Ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar dafür, dass sie das Thema noch einmal auf die Tagesordnung setzen.

Man kann sich über das Thema Stadtumbau nicht oft genug unterhalten und dabei natürlich auch über die Wege streiten, meine Damen und Herren. Das ist unsere Aufgabe. Das ist auch nicht auf eine Legislaturperiode oder auf zwei Legislaturperioden beschränkt. Das Thema wird uns, wie es im Jahr 2015 auch immer heißen wird - ob wir dann von Stadtumbau oder wieder von Stadtanierung oder vom städtebaulichen Denkmalschutz sprechen, sei einmal dahingestellt -, weiter beschäftigen.

Deshalb ist es richtig, dass wir das so auf den Weg bringen, wie es die Koalitionsfraktionen gesagt haben, nicht in einer Fünfminutendebatte. Wir werden im Februar noch einmal ausführlich darüber reden. Ich hoffe, dass wir in der Februar-Debatte nicht nur in fünf, sechs Minuten inhaltlich über das eine oder andere reden. Die Vorwürfe können wir natürlich auch aufnehmen.

Ich sage ganz deutlich: Dass wir die soziale Stadt- und Wohnumfeldverbesserung nicht weiter finanzieren, ist Politik. Dazu stehe ich. Ich weiß nicht, ob wir, wenn wir jetzt die Wohnumfeldverbesserung wieder finanzieren, in drei Jahren ein bestimmtes Gebiet tatsächlich noch brauchen. Vielleicht werden wir auch sagen: Aufgrund der demografischen Entwicklung ist dieses Gebiet gefährdet. Wir müssen aufpassen, dass wir mit den Geldern, die wir zur Verfügung haben, so sinnvoll und nachhaltig umgehen, wie wir uns das alle wünschen. Das ist eine Herausforderung.

Noch eine Anmerkung in Richtung Opposition. Meine Damen und Herren! Ich habe einmal nachgedacht, wie viele Anträge Sie seit 2002 in diesem Hohen Hause zu diesem Thema gestellt haben. Mir ist nicht viel eingefallen.

(Herr Felke, SPD: Doch!)

- Ja, Herr Felke. Aber ich meine im Verhältnis. Ich habe nicht gesagt: Es war gar nichts.

(Herr Felke, SPD: Die regelmäßigen Berichterstattungen gehen zum Beispiel auf uns zurück!)

- Ja, die regelmäßigen Berichterstattungen, selbstverständlich. Aber die kreativen Ideen, die auch von einer Opposition ausgehen müssten, außer dass wir soziale Stadt- und Wohnumfeldverbesserungen haben, habe ich von Ihnen auch nicht gehört. Das muss zumindest in Klammern einmal dazu gesagt werden.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Lassen Sie uns wieder zu dem eigentlichen Thema Stadtumbau kommen. Ich denke, „Halbzeitbilanz“ ist ein Wort, das von der Zeitabfolge her zutreffend ist. Herr Schröder hat es gesagt: Das Programm läuft bis 2009.

Wir haben aber jetzt, im Jahr 2006 und in den darauf folgenden Jahren, zwei entscheidende Aufgaben. Die eine ist, dass wir uns nicht mehr vorrangig über den Abriss unterhalten müssen - das läuft. Dabei möchte ich auch gar nicht sagen, wie wir es auf den Weg gebracht haben. Jeder weiß das auch. Jetzt geht es ganz einfach darum, dass wir uns dem Thema Aufwertung widmen, damit die Städte attraktiver werden. Dafür haben wir verschiedene Voraussetzungen geschaffen, wie wir uns das wünschen, zum Beispiel mit der Internationalen Bauausstellung 2010 - damit werden wir uns im Februar 2006 noch einmal beschäftigen -, aber auch beim Stadtumbau insgesamt.

Das Thema Aufwertung sollte aufgegriffen werden, um die Attraktivität der Städte zu erhöhen und alle Beteiligten mit ins Boot zu bringen. Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich hier noch einmal auf die Zahlen aufmerksam machen, die wir für den Abriss und die Aufwertung in Abstimmung mit den Verbänden der Wohnungswirtschaft sowie der Wohnungsgesellschaften bzw. der Wohnungsgenossenschaften festgelegt haben.

Von beiden Verbänden ist noch einmal die Bitte an mich herangetragen worden, für das Jahr 2006 mehr Geld für den Abriss zur Verfügung zu stellen als für die Aufwertung. Das hängt ganz einfach damit zusammen, dass wir die §6a-Unternehmen auch mit entschulden müssen.

Meine Damen und Herren! Dass wir heute, im Jahr 2006, konstatieren können, die Wohnungswirtschaft hat sich wirtschaftlich erholt und kann wieder investieren

- ein herzlicher Dank an die Wohnungswirtschaft dafür, dass sie wieder investiert -,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

ist der Tatsache geschuldet, dass wir flächendeckend abgerissen haben.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Felke zu beantworten?

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Herr Felke, wie immer erteile ich Ihnen die Antwort am Ende meiner Rede gern so umfangreich, wie Sie es möchten.

(Herr Bischoff, SPD: Ist das schon eine Regierungserklärung?)

- Wir brauchen keine neue Regierungserklärung zu geben. Das ist auch im April 2006 noch gültig, Herr Bischoff.

(Herr Bischoff, SPD: Ist das jetzt eine Regierungserklärung oder kommt die im Februar?)

- Die erfolgt doch im Februar 2006.

(Herr Bischoff, SPD: Ach so! Ich dachte, Sie wären schon mittendrin!)

- Ja, das lassen Sie mich einmal einfügen: Ich habe im Februar auch noch so viel Stoff. Da haben wir noch eine ganze Menge. Das können wir alles noch mit auf den Weg bringen. - Aber zurück zu dem eigentlichen Punkt, und zwar dass wir das in Abstimmung mit den Verbänden der Wohnungsunternehmen bzw. -genossenschaften und den privaten Haus- und Grundbesitzern - die darf man auch nicht vergessen - festgelegt haben. Träger sind im Moment aber die Wohnungsgesellschaften und die Wohnungsgenossenschaften. Sie investieren wieder.

Meine Damen und Herren! Es ist ein gutes Zeichen, dass die Wohnungswirtschaft wieder investiert. Das war vor drei Jahren nicht so. Deshalb auch einen herzlichen Dank an die Wohnungswirtschaft dafür, dass sie dieses tut.

Ich hoffe auch, dass das Programm der Bundesregierung, das die Gebäudesanierung betrifft, von den Freunden, die sich in Berlin inzwischen gefunden haben, Herr Bischoff, auf den Weg gebracht wird. Aber auch hierbei müssen wir differenziert herangehen: Trifft es denn wirklich zu? Kann man ein denkmalgeschütztes Haus im Hinblick auf den Wärmeschutz eigentlich sanieren? Das sind die Fragen, die man sich stellen muss. Weitere Fragen sind: Wie viele Wohnungen haben wir schon saniert? Wo können diese Programme greifen? Das sind die Aufgaben.

Vorletzte Anmerkung: Wir sollten jetzt politisch auch daran denken, dass dieses Programm - das muss vorbereitet werden - über das Jahr 2009 hinaus weitergeführt werden muss. Ich sage Ihnen voraus: Das wird ein Verteilungskampf werden; denn auch im Westen hat der Stadtumbau in bestimmten Bereichen inzwischen Dimensionen angenommen, die deutlich machen, dass man dort nicht immer nur sagt: Im Osten müssten wir die Städte umbauen, aber nicht bei uns.

Deshalb werden wir im Jahr 2010 vom Stadtumbau in Deutschland reden müssen. Wir sind gut darauf vorbe-

reitet, weil wir im Prinzip dann auch einmal sagen können: Freunde, die Probleme, die ihr jetzt bekommt, hatten wir schon. - Dazu dienen alle unsere weiteren Aktivitäten, die wir in diesem Bereich entfalten.

Nun noch eines: Hierzu ist sicherlich noch eine ganze Menge zu sagen. Das werden wir im Februar 2006 dann auch tun.

Meine Damen und Herren! Ein Wort noch zum Eigentum. Die Dienel-Studie ist schon angesprochen worden. Die sollten wir auch ernst nehmen. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie von der SPD sie ganz besonders ernst nehmen; anderenfalls hätten Sie Frau Professor Dienel nicht in das Kompetenzteam berufen. Das zeigt aber auch, dass die Union nicht nach parteipolitischen, sondern nach Sachargumenten entscheidet, und auch Studien der Opposition bzw. das Kompetenzteam ernst nimmt.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht immer so und auch nicht immer selbstverständlich; das muss zumindest einmal gesagt werden.

In dieser Studie wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir dem Thema Wohneigentum eine große Bedeutung beimessen sollten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt müssen wir uns nur noch über den Punkt unterhalten - dann haben wir vielleicht schon wieder einen Konsens -: Wohneigentum ist nicht nur das individuelle, sondern zum Beispiel auch das genossenschaftliche Wohneigentum. Für das genossenschaftliche Wohneigentum können diese Anträge auch gestellt werden.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP
- Frau Weiß, CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren! Das heißt, wir wollen einer breiten Bevölkerungsschicht die Möglichkeit geben, Wohneigentum zu erwerben, unabhängig davon, ob es genossenschaftliches oder privates ist. Deshalb müssen wir vor dem Wegfall der Eigenheimzulage auch darüber nachdenken, wie wir die eine oder andere Kondition verbessern. Wir beziehen es aber nur auf die 44 Städte, die im Rahmen des Stadtumbauprogramms daran beteiligt sind.

Meine Damen und Herren! Ohne Wohneigentum, ohne die Bindung vor Ort werden wir größere Probleme im Bereich der Demografie bekommen. Deshalb wird es ein Anliegen dieser Koalition sein - ich bin sicher, dass es auch im April 2006 noch das Anliegen dieser Koalition sein wird -, dass wir auch das Thema Wohneigentum weiter in den Mittelpunkt unserer Diskussionen und unserer Überlegungen stellen.

In diesem Sinne möchte ich mich für die Aufmerksamkeit herzlich bedanken. Ich freue mich auf eine dann hoffentlich sachliche Diskussion zu dem Thema IBA; denn, meine Damen und Herren, die Lokalpolitiker vor Ort werden genau hören, ob es hier um Polemik geht oder darum, dass wir die Chancen ergreifen, die Städte umzubauen, damit sich die Menschen in diesem Land wohl fühlen und damit sie sagen: Es lebt sich gut in Sachsen-Anhalt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, Sie waren bereit, noch eine Frage des Abgeordneten Herrn Felke zu beantworten. - Bitte sehr, Herr Felke.

Herr Felke (SPD):

Herr Minister, ich wollte Sie eigentlich zwischendurch fragen, ob Sie vorhaben, heute doch schon die Regierungserklärung abzugeben.

(Oh! bei der CDU und bei der FDP)

Vom Umfang her war Ihr Redebeitrag ja doch etwas ausführlicher, als es die Fünfminutendebatte erwarten ließ. Aber vielleicht können wir uns gemeinsam dafür stark machen, dass die Regierungserklärung zumindest den zeitlichen Umfang erhält wie bei dem Thema Bildungspolitik gestern.

Herr Dr. Daehre, Minister für Bau und Verkehr:

Ich würde mich freuen, Herr Felke, wenn die Oppositionsparteien erwarten, dass wir die Redezeit für dieses Thema auf 30 Minuten für den Minister ausdehnen. Ich habe damit kein Problem. Ich kann auch 45 Minuten lang darüber referieren, weil es unheimlich viel zu berichten gibt, und zwar Positives aus den letzten vier Jahren. - Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und starker Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich glaube aber, die in unserer Geschäftsordnung festgelegten Redezeiten haben sich bewährt. Wir sollten dabei bleiben. - Meine Damen und Herren! Eigentlich ist zu dem Antrag alles gesagt worden, was gesagt werden musste.

(Heiterkeit)

Ich frage Sie aber nach der Rede des Ministers: Hat noch jemand den Wunsch, das Wort zu ergreifen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir jetzt über diesen Antrag ab.

Wer also diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei den Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP. Gegenstimmen? - Bei der Linkspartei.PDS. Enthaltungen? - Eine. Damit ist diesem Antrag mehrheitlich zugestimmt worden und der Tagesordnungspunkt 17 ist beendet.

Meine Damen und Herren! Wir treten in die Beratung des **Tagesordnungspunktes 18** ein:

Erste Beratung

Unterstützung von Leistungsempfängerinnen und -empfängern nach SGB II und anderen sowie Erziehungsberechtigten mit geringem Einkommen bei den Kosten der Schülerbeförderung

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2568**

Einbringer für die Linkspartei.PDS ist die Abgeordnete Frau Dr. Hein. Bitte sehr, Frau Dr. Hein.

Frau Dr. Hein (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Linkspartei.PDS hatte bereits im September des vergangenen Jahres einen Antrag eingebracht, der darauf zielte, Schülerinnen und Schülern, die in Bedarfsgemeinschaften leben und deshalb Leistungen nach dem Hartz-IV-Gesetz erhalten, von den Kosten der Schülerbeförderung zu entlasten, und zwar soweit sie die Beförderung gemäß § 71 des Schulgesetzes des Landes nicht mehr kostenlos erhalten können.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen empfanden es als wichtig, zuerst das Ausmaß der möglichen Betroffenheit und des tatsächlichen Bedarfs zu ermitteln, um dann möglicherweise Kompensationen zu vereinbaren. Sie haben darum auch einen Änderungsantrag gestellt.

Beide Anträge wurden in den Ausschuss überwiesen - da liegen sie nun. Die Landesregierung hatte versprochen, die Bedarfsermittlung schnell durchzuführen. Sie legte dem Ausschuss mit Datum vom 15. November 2005 und vom 12. Dezember 2005 zwei Berichterstattungen vor.

Die Ausführungen darin bestätigen, dass zwar einige Landkreise noch eine Erstattung nach § 71 Abs. 5 des Schulgesetzes als freiwillige Leistung vorsehen, aber in den wenigsten Landkreisen davon auch Gebrauch gemacht wurde. In fast allen Landkreisen gab es aber Anfragen auf Kostenübernahme. Bei keinem der Landkreise konnten jedoch Aussagen darüber getroffen werden, ob wegen fehlender Unterstützung der Besuch der gymnasialen Oberstufe abgebrochen bzw. nicht aufgenommen wurde.

Die Kosten für die Schülermonatskarten schwanken je nach Entfernung der Schule zwischen ca. 20 € und ca. 140 € im Monat. Was das bei einem verfügbaren Einkommen von maximal 331 € im Monat bedeutet, kann sich der eine oder die andere in diesem Hohen Hause vielleicht noch vorstellen.

Der zweite Bericht der Landesregierung brachte vier wesentliche Aussagen zutage.

Erstens. Es handelt sich in der Tat um ein Problem.

Zweitens. Es betrifft mehr junge Menschen oder Familien als die von Hartz IV abhängigen Bedarfsgemeinschaften.

Drittens. Wir können nicht sagen, welchen Umfang das Problem hat.

Viertens. Es ist eigentlich Aufgabe der Bundespolitik, darauf angemessen zu reagieren.

In allen vier Feststellungen hat die Landesregierung Recht. Auch wir haben nur Kenntnis von Einzelfällen und können den Umfang des Problems nicht erfassen. Aber genau das macht uns unruhig. Wenn man nämlich weiß, wie viele Familien in Sachsen-Anhalt allein von ALG II betroffen sind und wie groß die Zahl der jungen Menschen unter 25 Jahren ist, die in Armut leben, dann kann man doch nicht annehmen, dass sich das Problem für die Schülerinnen und Schüler von allein erledigt. Wenn aber schon niemand mehr fragt, wenn sich offensichtlich viele in das scheinbar unausweichliche Schicksal dareinfinden, dann ist das eine Ohrfeige für das soziale Bewusstsein von Politikerinnen und Politikern und deren öffentliche Akzeptanz.

Ich wiederhole es noch einmal: Es ist uns nicht wichtig, ob viele oder wenige junge Menschen, die sich noch in der Ausbildung befinden, davon betroffen sind. Wir möchten, dass jeder und jedem Einzelnen geholfen werden kann. Gestern hatten wir im Landtag eine ausführliche, heftige Debatte um den Wert und die Qualität von Bildung und um die Notwendigkeit, allen Kindern und Jugendlichen eine ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Bildung und Ausbildung zukommen zu lassen. Zumindest in dieser Absicht waren sich alle Fraktionen einig. Allein, unsere Absichtserklärungen laufen ins Leere, wenn sie nicht auf den notwendigen sozialen Kontext treffen, wenn der notwendige soziale Ausgleich denen nicht gewährt wird, die aus den sozial schwächsten Verhältnissen kommen.

Nun liegt diese Verantwortung nur zu einem Teil beim Land. Die Änderung der Sozialgesetzgebung liegt nicht in unserer Kompetenz, wohl aber die Verantwortung, damit umzugehen. Es ist eben schon ein Problem, dass in diesem Zusammenhang Beschäftigte mit einem niedrigen Einkommen die Fahrtkosten zur Arbeitsstelle als Mehraufwand geltend machen können, Schülerinnen und Schüler aber nicht, weil sie ja nicht arbeiten, und vielleicht auch deshalb nicht, weil Bildung Ländersache ist.

Gestern hat in der Debatte der Gesichtspunkt eine Rolle gespielt, dass das Netz weiterführender Schulen in der Sekundarstufe II weitmaschiger wird und dass im Interesse eines ausreichend qualitativvollen Angebots künftig zum Beispiel im Berufsschulbereich nicht mehr alles überall vorgehalten werden kann, was genau genommen auch heute schon der Fall ist. Aber damit wird sich das Problem des Zugangs zu qualitativ anspruchsvollen Bildungs- und Ausbildungsangeboten nur noch verschärfen.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Brisanz des Problems spät genug erkannt. Wir haben weitere vier Monate ins Land gehen lassen, ohne dass etwas passiert ist. Bis eine Regelung gefunden sein wird, dauert es sicherlich abermals Wochen oder Monate. Ich finde, dass es den betroffenen jungen Leuten und ihren Familien nicht zuzumuten ist, dass wir nicht aus dem Knick kommen. Darum haben wir den dringenden Wunsch der anderen Abgeordneten und auch der Landesregierung aus dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft aufgenommen. Sie haben uns ja förmlich ermutigt, einen Antrag zu stellen. Wir tun das nun, und das, obwohl sich die beiden anderen Anträge noch im Ausschuss befinden.

(Herr Tullner, CDU: Das ist ja das Kuriose daran!)

- Das ist nicht kurios, das ist eigentlich schlimm. - Ich hätte mich sehr gefreut, wenn an dieser Stelle ein Antrag von den Fraktionen der CDU und der FDP gekommen wäre, auch eine Beschlussempfehlung unter Umständen, wie man mit dem Problem umgeht. Das liegt - -

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Herr Tullner, CDU: Haben wir doch im Ausschuss!)

- Es geht um die Ergebnisse, nicht darum, was wir im Ausschuss machen. Das interessiert die Leute, wenn sich für sie nichts verändert, überhaupt nicht.

(Herr Tullner, CDU: Wollen wir darüber reden oder wollen wir etwas machen?)

- Wir haben darüber geredet, und zwar zweimal, Herr Tullner. Ich glaube, Sie waren sogar dabei.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das ist doch eine klare Sache!)

Jetzt müsste man endlich mal zu Potte kommen. Aber zu Potte gekommen sind Sie bisher nicht. Sie haben uns fast in den Mund gelegt: Sie werden sicherlich einen Antrag stellen. - Hier ist er. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie es getan hätten.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Geben Sie es zu, Herr Tullner? - Frau Feußner, CDU: Nein! - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Wir wollen heute zweierlei:

Erstens. Die Landesregierung soll mit den kommunalen Spitzenverbänden moderierend um eine Regelung nach § 71 Abs. 5 des Schulgesetzes ringen, wie sie in einigen Landkreisen schon üblich ist. Die bisherigen guten Beispiele können diese Debatte sichtlich erleichtern. Auch die Kreistage dürften diesen Problemen inzwischen deutlich aufgeschlossener gegenüberstehen, sodass ich gute Chancen für eine zügige Einigung sehe. Auch im Stadtrat von Magdeburg gab es einen fraktionsübergreifenden Konsens, zumindest erst einmal entsprechende Summen in den Haushalt einzustellen. Die Folge Regelung fehlt noch. Aber das kriegen wir auch hin.

Zweitens. Die Landesregierung soll im Bundesrat initiativ werden, um im Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches eine entsprechende Regelung zu den Schülerbeförderungskosten für betroffene Schülerinnen und Schüler zu verankern.

Natürlich, meine Damen und Herren, bleibt es allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses unbenommen, den Abgeordneten der eigenen Partei im Deutschen Bundestag das Problem dringend ans Herz zu legen. Gestern wurde im Bundestag über eine Gesetzesänderung zur Angleichung des ALG II Ost an das Westniveau verhandelt, in erster Lesung wohlgekerkt. Der mögliche Aufwuchs von 14 € würde unser Problem zwar mildern, aber nicht beheben. Außerdem war das wohl nicht der Grund für die Angleichung, was unser Anliegen eher noch unterstreicht. Das Thema ist aber offen und ich bitte Sie: Handeln Sie schnell! Sie sollten diese Chance auch aus den Ländern heraus nutzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden zu diesem Antrag keinen Überweisungsantrag stellen. Im Ausschuss liegen bekanntlich zwei Anträge, ein dritter macht keinen Sinn. Sinn macht eine Entscheidung heute und hier.

Diese Entscheidung, die wir heute und hier treffen können, sagt nichts über Umfänge, sagt nichts über die konkreten Maßnahmen. Sie ist nur ein Auftrag an die Landesregierung, in diesem Interesse und in diesem Sinne zu handeln. Sie bestärkt die Landesregierung, mit den Landkreisen in Verhandlungen zu treten, und sie bestärkt sie, im Bundesrat initiativ zu werden. Das war übrigens auch der Tenor aus dem Ausschuss, den wir aufgenommen haben. Darum bitte ich Sie: Springen Sie über Ihren Schatten, stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Hein, für die Einbringung. - Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Debatte eintreten, hat für die Landesregierung der Kultusminister Herr Professor Dr. Olbertz um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bitte gestatten Sie mir am Anfang die Bemerkung, dass der vorliegende Antrag vom Verfahren her nahe daran ist, eine Diskussion über die Arbeitsweise und damit auch über die Geschäftsordnung des Landtages anzuregen. Ich weiß, das steht mir nicht zu, weil ich kein Landtagsmandat habe. Aber rein formal fällt es natürlich auf, dass Sie über einen Antrag entscheiden sollen, der sich mitten im Ausschussverfahren befindet. Das muss ich als ungewöhnlich empfinden dürfen.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Wolpert, FDP)

Jedenfalls kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir im Moment die Plenarsitzung wie eine Art Zwischenspeicher für eine schon bzw. noch laufende Ausschussberatung nutzen sollen.

Seit der Debatte über den vergleichbaren Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS und den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP in der Landtagssitzung am 9. September 2005 wird die Angelegenheit in den Ausschüssen beraten. Mein Haus hat übrigens umfänglich zugearbeitet, was sich unter anderem daran zeigt, dass einige Änderungen, die dieser Antrag gegenüber seinem Vorgänger aufweist, offensichtlich diesen Zuarbeiten zu verdanken sind. Es ist schon ungewöhnlich, dass die Diskussion zu diesem Thema, die gegenwärtig im Ausschuss geführt wird, nun vor Abschluss der Ausschussbefassung durch einen Plenarbeschluss vorzeitig beendet werden soll.

Zudem wurde in den Ausschussberatungen deutlich, dass schon die Beschreibung des Sachverhalts zu komplex ist, um die angenommene Problemlage als tatsächlich so bestehend anzusehen, geschweige denn mit einem einfachen Lösungsvorschlag aufzuwarten, der auch nur die geringste Chance auf Zustimmung sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene hätte. Ich war davon ausgegangen, dies sei im Ausschuss auch allen bewusst gewesen, weshalb wir eben dort nach anderen Lösungen suchen sollten. Das ist die bisher nicht abgeschlossene Auftragslage des Ausschusses.

Niemand kann ernsthaft wollen - ich glaube, darin sind sich alle einig -, dass die finanziellen Verhältnisse des Elternhauses über den Erwerb des Abiturs entscheiden. Aber es kann erstens auch niemand sagen, ob und in wie vielen Fällen diese Gefahr in der Praxis wirklich besteht, ob sie im Übrigen an Sozialhilfeempfänger oder Hartz-IV-Empfänger zu binden wäre, weil es viele Menschen gibt, die durch reguläre Arbeitsverhältnisse nicht sehr viel mehr Geld verdienen als die Gruppe der Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger, sodass auch die Gruppe sehr schwer zu definieren ist. Auch die Kreise und die kreisfreien Städte können das nicht sagen, auf deren Erkenntnisse wir allerdings angewiesen sind und die das Kultusministerium aus diesem Grund befragt hat.

Aber selbst wenn wir über entsprechende Daten verfügten, also wüssten, dass und wie viele Schülerinnen und

Schüler die Sekundarstufe II deshalb nicht besuchen, weil ihre Eltern arbeitslos sind oder wenig verdienen und deshalb die Kosten für die Schülerbeförderung nicht aufbringen können, wäre das Problem zwar beschrieben, aber noch nicht gelöst.

Theoretisch - ich könnte auch sagen, am einfachsten theoretisch - wäre die Lösung denkbar, dass der Landtag das Schulgesetz dahin gehend ändert, dass die Kreise und die kreisfreien Städte einer näher zu bestimmenden Personengruppe Zuschüsse künftig gewähren müssen, statt es wie bisher nur zu können. Das hätte zur Folge, dass die Kreise und die kreisfreien Städte die Kosten für eine solche Aufgabenübertragung vom Land einfordern könnten und auch erstattet bekommen müssten. Das will ich hier nicht weiter erörtern, zumal die Linkspartei.PDS selbst einen solchen Weg gar nicht vorschlägt, sondern ihrem Antrag ausdrücklich die derzeitige Rechtslage zugrunde legt.

Dann aber ist fraglich, wohin Ihr erster Vorschlag, nämlich die Vereinbarung zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden, genau führen soll. Was soll dort vereinbart werden? Eine zusätzliche freiwillige Aufgabe des Landes oder der Kreise oder beider?

Was die so genannten freiwilligen Leistungen der Kommunen betrifft, habe ich bereits berichtet, dass einige der kommunalen Aufgabenträger im Sinne Ihres Antrages verfahren, andere für sich diese Möglichkeit nicht sehen. Das ist aus der Sicht der Betroffenen natürlich oft schwer vermittelbar; aber berechtigt das die Landesregierung dazu, in die Gestaltungsfreiheit der Kommunen einzugreifen?

Der zweite Vorschlag, der auf eine Bundesratsinitiative zielt, ist offensichtlich ebenfalls von den bisherigen Beratungen im Ausschuss inspiriert. Im Ansatz halte ich das Anliegen auch insofern für einsichtig, als kaum zu verstehen ist, warum ein Sozialhilfeempfänger einen Antrag auf Beförderungszuschuss stellen kann, ein finanziell gleichgestellter Hartz-IV-Empfänger dagegen nicht. Das leuchtet wirklich nicht ein.

Wie gesagt, darüber wurde im Ausschuss diskutiert und die Landesregierung hat die vereinbarte Prüfung vorgenommen. Über das Ergebnis dieser Prüfung sollte dem Ausschuss in der nächsten Sitzung, glaube ich, berichtet werden.

Ohne diesen Ausführungen im Detail vorgreifen zu wollen, kann ich Ihnen schon sagen, dass die Landesregierung eine solche Initiative zurzeit für wenig aussichtsreich, aber auch nicht für zielführend hält. Ausschlaggebend dabei war, dass selbst eine erfolgreiche Bundesratsinitiative allenfalls zu dem Ergebnis führen könnte, dass auch Hartz-IV-Empfänger antragsberechtigt würden.

Zu weiteren Vorschlägen dürfte der Bund vorbringen, dass alle anderen Personenkreise, die in dem Antrag benannt werden, durch die neue Bundesgesetzgebung nicht schlechter als bisher gestellt seien, was auch stimmt.

Wenn nun aber ausschließlich herauskäme, dass auch Hartz-IV-Empfänger einen Zuschuss beantragen können, dann müssten die Kreise und die kreisfreien Städte über einen solchen Antrag entscheiden. Gewährten sie den Zuschuss, so geschähe das auf ihre Kosten, gewährten sie ihn nicht, hätten sie die fällige Kritik auszuhalten. In dem einen wie in dem anderen Fall müsste

sich das Land vorhalten lassen, sich mit seiner Initiative letztlich nur zulasten eines Dritten profiliert zu haben. Das heißt, die Sache hat sich dann einmal herumgedreht und ist wieder dort angekommen, wo wir im Moment stehen.

Eines macht dieser Antrag noch deutlicher als der Vorgängerantrag: Sein Inhalt betrifft keineswegs nur die Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft. Ein solcher Eindruck könnte nur entstehen, wenn man sich ausschließlich davon leiten ließe, dass es um Schülerinnen und Schüler geht. Das stimmt natürlich. Aber schon die Frage der Schülerbeförderung ist nicht nur Sache des Schulgesetzes und sie hat auch dort eigentlich nur so eine Art Platzhalterfunktion. Die Vorschläge, die der Antrag macht, berühren ebenso die Ausschüsse für Inneres, für Arbeit, für Soziales und für Finanzen.

Auch deshalb kann ich mir kaum vorstellen, dass sich der Landtag jetzt zu einem Direktbeschluss verstehen könnte. Ich empfehle deshalb die Überweisung - jetzt muss ich sagen - auch dieses Antrages in einen geeigneten parlamentarischen Ausschuss oder in mehrere. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Wir treten jetzt in eine Fünfminutendebatte ein. Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Brakebusch. Bitte sehr, Frau Brakebusch.

Frau Brakebusch (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Erstmalig wird eine Debatte zu einem Tagesordnungspunkt geführt, der bereits aus dem Plenum heraus zur Beratung in einen Fachausschuss - in diesem Fall in den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft - überwiesen wurde. Ob das der zuständige Ausschuss ist, darüber kann man sich trefflich streiten, denn meiner Meinung nach tangiert dieser Punkt noch weitere Ausschüsse.

Es handelt sich um einen Debattengegenstand, der in sehr ähnlicher Form schon einmal als Antrag in das Plenum eingebracht wurde und nun, wie bereits von mir erwähnt, dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft zur Diskussion und Beratung vorliegt. Dies legt den Verdacht nahe, dass es Ihnen von der Linkspartei.PDS gar nicht so sehr um die Befassung mit diesem Gegenstand im Ausschuss geht, der bekanntlich nichtöffentlich tagt, sondern vielmehr um eine öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung im Plenum.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Wolpert, FDP - Widerspruch bei der Linkspartei.PDS)

Das ist zwar legitim und vielleicht sogar ein wenig verständlich in Anbetracht dessen, dass die Wahlen vor der Tür stehen. Dennoch ist dies ein ungewöhnlicher Schritt und er stellt nach Meinung meiner Fraktion ein Novum dar. Hierbei wird nach meinem Empfinden die Grenze zum Populismus überschritten.

Eigentlich haben Sie Ihre Chance zur Darstellung im Plenum schon gehabt, als Sie bereits im September des vergangenen Jahres einen vergleichbaren Antrag in den Landtag eingebracht haben. Damals stimmten auch Sie, meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, ei-

ner Überweisung in den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft zu.

(Herr Tullner, CDU: Genau so war's!)

Wie bereits erwähnt, hätte die Beratung in weiteren Ausschüssen erfolgen können oder müssen, aber in Anbetracht dessen, dass die Beratungen im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft kurz vor dem Abschluss stehen, macht es keinen Sinn mehr, eine Überweisung in andere Ausschüsse zu beantragen.

Ich möchte meine inhaltlichen Ausführungen zum Thema deshalb sehr kurz halten, weil ich der Auffassung bin, dass die Beratungen im Fachausschuss Priorität haben und dass man seitens des Plenums nicht eingreifen sollte, bevor diese Beratungen abgeschlossen sind.

Auf den ersten Blick erscheint der Antrag sinnvoll und zielführend, um die besagten Personengruppen von den Kosten der Schülerbeförderung zu entlasten. Bei genauerer Betrachtung muss jedoch festgestellt werden, dass eine Änderung des Schulgesetzes mit einer Verpflichtung der kommunalen Aufgabenträger, Kosten der Schülerbeförderung auch für die bisher nicht erfassten Personengruppen ganz oder teilweise zu übernehmen, auf deren Seite sicherlich zu einer erheblichen Kostensteigerung führen würde.

Das ist aber alles hypothetisch, da nach bisherigem Erkenntnisstand die Anzahl der eventuell Betroffenen nicht eindeutig auszumachen ist. Rechtlich wäre es zwar möglich - denn gemäß Artikel 87 Abs. 3 der Landesverfassung können den Kommunen per Gesetz Pflichtaufgaben zur Erfüllung in eigener Verantwortung übertragen werden -, doch würde dies gleichzeitig eine Mehrbelastung des Landeshaushaltes bedeuten. Es wäre dann für die entstehende Mehrbelastung durch das Land ein angemessener Ausgleich zu schaffen.

Ich vermag angesichts der angespannten Haushaltslage des Landes nicht zu erkennen, dass sich das Land hierzu bereit erklären würde oder könnte. So hat es auch die Landesregierung in ihrer bisherigen Berichterstattung an den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft dargestellt.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Das Ministerium hat bereits in seiner Berichterstattung im Ausschuss darauf abgehoben, dass eine Verengung des betroffenen Personenkreises auf Hartz-IV-Empfänger zu kurz greift. Ich möchte einer weiteren Diskussion im Ausschuss jedoch nicht vorgehen, sondern bitte Sie, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, der Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Brakebusch. - Für die SPD-Fraktion spricht nun die Abgeordnete Frau Mittendorf. Bitte sehr, Frau Mittendorf.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen meiner Vorredner und Vorrednerinnen macht sich bei mir - das muss ich sagen - Ärger breit, und zwar deshalb, weil wir gerade vor dem Hintergrund der gestern geführten Debatte über Bildungspolitik in diesem Lande und darüber, dass Bildung in dieser Gesellschaft eher ungerecht als gerecht verteilt ist, eine

Diskussion führen, die logischerweise zwei Ansätze hat, nämlich den bildungspolitischen und natürlich auch einen finanzpolitischen Ansatz.

Aber ich finde, vor dem Hintergrund dessen, was wir gerade gestern diskutiert haben bzw. was uns in den letzten Jahren an Erkenntnissen über die Dinge vorgebracht worden ist, die mit Bildung in Deutschland, ganz besonders in Sachsen-Anhalt zu tun haben, muss man sich einfach dazu durchringen, den bildungspolitischen Ansatz vernünftig zu Ende zu bringen.

Ich habe gar nichts dagegen, dass man dann über die Finanzen redet. Das ist notwendig, weil man schlecht über das Geld anderer Leute bestimmen kann. Aber vor dem Hintergrund der Tatsache, wie das mit diesen Anträgen gelaufen ist, denke ich schon, dass der Schwerpunkt der Debatte bei der Bildungspolitik liegen sollte.

Es ist in der Tat ungewöhnlich, dass aus Anträgen heraus, die noch im Ausschuss behandelt werden, ein neuer Antrag entwickelt wird, der hier zur Abstimmung gestellt wird. Das ist ungewöhnlich, aber nicht unmöglich, weil man, wenn man aus der Diskussion im Ausschuss Erkenntnisse gewinnt und meint, das Ganze zu qualifizieren, das tun kann. Ich denke, es ist in der Tat in Ordnung.

Wir werden diesen Antrag in der Sache unterstützen, wohl wissend, dass wir, wenn wir ihn in den Ausschuss überweisen würden, ein größeres Problem bekämen, als wenn wir über den Antrag abstimmen würden, und zwar aus dem folgenden Grund: Sie wissen selbst, dass die Frist, in der wir in diesem Landtag zu Entscheidungen kommen müssen, nur noch sehr kurz ist.

Wenn wir - ich glaube, darum geht es der Antragstellerin - ein eindeutiges politisches Signal senden wollen, nämlich dass wir die Bildung und die Ansprüche an die Bildung ernst nehmen, dass wir die Kritik ernst nehmen, die wir bezüglich unseres Bildungssystems und der sozialen Aussonderung in diesem System erfahren, müssen wir einem solchen Antrag zustimmen.

Dieser Antrag fordert dazu auf, Vorschläge zu entwickeln und initiativ zu werden. Das heißt noch lange nicht, dass alle Vorschläge, die unterbreitet werden, letztendlich auch in die Tat umsetzbar sind. Es ist ein umfangreicher und komplexer Prüfauftrag.

Ich denke, diesen Auftrag sollte man der Landesregierung heute geben; denn sie soll auch die Chance haben, ihren eigenen Worten gerecht zu werden, wenn sie sagt: Bildung in Deutschland ist vom Prinzip für alle erreichbar.

Wir haben - möglicherweise nehmen wir das unterschiedlich wahr - tatsächlich die Situation, dass Kinder aus sozial schwächeren oder aus einkommensärmeren Schichten erheblich seltener Zugang zu Bildung haben, weil sie schon durch das Schulsystem „ausgesondert“ werden. Durch die unterschiedlichen Regelungen bezüglich des Zugangs zu weiterführenden Schulen wird diese Aussonderung noch einmal verstärkt.

In diesem Sinne wird die SPD-Fraktion einer Überweisung nicht zustimmen, sondern sie fordert die direkte Abstimmung über den Antrag. Es geht hier um Goodwill und um ein ehrliches Bekenntnis dazu, wie wichtig Bildung uns für alle Kinder aus allen Schichten der Bevölkerung ist. - Vielen Dank.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Abgeordnete, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Herrn Scharf zu beantworten?

Frau Mittendorf (SPD):

Nein, dazu bin ich nicht bereit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Oh! bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Danke sehr, Frau Mittendorf. - Meine Damen und Herren! Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Es spricht zu uns in Vertretung von Frau Seifert Herr Scholze. Bitte sehr, Herr Scholze.

Herr Scholze (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der gestrigen Debatte sind Fragen der Bildungspolitik ausführlich erörtert worden. Von allen Debattenrednern ist, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen, zu Recht die Schlüsselrolle von Bildung für die Entwicklung der Persönlichkeit unterstrichen worden. Von allen ist ausgeführt worden, dass die Chancengleichheit als eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Bildungskarriere des Einzelnen anzusehen ist. Im Grunde sind wir uns alle darüber einig, dass die finanzielle Situation der Eltern nicht entscheidend dafür sein darf, welcher Bildungsweg von einem Kind eingeschlagen wird.

Meine Damen und Herren! Mit der Problematik der Kosten für die Schülerbeförderung für Kinder aus Familien, deren Eltern Leistungsempfänger nach dem SGB II sind und bei denen die Übernahme der Schülerbeförderungskosten nicht durch die Regelung in § 71 Abs. 2 des Schulgesetzes gedeckt ist, befasst sich der Landtag nicht zum ersten Mal.

Auf der Grundlage des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS vom 31. August 2005 bzw. des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen vom 9. September 2005 hat sich der Bildungsausschuss mit dieser Problematik ausführlich befasst. Es ist unter anderem deutlich geworden, dass es richtig war, die Problemlage fundiert zu analysieren und zu prüfen, welcher Personenkreis betroffen sein kann.

Festzustellen ist, dass es in Einzelfällen dazu kommt, dass Kinder von SGB-II-Empfängern oder von Sozialhilfeempfängern, aber auch aus Familien mit einem geringen Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit möglicherweise an einer chancengerechten Bildungsbeteiligung gehindert sein könnten. Das kann auch auf Jugendliche zutreffen, die bereits selbstständig sind und außerhalb des Elternhauses wohnen, aber ohne eigenes Einkommen sind, zum Beispiel Jugendliche, die als Berufsfachschüler eine Ausbildung wahrnehmen.

Das Kultusministerium hat eine Übersicht erarbeitet und vorgestellt, die die Problemlage nach Landkreisen getrennt aufzeigt. Aufschluss darüber, ob und wie viele Fälle es gibt, die den Abbruch des weiteren Schulbesuchs zur Folge haben, konnte die Abfrage bei den kommunalen Trägern der Schülerbeförderung nicht geben.

Aus meiner Sicht ist die Problematik dennoch weiter zu verfolgen. Deshalb wollen wir im Interesse der Betroffenen klären, ob und welche Möglichkeiten bestehen, grundsätzlich eine Lösung herbeizuführen.

Deshalb empfehlen auch wir, diesen Antrag in den Bildungsausschuss zu überweisen und dort über die Problematik, wie bereits angedeutet, weiter zu diskutieren und mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Lösungsmöglichkeiten hinzuarbeiten. Im Namen der FDP-Fraktion empfehle ich daher die Überweisung in den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Scholze. - Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat noch einmal Frau Dr. Hein das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Hein.

Frau Dr. Hein (Linkspartei.PDS):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin schon einmal versucht zu erklären, warum wir zu dem Mittel gegriffen haben - zu dem Sie uns übrigens ermutigt haben -, noch einmal einen Antrag zu stellen. Das hat einfach damit zu tun, dass wir am 25. Januar 2006, also in der kommenden Woche, eine Ausschusssitzung haben, die letzte, in der der Ausschuss vor der letzten Landtagssitzung noch etwas beschließen kann; und das Thema steht nicht auf der Tagesordnung.

Wir haben unsere Angebote gemacht, eine von Ihnen geänderte Beschlussempfehlung lag im Ausschuss nicht vor. Ich sehe auch heute nicht, dass Sie irgendetwas in dieser Richtung einzubringen haben. Deshalb frage ich mich schon, was eine Ausschussüberweisung bringen soll, wenn Sie das Problem offensichtlich nicht lösen wollen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Herr Tullner; CDU: Wer sagt denn das? - Frau Feußner, CDU: Das stimmt nicht!)

Zu dem Minister muss ich sagen: Sie erklärten heute genau genommen das Gleiche, was Sie schon im September erklärt haben.

Wie gesagt, unser Antrag kam im September, nicht im Oktober, November, Dezember, sondern im September. Wir haben ihn deshalb vorgelegt, weil uns im Sommer aufgegangen ist - das ist auch schon reichlich spät gewesen -, dass sich mit der Einführung des ALG II - deshalb hat sich der Antrag zunächst nur auf diese Gruppe bezogen - eine große Anzahl von Betroffenen in einer Situation befindet, in der sie sich vorher eben nicht befunden hat. Das ist vom Bundesgesetzgeber nicht bedacht worden. Diesem Problem kann der Landesgesetzgeber nicht in gleicher Weise gegensteuern.

Deshalb haben wir den Antrag gestellt und deshalb war er nur auf diese Gruppe gerichtet. Wir wussten auch schon damals sehr wohl - Sie haben jetzt auch gesagt, dass es so ist; da haben Sie Recht -, dass es mehr betrifft als nur diese Gruppe.

Herr Minister, ich muss Ihnen sagen: Phantasielosigkeit habe ich Ihnen nie zugetraut, aber das, was Sie heute gesagt haben, was Sie alles mit den kommunalen Spitzenverbänden nicht vereinbaren können, zeugt von ausgesprochenen Phantasielosigkeit.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Im Moment!)

Schauen Sie sich einmal Ihre Vorgänger an. Sie sind solche Wege gegangen; sie haben solche Vereinbarungen

getroffen, die zwar auch nur von begrenzter Existenz waren, aber immerhin war es erst einmal ein Schritt.

Sie sagen, das könnten Sie nicht machen, das sei ein Eingriff. Ich rede nicht von einem Eingriff, sondern von einer Moderation. Vielleicht kann man wenigstens das tun. Denn bei anderen Themen tun Sie es sehr wohl. Ich frage mich schon, warum das ausgerechnet bei diesem Thema nicht geht.

Es geht weiß Gott nicht nur um das Abitur. Das Einkommen von Jugendlichen, die sich in einer Berufsausbildung befinden - in der vollzeitschulischen gibt es sowieso nichts, aber in der dualen -, wird auf die Leistungen, die die Bedarfsgemeinschaft erhält, angerechnet. Sie sind deshalb in der gleichen Lage.

Ich glaube, von Ihnen kann sich kaum noch einer vorstellen, was Familien mit einem solchen Einkommen alles tun müssen, um damit den Monat über zurechtzukommen. Dann sind Schülerbeförderungskosten in Höhe von 140 €, 60 € oder 90 € im Monat ein Päckchen, den man nicht schultern kann.

Es ist schon sehr bedenklich, wenn Bildungskarrieren offensichtlich danach ausgerichtet werden, was an Finanzen im Haushalt zur Verfügung steht. Auch das ist eine mögliche Ursache, warum wir von den Problemen nichts erfahren.

(Zuruf von der FDP: Das ist Populismus!)

- Ich komme schon zu dem Wort Populismus, meine Damen und Herren. - Sie hätten uns echt den Schneid abkaufen können und ich hätte damit überhaupt kein Problem gehabt. Aber genau das haben Sie nicht getan.

Was meinen Sie denn, wenn Sie uns eine solche Steilvorlage geben, was wir in den nächsten Tagen und Wochen mit dieser Problematik tun werden? - Stimmen Sie diesem Antrag zu oder lehnen Sie ihn ab oder verschieben Sie ihn in den Ausschuss, um ihn zu beerdigen - dies alles gibt ein deutliches Bild von Ihrem Sozialverständnis. Das werden wir selbstverständlich im Wahlkampf benutzen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Herr Tullner, CDU: Unglaublich! Unerhört!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Hein. - Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte beendet. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/2568. Beantragt wurde eine Überweisung in den Ausschuss für Bildung und Wissenschaft. Damit müssen wir zunächst über die Ausschussüberweisung abstimmen.

Wer also einer Überweisung in diesen Ausschuss die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der CDU- und bei der FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Bei der Fraktion der Linkspartei.PDS und bei der SPD-Fraktion. Damit ist die Überweisung mehrheitlich angenommen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt 18 erledigt, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren! Wir haben etwas mehr als eine Stunde Verzug. Ich hoffe, in Ihrem Interesse zu handeln, wenn wir dennoch keine Mittagspause machen, sondern zügig in der Debatte fortfahren.

Damit treten wir ein in die Behandlung des **Tagesordnungspunktes 19:**

Beratung

Entsorgungsnotstand für gewerbliche Abfälle durch Zwischenlager verhindern

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2571**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2580**

Einbringer für die SPD-Fraktion ist der Abgeordnete Herr Sachse. Bitte sehr, Herr Sachse.

Herr Sachse (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die SPD-Fraktion hat in den letzten Tagen eine Recherche, eine Zustandsbetrachtung zu der Entsorgung gewerblicher Abfälle durchgeführt, also Abfälle, die nach dem Gesetz vorzubehandeln sind wie produktionsspezifische Abfälle, haushaltsähnliche Abfälle. Zu unserem Erstaunen ist aus dieser Zustandsbetrachtung eine Notstandsbedeutung geworden, auf die wir mit unserem Antrag im Parlament aufmerksam machen wollen.

Für die Entsorgung von Siedlungsabfall sind die Landkreise als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zuständig. Hierzu können wir festhalten, dass die vor Jahren aufgestellten Prognosen hinsichtlich der anfallenden Abfallmengen ein sehr realistisches Bild widerspiegeln und kein Problem darstellen. Für die gewerblichen Abfälle hingegen tragen die Unternehmen selbst die Verantwortung; lediglich im Falle einer Insolvenz liegt die Zuständigkeit im Rahmen der Gefahrenabwehr und der Wahrnehmung der Aufgabe der Daseinsvorsorge bei den Landkreisen und den kreisfreien Städten. Die Aufgabe des Landes besteht darin, die Kommunalaufsicht auszuüben und die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger durch entsprechende Fachplanungen, Finanzierungen und Prognosen zu unterstützen.

Für gewerbliche Abfälle sind langfristig verlässliche Prognosen sehr viel schwerer als für Siedlungsabfälle aufzustellen. Ein Blick in die Abfallwirtschaft des Jahres 2003 offenbart - wobei man hinzufügen muss: eine aktuellere liegt zum jetzigen Zeitpunkt wegen des schwierigeren Erhebungsverfahrens nicht vor -, dass sich die Abfallmenge im Jahr 2003 gegenüber dem Jahr 1999 fast verdoppelt hat.

Waren es im Jahr 1999 noch ca. 700 000 t, so sind es im Jahr 2003 bereits über 1,1 Millionen t erzeugter Abfallmenge in Sachsen-Anhalt. Aktuell betragen die aufgelaufenen, mangels Behandlungskapazität nicht behandelbaren Abfälle allein im südlichen Sachsen-Anhalt ca. 140 000 t. Ich denke, diese Entwicklung konnte in dieser Form nicht vorhergesehen werden und darauf muss reagiert werden.

Die Kalkulation gewerblicher Abfälle gestaltet sich ebenfalls sehr schwierig. Es gibt kaum konkrete langfristige Verträge. Für die Unternehmen ist das auch nicht ratsam, da die Abfallmenge zwangsläufig von der Auftragslage abhängt. Verbindliche Liefermengen würden bei einer Auftragsflaute durch hohe Fixkosten erheblich belastend wirken.

In den vergangenen Jahren haben wir immer davon gesprochen, dass uns nicht das Gleiche wie im Abwasserbereich passieren sollte. Wir waren besorgt, dass Überkapazitäten entstehen könnten, die mangels Auslastung zu hohen Kosten für die Verbraucher führen.

Heute nun stehen unsere Unternehmen vor dem Problem, dass im mitteldeutschen Raum nicht genügend Kapazitäten vorhanden sind, um die anfallende Menge an gewerblichen Abfällen zu behandeln. Heute sind die Lagerkapazitäten der mittelständischen Wirtschaft in Sachsen-Anhalt weitgehend ausgeschöpft und den Unternehmen droht ein Entsorgungsnotstand.

Wir müssen uns stärker als früher auch die Frage stellen: Welche Rolle spielen die großen Entsorgungsunternehmen? - Fest steht: Wir haben hinsichtlich der Behandlung von Restmüll Monopolstrukturen in Deutschland. Die Errichtung neuer Verbrennungskapazitäten ist von heute auf morgen nicht zu machen und zudem sehr kostenaufwendig. Weitere Müllverbrennungsanlagen befinden sich erst in der Planung und werden kurzfristig nicht zur Verfügung stehen.

(Ministerin Frau Wernicke: Die bauen schon!)

Meine Damen und Herren! Unterkapazitäten schlagen aber auch auf den Preis durch. Eine hohe Nachfrage führt bei geringem Angebot und einem Mangel an Ersatz- oder Übergangslösungen zu einer verzerrten Wettbewerbssituation und damit zu erheblichen Preissteigerungen.

Ich betone: Das betrifft nicht die vertraglich gebundene Beseitigung von Siedlungsabfällen in den Landkreisen. Die thermische Behandlung von Abfällen ist normalerweise für 70 bis 110 € je Tonne realisierbar. Die für die Anlagenbetreiber vorzügliche Engpassituation führt bereits jetzt dazu, dass Preise von 200 € und mehr je Tonne für die Verbrennung verlangt werden.

Diese Erhöhung des Entsorgungspreises auf nahezu das Doppelte bringt natürlich auch die Kalkulation der Bauherren und der Unternehmen durcheinander und kann zu erheblichen Kostensteigerungen bei Bauvorhaben und eventuell auch zu Unternehmensgefährdungen führen. Vom Mülltourismus möchte ich an dieser Stelle gar nicht sprechen.

Ich denke, die Landesregierung tut gut daran, diese oligopol Stellung der Entsorgungswirtschaft aufzubrechen und im Interesse unserer Unternehmen und der Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt bis zur Inbetriebnahme der geplanten Müllbehandlungsanlagen durch eine schnelle und unbürokratische Genehmigung von Zwischenlagern einen Puffer einzubauen. Ein Unterlaufen der Abfallablagereverordnung kann durch klare zeitliche Begrenzungen verhindert werden.

Es sollte klar sein, dass bereits vorhandene Deponien dafür vorrangig genutzt werden sollten, da dafür die erforderliche Infrastruktur und Logistik vorhanden sind und hier auch die Genehmigungsfragen reduziert sind. Ob also eine Kompostieranlage, wie zum Beispiel durch den Zweckverband Nordharz vorgesehen, dazu geeignet ist, ein Zwischenlager für Abfälle zu sein, sollte kritisch hinterfragt werden, zumal die Deponiekapazitäten noch vorhanden sind. Wie gesagt, nur als Zwischenlager, das heißt nur als zeitlich begrenzte Maßnahme - schnell und unbürokratisch realisierbar.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie abschließend mit der Aussage eines Vorstandsmitglieds der Berliner Stadtreinigung konfrontieren, unserer ehemaligen Staatssekretärin Frau Gäde-Butzlaff: Sie äußerte gegenüber einem fachspezifischen Nachrichtendienst, sie sei erstaunt über Äußerungen aus der Politik, wie gut in der Abfallwirtschaft alles laufe. Es sei wohl so, dass man

sich die Zwischenlager herbeiträume, so fügte sie mit ironischem Unterton hinzu.

Meine Damen und Herren, hören wir auf zu träumen. Probleme müssen gelöst werden. Eine schnelle und pragmatische Lösung zur Errichtung von Zwischenlagern wäre zwar keine Investitionserleichterung, aber eine Investitionssicherung für Unternehmen und Bauvorhaben. - Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Ebenfalls vielen Dank, Herr Abgeordneter Sachse. - Meine Damen und Herren! Bevor wir in die Debatte eintreten, hat für die Landesregierung Frau Ministerin Wernicke um das Wort gebeten. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Frau Wernicke, Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Sachse, ich will gleich einmal auf das Zitat der ehemaligen Staatssekretärin Frau Gäde-Butzlaff eingehen. Bisher träumt allein die SPD von einer schnellen Regelung in Sachen Zwischenlager. Sie haben eben vor den Träumereien gewarnt. Die Einzigen, die sagen, schnell und unbürokratisch Zwischenlager einrichten, sind bisher Sie.

Ich habe Frau Gäde-Butzlaff anders verstanden. Ich glaube, dass Sie davor gewarnt hat, so unbürokratisch wie möglich von Zwischenlagern zu träumen. Das ist auch gut so, wenn sie das in diesem Sinne gemeint hat.

(Zuruf von Herrn Sachse, SPD)

Aber lassen Sie mich einiges grundsätzlich zur Abfallwirtschaft sagen. Es klang eben schon an, dass die Abfallwirtschaft in den vergangenen Jahren doch Erhebliches geleistet hat. Sie hat im vergangenen Jahr einen lang erwarteten Schritt nach vorn gemacht. Die Deponierung nicht verwerteter Abfälle ist ohne eine ausreichende Vorbehandlung nicht mehr möglich. Die Deponie als potenzielle Altlast von morgen ist ein Auslaufmodell.

Um dies zu erreichen, wurden in Sachsen-Anhalt hochmoderne Entsorgungsstrukturen aufgebaut. Private Investoren haben sich im Rahmen des Standortwettbewerbs für den Standort Sachsen-Anhalt entschieden, um Entsorgungskapazitäten, vor allem Müllverbrennungsanlagen, in erheblichem Umfang zu errichten.

Die Vorteile dieser Ansiedlungen für Sachsen-Anhalt und insbesondere für die Standortregionen liegen auf der Hand. Es wird zusätzliche Wertschöpfung erzielt. Arbeitsplätze werden gesichert und es werden längerfristig höhere Steuereinnahmen realisiert. Für ansässige Handwerks- und Zulieferbetriebe gibt es langfristige Verträge für Serviceleistungen. Während der Bauphase sind Aufträge vorrangig an regionale Firmen vergeben worden. Des Weiteren sind bessere Ansiedlungsbedingungen für Gewerbe und Industrie durch Entsorgungssicherheit geschaffen worden. Die Versorgung mit Energie und die Belebung der Infrastruktur sind weitere Vorteile.

Diese Entwicklung war seit dem In-Kraft-Treten der TA Siedlungsabfall vor über zwölf Jahren abzusehen. Spätestens seit der Ablagerungsverordnung aus dem Jahr 2001 wissen wir, dass sie unumkehrbar ist.

Wenn wir uns jetzt über damit zusammenhängende Entsorgungsprobleme für Gewerbeabfälle unterhalten, dann können wir zu kurze Übergangsfristen, um sich auf diese Situation einzustellen, wahrlich ausschließen. Zwölf Jahre seit dem In-Kraft-Treten der TA Siedlungsabfall ist schon ein ausreichender Zeitraum, in dem man sich darauf einstellen konnte. Die öffentlichen Entsorgungsträger, die Kommunen haben sich dieser Situation auch gestellt.

Für die Beteiligten standen und stehen heute für die Sicherstellung der Abfallentsorgung mit Einschränkungen prinzipiell drei Möglichkeiten offen:

Erstens die vertragliche Bindung von Entsorgungskapazitäten, so wie dies die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bevorzugt haben. Diese Variante bietet ein hohes Maß an Planungssicherheit sowohl für den Abfallerzeuger als auch für den Entsorger. Wir haben in der Vergangenheit auch deshalb für diese Lösung plädiert, weil ein Mindestmaß an Investitionssicherheit nötig ist, damit ausreichende Kapazitäten überhaupt entstehen. Der Nachteil der Lösung für den Abfallerzeuger ist, dass er an die Verträge gebunden ist und möglicherweise während der Laufzeit sinkende Preise nicht nutzen bzw. auf das schwankende Aufkommen schlechter reagieren kann.

Die zweite Möglichkeit ist, selbst Lösungen zu finden. Zum Beispiel können eigene Entsorgungskapazitäten geschaffen werden, oder die Getrennthaltung und Sortierung von Wertstoffen könnte intensiviert werden. Gegen diese Lösung ist prinzipiell nichts einzuwenden.

Die dritte Möglichkeit besteht darin, zunächst nichts zu tun und darauf zu hoffen, dass sich der Markt aus Erzeugersicht günstig entwickelt. Das ist eine Hoffnung, die aber den meisten Prognosen widerspricht. Wenn ich sage „den meisten Prognosen“, dann meine ich auch die vereinzelt Stimmen aus der SPD, die vor nicht allzu langer Zeit massive Überkapazitäten prophezeit und die Gefahr beschworen haben, dass es uns ähnlich gehen werde wie im Abwasserbereich.

Inzwischen sehen wir, dass für die Marktteilnehmer, die auf die dritte Möglichkeit gesetzt haben, eben nichts zu tun und zu hoffen, genau die Risiken eingetreten sind, die die meisten Prognosen für Deutschland tendenziell erwartet haben: Eine große Nachfrage vertraglich nicht rechtzeitig gebundener Abfälle trifft auf knappe Entsorgungskapazitäten.

Die Entsorgungssituation stellt sich in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit Berlin oder manch anderem Bundesland viel besser dar. Aber die Entwicklung geht auch an Sachsen-Anhalt nicht spurlos vorüber, auch wenn in den letzten Jahren gerade in unserem Land enorme Investitionen in den Bau neuer Entsorgungsanlagen geflossen sind, und das übrigens ohne staatliche Vorgaben, ohne Fördermittel und ohne Subventionen des Landes. Das Risiko liegt also bei den Betreibern der Entsorgungsanlagen selbst.

Mit den drei Müllverbrennungsanlagen in Magdeburg-Rothensee, in Leuna und in Zorbau sowie weiteren mechanischen und mechanisch-biologischen Behandlungsanlagen steht schon jetzt eine Behandlungskapazität von etwa 960 000 t zur Verfügung, nicht eingerechnet die industriellen Mitverbrennungskapazitäten. Das Aufkommen an überlassenen Abfällen wird für das Jahr 2006 im Durchschnitt aber nur auf 779 000 t prognostiziert. - So weit zu den Überkapazitäten.

Wenn wir heute trotz dieser Zahlen von einer Kapazitätslücke in Sachsen-Anhalt sprechen, dann liegt das daran, dass öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger aus anderen Bundesländern die Chance genutzt haben, diese vorhandenen Kapazitäten vertraglich zu binden. Die Möglichkeit hätte auch anderen Marktteilnehmern offen gestanden, wenn ich an den so genannten Notstand beim Gewerbemüll denke.

Der Markt wird die aktuelle Lücke mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten zwei bis drei Jahren schließen. Allein mit den Erweiterungen in Magdeburg-Rothensee und Leuna, die im Übrigen schon im Bau und nicht erst in der Planung sind, Herr Sachse, wird dann eine zusätzliche Behandlungskapazität von etwa 500 000 t zur Verfügung stehen. Vielleicht kommen in Staßfurt oder auch in Lochau - die Entscheidungen treffen natürlich die Investoren selbst - weitere Anlagen hinzu.

Bis dahin sind - das muss man nun eingestehen - Übergangslösungen erforderlich. Man kann Kritik üben, dass die Kapazitäten nicht vertraglich gebunden sind. Aber die Situation ist so, wie sie ist. Aber sie ist nicht erst erkannt worden, nachdem die SPD das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat; das Ministerium hat vielmehr schon seit mehreren Wochen Gespräche mit der gewerblichen Wirtschaft und mit der Entsorgungswirtschaft geführt.

Wenngleich die jetzt Betroffenen im Vorfeld die gegebenen Chancen nicht immer in dem gebotenen Umfang genutzt haben, ist die Landesregierung an einer sachgerechten Lösung der Entsorgungsprobleme interessiert und bereit, die Entsorgungswirtschaft bei der Lösung im Rahmen des rechtlich Zulässigen zu unterstützen. Ich gehe davon aus, dass Sie unter unbürokratischen Lösungen nicht ein Abweichen von rechtlichen Vorgaben verstehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion! Gerade Herr Oleikiewitz, der heute seinen Geburtstag feiert, hat gestern im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag zum Nationalparkgesetz sehr emotional für den Schutz der Natur votiert. Ich denke, das gilt für Deponien und deren Hinterlassenschaften genauso wie für den Naturschutz im Harz. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, der Umweltschutz ist auch bei der Diskussion über Zwischenlager zu beachten.

Es ist, wie gesagt, festzustellen, dass die schon vor Monaten begonnenen Gespräche mit Vertretern der mittelständischen Entsorgungswirtschaft die Ergebnisse erforderlicher Verwaltungsverfahren, insbesondere von Genehmigungsverfahren für Zwischenlager nicht vorwegnehmen können. Für die Landesregierung von besonderem Interesse ist, dass mögliche Alternativen zur Zwischenlagerung, wie die ordnungsgemäße, also im Einklang mit dem geltenden Recht stehende Entsorgung außerhalb Sachsen-Anhalts oder die Erhöhung der Sortierquoten, zunächst vollständig ausgeschöpft werden.

Eine Zwischenlagerung kommt nur für Abfälle in Betracht, für die nachprüfbar die vorgesehenen Entsorgungswege in einem begrenzten Zeitraum nicht realisierbar sind. Im Genehmigungsverfahren wären genaue und belastbare Angaben zur erforderlichen Lagerkapazität, zur Dauer der Lagerung und zur Entsorgungssicherheit nach der Lagerung sowie zur Art und Qualität der Abfälle zu machen.

Von Bedeutung sind ferner Verträge und die Regelung von angemessenen, aber flexiblen Sicherheitsleistun-

gen. Das ist ganz besonders wichtig; nicht dass die öffentliche Hand letztlich das wieder beseitigen muss, was wir vorher nicht ausreichend beachtet oder geprüft haben.

Von der Qualität der Antragsunterlagen werden die Dauer des Verfahrens und die Regelungstiefe der Bescheide wesentlich abhängen. Das kann natürlich schneller als in zwei bis drei Jahren gehen, wie Herr Oleikiewitz in der „Mitteldeutschen Zeitung“ verkündet hat. Das muss nicht drei Jahre dauern. Wir bemühen uns, die Genehmigungsverfahren möglichst zügig durchzuführen.

Die Landesregierung hält die Fortsetzung dieses eingeschlagenen Lösungsweges für zielführend. Ich bitte deshalb darum, den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP zu unterstützen. Der Antrag der SPD-Fraktion zielt zwar inhaltlich in eine ähnliche Richtung; ich halte ihn aber für missverständlich, weil er den Anschein erweckt, dass man so einfach, ad hoc, pragmatische Lösungen für auftretende Probleme finden könnte.

Das Suchen nach pragmatischen Lösungen gehört zum Tagesgeschäft. Dazu brauche ich keine Aufforderung aus dem Parlament. Die Formulierung könnte mit der Erwartung verknüpft sein, dass man Zwischenlager an den rechtlichen Vorgaben vorbei errichten könne. Ich hoffe, dass das nicht in Ihrem Sinne ist, Herr Sachse; denn derartigen Vorhaben muss aus Gründen des Umweltschutzes konsequent entgegengetreten werden.

(Zuruf von Herrn Sachse, SPD)

Wenn ich so lese, Herr Sachse, dass die SPD den Umweltminister stellen möchte, dann möchten Sie bitte ganz besonders darauf achten; denn ein Zurück zur ungesicherten Ablagerung von Abfällen darf es im Interesse unserer Kinder und Enkel nicht geben.

Im Interesse der Marktteilnehmer sind solche Vorhaben gründlich zu prüfen - Marktteilnehmer, die sich rechtzeitig und angemessen auf die veränderte Situation vorbereitet haben.

Zum Letzten - auch das habe ich schon gesagt - ist gründlich zu prüfen, welche Lösungen wir finden, um finanzielle Risiken von der öffentlichen Hand abzuwenden. Wir haben so manches Problem schon im Petitionsausschuss beraten, weil beseitigt und nicht verwertet wurde. Letztlich darf nicht die öffentliche Hand die Lasten tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich votiere dafür, dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP zuzustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren! Wir treten jetzt in eine Debatte mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion ein. Die Debatte wird durch die FDP-Fraktion eröffnet. Es spricht zu uns die Abgeordnete Frau Dr. Hüskens. Bitte sehr, Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da die Ministerin alles gesagt hat, gebe ich die Rede mit Ihrer Erlaubnis zu Protokoll.

(Beifall bei allen Fraktionen)

(Zu Protokoll:)

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Der Antrag der SPD-Fraktion ist verständlich, weil die angesprochenen Probleme tatsächlich bestehen. Deshalb hat die FDP-Fraktion zu diesem Thema ein Expertengespräch in Halle durchgeführt.

Der SPD-Antrag geht leider etwas am wesentlichen Problem vorbei. Es sind nicht zu geringe Kapazitäten, die Probleme am Müllmarkt verursachen, sondern die enorme Marktkonzentration auf wenige Global Player, die dem Mittelstand Preise diktieren können und Ressourcen künstlich knapp halten. Hier gälte es entgegenzuwirken und über Lösungen nachzudenken.

So forderte der bvse eine staatliche Regulierungsbehörde in diesem Bereich - ähnlich wie in anderen staatsnahen Wirtschaftsgebieten. Auch wenn wir keine weitere Bürokratie aufbauen wollen, muss man diese Idee zumindest einmal genauer ansehen. Eine Zwischenlagerlösung als Puffer ist jedenfalls überlegenswert und möglich.

Alle gewerblichen Abfälle, die wie Siedlungsabfall entsorgt werden können, unterliegen den Vorschriften der TA Si, also neben hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen beispielsweise auch teilweise produktionsspezifische Abfälle. Ob im Sinne dieses Antrages diese Gewerbeabfälle von Hausmüll unterschieden und entsprechend unterschiedlich behandelt werden können, kann man bezweifeln. Dabei sieht die TA Si durchaus Zwischenlager vor und definiert diese als „Abfallentsorgungsanlagen, in der Abfälle entgegengenommen, gegebenenfalls vorbereitend behandelt, für die weitere Entsorgung zusammengestellt oder gelagert werden, ausgenommen Sammlung und Bereitstellung von Abfällen zur Entsorgung“.

Auch die SPD-Fraktion will sicher nicht erreichen, dass Abfall einfach so unbehandelt auf der Deponie landet, wie dies bisher geschah. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass nach einer Frist tatsächlich eine Entsorgung stattfindet.

Weiterhin muss sichergestellt werden, dass nicht aus Gründen einer Insolvenz die ordnungsgemäße Entsorgung gefährdet ist. Um in diesen Fällen für eine Entsorgung gemäß TA Si und Abfallablagerungsverordnung zu sorgen, wären deshalb Sicherheitsleistungen oder Versicherungen erforderlich, die mindestens den Kosten einer entsprechenden Vorbehandlung des Abfalls entsprechen.

Wirklich entlastet werden können dadurch vermutlich weder die Abfallentsorger noch die Produzenten, da die Entsorger ihre gestiegenen Kosten weitergeben. Es kann jedoch nicht Sinn der Sache sein, dass die öffentliche Hand für die Kosten aufkommt, insbesondere wenn man bedenkt, dass die diesbezüglichen Regelungen der TA Si immerhin seit 1993 bekannt ist.

Doch auch wenn eine alle Seiten zufrieden stellende Lösung bei den Sicherheitsleistungen gefunden wird, stellt sich ein weiteres Problem. Die Zwischenlager bedürfen der Genehmigung. Auch wenn sich das Landesverwaltungsamt alle Mühe gibt, entsprechende Anträge zu bearbeiten, wovon wir selbstverständlich ausgehen, so unterliegen solche Genehmigungsverfahren nun einmal gesetzlichen Vorschriften und Fristen.

Eine kurzfristige Entlastung, so wie sie der SPD-Fraktion offensichtlich vorschwebt, dürfte deshalb kaum erreich-

bar sein. Der SPD-Antrag dürfte daher leider eher dem Wahlkampf geschuldet sein als einem tatsächlichen Interesse an dem Problem.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen herzlichen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Meine Damen und Herren! Die Debatte wird mit dem Beitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS fortgesetzt. Frau Abgeordnete Hunger spricht dazu zu uns. Bitte sehr, Frau Hunger.

Frau Hunger (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz zu Protokoll geben möchte ich meine Rede doch nicht. Dazu ist mir ein Aspekt viel zu wichtig. Ich werde mich dennoch relativ kurz fassen.

In Sachsen-Anhalt hat sich in der Entsorgungswirtschaft einiges getan, nachdem bereits vor einer ganzen Reihe von Jahren durch die Ankündigung der Änderung der TA Si und der Abfallablagerungsverordnung klar war, dass ab dem 1. Juni 2005 eine Ablagerung von Abfällen ohne Vorbehandlung nicht mehr möglich sein würde. Die Errichtung thermischer Behandlungsanlagen erlebte in unserem Land einen Boom, der auch heute noch andauert. Diesen Prozess haben wir sehr kritisch begleitet aus Gründen, auf die ich später noch kommen möchte.

Die Kapazität dieser Anlagen sichert auf alle Fälle die Behandlung des Abfalls aus öffentlich-rechtlicher Hand in Sachsen-Anhalt. Die Landkreise haben die nötigen Verträge abgeschlossen. Gleichzeitig blieb aber noch viel Platz für weitere Mengen wie eben Gewerbemüll. Offensichtlich wurden diese Verträge aber nicht abgeschlossen.

Nun kann man über die Frage spekulieren, warum nicht. Vielleicht, weil man auf sinkende Preise bei nicht ausgelasteten Anlagen hoffte oder auf Ausnahme- und Übergangsregelungen zur Ablagerung. Also wurden diese Kapazitäten mit Abfall aus anderen Bundesländern gefüllt und die Firmen aus Sachsen-Anhalt haben nun das Nachsehen und keine Entsorgungskapazitäten - eine Situation, die sicher unbefriedigend ist, aber aus falschen unternehmerischen Entscheidungen resultiert.

Es ist nahezu unmöglich, aus den Daten der Abfallbilanz und den Angaben des Statistischen Landesamtes, die zudem aus dem Jahr 2003 stammen, schlüssige Angaben über Art und Ausmaß des Müllnotstandes zu gewinnen. Mir scheinen die in der „Mitteldeutschen Zeitung“ angeführten 700 000 t recht viel. Es gibt auch keinen Aufschluss darüber, welche Firmengruppen genau betroffen sind.

Erst wenn diese schlüssigen Angaben vorliegen, kann über eventuell notwendige Maßnahmen entschieden werden, obwohl es nicht Aufgabe der Politik sein kann, solche unternehmerischen Fehlentscheidungen zu reparieren. Einer Berichterstattung der Landesregierung werden wir deshalb zustimmen. Eine Errichtung von Zwischenlagern sehen wir sehr kritisch.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit aber noch auf einen anderen Aspekt dieses Themas lenken. Aus der Abfallbilanz wird deutlich, dass verschiedene Arten von Abfall, zum Beispiel der besonders Überwachungsbedürftige Abfall, immer noch steigende Mengen aufweisen. Herr Sachse sprach in seiner Rede sogar von einer Verdoppelung der Menge bei verschie-

denen Abfallarten. Ich möchte dazu aus dem Abfallgesetz des Landes zitieren. Darin heißt es in § 1:

„Ziel des Gesetzes ist es, im Einklang mit dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz die abfallarme Kreislaufwirtschaft zu fördern und die umweltverträgliche Abfallbeseitigung zu sichern. Dazu gehört insbesondere“

- an erster Stelle! -

„1. die Entstehung von Abfällen in ihrer Menge so gering wie möglich zu halten (Abfallvermeidung),“

- und erst an fünfter Stelle! -

„5. nicht verwertbare oder nicht weiter zu behandelnde Abfälle gemeinwohlverträglich zu beseitigen“.

Dieses Ziel ist offenbar bei sehr vielen aus den Augen geraten. Deshalb muss die derzeitige angespannte Situation noch viel mehr dazu genutzt werden, ernsthaft über weniger Abfall nachzudenken und zum Beispiel den sinkenden spezifischen Materialeinsatz immer wieder anzumahren und vielleicht auch zu fördern.

Frau Ministerin Wernicke ließ der Presse am 10. Juni 2003 unter der Überschrift „Umweltministerin Wernicke will Nachhaltigkeitsprinzip breiter verankern“ Folgendes mitteilen - ich zitiere -:

„Es ist eben kein Widerspruch, Potenziale auszuschöpfen und dennoch Ressourcen zu schonen. Knapp 120 Unternehmen, Vereine und Verbände der Wirtschaft nehmen an der Umweltallianz teil, deren Kern die Selbstverpflichtung der Unternehmen zur Ressourcenschonung ist.“

Ich weiß, diese Pressemitteilung ist recht alt und inzwischen redet die Ministerin auch mehr von Ressourcennutzung. Es wäre aber trotzdem mehr als an der Zeit, diesen Aspekt der Ressourcenschonung noch mehr ins Zentrum der Umweltallianz zu stellen.

(Zuruf von Ministerin Frau Wernicke)

Vielleicht brauchen wir dann nicht mehr über einen Müllnotstand nachzudenken, weil einfach immer weniger Müll da ist.

Zu dem Änderungsantrag möchte ich noch beantragen, dass wir über die einzelnen Absätze getrennt abstimmen. Für den zweiten Absatz möchte ich außerdem eine Anfügung beantragen. An diesen Absatz soll bitte der folgende Satz angehängt werden:

„Dabei soll sie sich dafür einsetzen, dass in diesem Lösungsweg mehr Anstrengungen zur Vermeidung von Abfällen unternommen werden.“

Recht schönen Dank.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Hunger. - Meine Damen und Herren! Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Es spricht zu uns der Abgeordnete Herr Stadelmann. Bitte sehr, Herr Stadelmann.

Herr Stadelmann (CDU):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Sachse, ich will Ihnen nichts unter-

stellen, aber Notstände sind ja immer gut für den Wahlkampf. Vielleicht kommt auch noch ein Hochwasser. Das lockert die ganze Sache zur Wahl noch etwas auf und fegt vielleicht das eine oder andere noch hinfert oder auch nicht.

Zum Thema möchte ich sagen - das haben wir auch schon von den Vorrednern gehört -, wie gut sich die Entsorgungswirtschaft bei uns in Sachsen-Anhalt im Zuge veränderter Rahmenbedingungen durch die TA Siedlungsabfall und die Abfallablagerungsverordnung entwickelt hat.

Die Deponierung unbehandelter Abfälle auf Deponien ist zu Ende. Stattdessen haben wir nunmehr eine Reihe von modernen Abfallbehandlungsanlagen und darunter vor allem Müllverbrennungsanlagen. Ein Desaster für den Landeshaushalt wie etwa bei der Abwasserfrage haben wir vermieden, indem wir konsequent auf private Investitionen ohne staatliche Förderung und Subventionen gesetzt haben, wie es Frau Ministerin Wernicke auch schon gesagt hat.

Dieses Konzept ist für Hausmüll auch sehr gut aufgegangen. Wie gesagt, für Hausmüll und nur für diesen ist die öffentliche Hand zuständig. Die Kapazitäten dafür übersteigen inzwischen rechnerisch das Aufkommen an Hausmüll im Land, aber unsere Anlagen leisten eben auch einen Beitrag zur Entsorgungssicherheit in Thüringen, Sachsen und Niedersachsen. Dieses ist gewollt, weil damit bei uns eine Wertschöpfung stattfindet und Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt gesichert werden. Diese gute Entwicklung setzt sich mit geplanten bzw. - wir haben es gehört - im Bau befindlichen Anlagen fort.

Allerdings muss man bei der Frage der Gewerbeabfälle noch einen technischen Aspekt wissen, nämlich den, dass diese Anlagen, die wir im Moment haben, Rostfeuerungsanlagen sind, die im Gegensatz zu den weit aus teureren Verfahren mit der Wirbelschichtverbrennung nur bis zu einem bestimmten Anteil mit hochkalorischem Gewerbemüll beschickt werden können. Dadurch hat sich das Problem des gewerblichen Abfalls noch verschärft und wir sind an dem Punkt angelangt, an dem wir eine gewisse Zwischenlösung schaffen und eine Phase überwinden müssen, indem die vertraglich nicht gebundenen Abfälle aus dem Gewerbe, die diese Überkapazität darstellen, so lange zwischengelagert werden, bis sie einer Verbrennung zugeführt werden können.

Die Landesregierung hat schon vor einiger Zeit erkannt, dass dieser Zustand eintreten wird, und arbeitet gemeinsam mit der Entsorgungswirtschaft an befristeten Übergangslösungen. Diese dürfen aber nicht die neuen Strukturen der Abfallwirtschaft gefährden. Auch Billiglösungen, die uns auf einen Stand von vor dem 1. Juni 2005 zurückwerfen und die Umwelt belasten würden, dürfen wir nicht zulassen. Finanzielle Risiken wie die spätere Beräumung von Abfalllagern, deren Betreiber insolvent werden, müssen vom Land ferngehalten werden.

Gefragt sind also technisch moderne Lösungen, aber zeitlich befristet; denn wir alle wissen aus Erfahrung: Nichts hält so lange wie eine Übergangslösung. Der Druck, etwas zu tun, muss also aufrechterhalten bleiben.

Die Landesregierung hat die Weichen in der Abfallwirtschaft langfristig richtig gestellt. Der Landtag sollte jetzt auch den Weg für die Lösung der Übergangsprobleme unterstützen. Den Bericht der Landesregierung dazu erwarten wir im Ausschuss für Umwelt sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit. Ich bitte daher um Zu-

stimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Stadelmann. - Für die SPD-Fraktion beschließt die Debatte der Abgeordnete Herr Sachse. Bitte sehr, Herr Sachse.

Herr Sachse (SPD):

Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Hinweis, dass verschiedene Anlagen, die sich noch in der Planung befanden, bereits im Bau bzw. in der Umsetzung sind, nehmen wir gerne auf. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir dürfen doch sicher gemeinsam mit Ihnen feststellen, Frau Ministerin, dass diese Kapazitäten ganz einfach noch nicht zur Verfügung stehen und dass es zurzeit Unterkapazitäten in diesem Lande gibt und diese Unterkapazitäten zu der Situation führen, die wir hier diskutieren. Insofern hat die Debatte vielleicht in der Sache nichts wesentlich Neues gebracht.

Sie haben in der Begründung zu Ihrem Änderungsantrag selbst bestätigt, dass die Abfallverwertungsmöglichkeiten zurzeit nicht ausreichend und die Lagermöglichkeiten erschöpft sind. Sie haben nach eigener Aussage die Situation bereits vor Monaten erkannt und mit der Entsorgungswirtschaft erörtert, aber die Entsorgungswirtschaft weiß zum jetzigen Zeitpunkt nicht, wie weiter. So ist es uns übermittelt worden. An dieser Stelle muss man erwarten, dass die Landesregierung vielleicht doch in gewisser Weise in ihrer Verantwortung moderiert und versucht, den Unternehmen zur Seite zu stehen.

Wir müssen also nach wie vor feststellen, die Situation ist und bleibt unbefriedigend und es müssen Lösungen gefunden werden.

Bereits im Oktober 2005 richtete das Kompetenznetzwerk der mitteldeutschen Entsorgungswirtschaft einen offenen Brief an die Minister für Umwelt und für Wirtschaft. Darin wurde der Vorschlag und der Antrag unterbreitet, zur Überbrückung des temporären Defizits an Behandlungskapazitäten Zwischenlager zu genehmigen. Durch die Bildung von Rücklagen sollte zudem sichergestellt werden, dass die Zwischenlager mit der Vorgabe zeitlicher Begrenzungen nach dem Bau weiterer Müllverbrennungsanlagen wieder abgebaut werden.

Wie gesagt, bis heute liegt kein Ergebnis vor. Wie lange wollen wir eigentlich die bisherigen Fakten noch erörtern, prüfen, um dann eine Zielrichtung für eine Lösung zu bringen?

(Zuruf von Ministerin Frau Wernicke)

Warum wird nicht wie in Bremen eventuell unter Bezug auf § 27 Abs. 2 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vielleicht schnell und unbürokratisch und zeitlich begrenzt gehandelt?

Der SPD-Antrag und auch der Änderungsantrag beinhalten beide die Berichterstattung. Ich verstehe nicht, worin Sie den Unterschied sehen. Sie haben lediglich zwei Absätze ergänzt, die praktisch nichts sagen, um den SPD-Antrag zu beerdigen. Gut, das kann man so tun. Ich darf es aber hier zumindest ansprechen.

Unter dem Strich wollten wir auf das Problem aufmerksam machen. Ich denke, das ist gelungen. Sie haben alle sehr aufmerksam zugehört; das war uns wichtig. Im

Ausschuss sollten wir uns über eventuelle Übergangslösungen oder überhaupt zur Thematik noch einmal verständigen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Sachse, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Herrn Stadelmann zu beantworten?

Herr Sachse (SPD):

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Herr Stadelmann.

Herr Stadelmann (CDU):

Herr Sachse, eine kurze Frage. Ist Ihnen bekannt, ob irgendwo ein Antrag vorliegt für ein Zwischenlager für gewerblichen Abfall?

Herr Sachse (SPD):

Mir ist aus dem Kompetenzzentrum der mitteldeutschen Entsorgungswirtschaft bekannt, dass es dort entsprechende Vorschläge geben soll. Es geht darum, dass wir im Ausschuss über diese Fragen reden, und darum, dass über die Deponien am ehesten vertretbare Lösungen schnell und unbürokratisch geschaffen können. Sicher, im Detail müssen wir uns darüber unterhalten.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Stadelmann hat offenbar eine zweite Nachfrage. - Das ist nicht der Fall. Vielen Dank, Herr Sachse. Wenn ich Sie, Herr Sachse, richtig verstanden habe, haben Sie eine Überweisung in den Ausschuss für Umwelt beantragt.

Herr Sachse (SPD):

Nein, Herr Präsident. Ich gehe davon aus, dass sich der Ausschuss für Umwelt sowie der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit in der nächsten, also der letzten Beratung mit diesem Thema beschäftigen werden, um ganz einfach einen Gedankenaustausch mit der Landesregierung zu führen, damit man bestimmte Dinge auf den Weg bringen kann, wohl wissend, dass wir in einiger Zeit eine große Entscheidung zu treffen haben werden. Dann möge der neue Landtag dies entsprechend aufgreifen oder verwerfen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank. - Eine Überweisung ist also nicht beantragt worden. Damit stimmen wir über diesen Antrag selbst ab. Wir müssen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 4/2580 abstimmen. Dazu liegt wiederum ein Änderungsantrag der Linkspartei.PDS vor. Wir gehen also schrittweise vor. Die Linkspartei.PDS hat des Weiteren beantragt, über die einzelnen Absätze des Änderungsantrages von CDU und FDP gesondert abzustimmen.

Wir stimmen zunächst über den ersten Absatz des Änderungsantrages ab. Wer diesem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei CDU- und FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei Linkspartei.PDS- und SPD-

Fraktion. Damit ist diesem ersten Absatz mehrheitlich zugestimmt worden.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der Linkspartei.PDS zum zweiten Absatz des Änderungsantrages ab. Ich darf diesen Änderungsantrag der Linkspartei.PDS zum Änderungsantrag noch einmal wiederholen:

„Dabei soll sie sich dafür einsetzen, dass in diesem Lösungsweg mehr Anstrengungen zur Vermeidung von Abfällen unternommen werden.“

Wer diesem Änderungsantrag der Linkspartei.PDS zum zweiten Absatz des Änderungsantrages von CDU- und FDP-Fraktion seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS- und bei der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei CDU- und FDP-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag der Linkspartei.PDS abgelehnt.

Wir stimmen nun ab über den unveränderten zweiten Absatz des Änderungsantrages von CDU- und FDP-Fraktion. Wer diesem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS-Fraktion sowie bei CDU- und FDP-Fraktion. Eine Stimme bei der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei der SPD-Fraktion.

(Minister Herr Dr. Daehre: Nun werden Sie sich doch mal einig!)

Damit ist diesem zweiten Absatz des Änderungsantrages von CDU- und FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt worden.

Wir stimmen nun über den dritten Absatz des Änderungsantrages der CDU- und der FDP-Fraktion ab. Wer diesem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei allen Fraktionen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem dritten Absatz einstimmig zugestimmt worden.

Meine Damen und Herren! Damit ist dem Änderungsantrag der CDU- und der FDP-Fraktion insgesamt mehrheitlich zugestimmt worden.

Wir stimmen nun über den Antrag in der Drs. 4/2571 in der soeben beschlossenen Fassung des Änderungsantrags der CDU- und der FDP-Fraktion ab. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Zustimmung bei der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei der Linkspartei.PDS. Damit ist dem Antrag insgesamt zugestimmt worden und der Tagesordnungspunkt 19 ist beendet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des letzten Tagesordnungspunktes der heutigen Sitzung, des **Tagesordnungspunktes 20:**

Erste Beratung

Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2572**

Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2581**

Einbringerin für die Linkspartei.PDS ist die Abgeordnete Frau Dr. Klein. Bitte sehr, Frau Dr. Klein.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Tagen gab es die Meldung: Die Deutschen geben wieder mehr Geld beim Friseur aus.

(Zuruf von der CDU: Was?)

In diesem Jahr wird insbesondere infolge des anhaltenden Trends zur - so heißt es im Fachdeutsch - professionellen Haarcoloration mit einem Jahresumsatz in Höhe von 4,4 Milliarden € gerechnet. Aber im nächsten Jahr wird wohl Schluss mit lustig sein; denn die große Koalition will, statt, wie es vernünftig wäre und nicht nur von der Linkspartei seit Jahren gefordert wird, die Mehrwertsteuer wenigstens für einige ausgewählte arbeitsintensive Dienstleistungen zu senken,

(Herr Gürth, CDU: Da haben Sie einen Wahlkampfknüller! Das ist doch durchsichtig!)

die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte erhöhen.

(Zuruf von der CDU)

Viele Frauen werden sich dann wohl überlegen, wie viel Friseur es noch sein darf, und werden wohl nach dem Motto „Selbst ist die Frau“ ihre Haare wieder selbst färben.

(Herr Tullner, CDU: Männer auch! - Heiterkeit)

- Männer auch. Herr Tullner, ich wusste nicht, dass Sie schon so weit sind.

(Heiterkeit und Zustimmung - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Viel länger darf er aber auch nicht mehr warten!)

Auch diese Frage gilt es sicherlich noch zu diskutieren: Dürfen die Friseurrechnungen wie auch andere Handwerkerrechnungen künftig von der Steuer abgesetzt werden? Herr Paqué, das wäre eine Frage an Sie.

(Unruhe)

Das Handwerk hat die Bundesregierung in den vergangenen Tagen aufgefordert - -

(Unruhe)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, den Schallpegel etwas zu senken, damit man Frau Dr. Klein hören kann.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Danke schön.

(Herr Gürth, CDU: Wir dachten, das ist eine Büttenrede! Da ist immer ein bisschen mehr Temperament dabei!)

Das Handwerk hat die Bundesregierung in den vergangenen Tagen aufgefordert, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und andere Steuerpläne zu überdenken; denn infolgedessen würden dem Markt ab 2007 47 Milliarden € an Kaufkraft entzogen werden.

Das jüngst beschlossene Konjunkturprogramm der Regierung wird dem Handwerk im Jahr 2006 erstmals seit 1999 wieder mehr Umsatz bescheren, und zwar ein Plus von 1 %. Dennoch wird die Branche 60 000 bis 80 000

Stellen verlieren. Der Aufwärtstrend ist also ebenso in Gefahr, wie es die Arbeitsplätze sind.

Ich weiß - ich habe es auch schon gehört -, dass Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, mir bei unserem Antrag sofort mit der Keule des Populismus und des Wahlkampfes kommen. Aber damit würden Sie mir auch kommen, wenn ich heute über die Uhrzeit oder über das Wetter reden würde.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Unruhe)

Das ist, glaube ich, völlig egal. Also reden wir über die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer und deren Folgen nicht nur für das Frisörhandwerk, sondern für die Menschen in unserem Land und für unser Land insgesamt und reden wir dann auch über den Populismus der einzelnen im Landtag vertretenen Parteien.

Trotz der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte, die allerdings der Finanz- und Steuerpolitik in den vergangenen Jahren geschuldet ist, ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer aus der Sicht der Linkspartei.PDS keine Lösung. Wir haben ein Steuerkonzept vorgelegt, bei dem Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, uns unverdrossen Populismus unterstellen; denn das ist schlicht und ergreifend einfacher, als endlich mit den Steuergeschenken an Großunternehmen und Spitzenverdiener aufzuhören.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Die so genannte Reichensteuer hat nicht einmal die Wirkung von Baldrian-Tropfen auf schwache Nerven. Im Jahr 1998 gab es einen Spitzensteuersatz von 53 %, er sank inzwischen auf 42 %, was einen jährlichen Steuerausfall von 11 Milliarden € zur Folge hat. Wenn man jetzt von den ganz Reichen 1,2 bis 1,3 Milliarden € - das ISW rechnet sogar nur mit 300 bis 400 Millionen € - zurückholen will, ist das zwar eine nette Geste, löst aber die Probleme nicht. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird sie auch nicht lösen. Im Gegenteil: Die Polarisierung zwischen Arm und Reich wird verschärft werden und es werden noch mehr aus der gesellschaftlichen Mitte nach unten fallen.

Die Bundesrepublik hat eine einmalig schwache Binnenkonjunktur. Wir haben real sinkende Löhne und steigende Energiepreise zu verzeichnen. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer in einer solchen Situation wird die Steuerbelastung weiter umgeschichtet von den Einkommen hin zu den Verbrauchern. Nach jüngsten Berechnungen ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eigentlich nicht notwendig.

(Herr Tullner, CDU: Ach so?)

Nach Aussagen des Statistikamtes Destatis ist der öffentliche Fehlbetrag im Jahr 2005 deutlich geringer ausgefallen, als die Regierung geschätzt hat.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Der Finanzminister Herr Steinbrück sagte am Montag, er erwarte sogar eine Revision auf 3,4 %.

(Herr Gürth, CDU: Zum Schluss wird zusammengezählt! - Herr Tullner, CDU: Warten wir es ab!)

- Warten wir es ab. - Der Konjunkturchef des DIW Steinherr forderte, wegen der günstigen Entwicklung der Defizite auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 2007 zu verzichten. Wird die Mehrwertsteuer erhöht, so sagt

Steinherr, würde dies das Wachstum im Jahr 2007 ab, was wiederum zu einem höheren Defizit führe.

Rürup geht sogar davon aus, dass das Defizit ohne weitere Maßnahmen in diesem Jahr unter den 3,5 % von 2005 liegen wird und dass es deshalb relativ leicht möglich sein werde, diesen Fehlbetrag unter die im Maastricht-Vertrag vorgegebene 3%-Marke zu drücken.

CDU/CSU und SPD wollen mit den möglicherweise zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 24 Milliarden € pro Jahr den Haushalt konsolidieren und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt senken. Hierzu kann ich nur sagen: Ein Schelm, wer Arges dabei denkt. Auf die Senkung der Beitragssätze der Krankenkassen warten die gesetzlich Versicherten heute noch. Inzwischen sind die nächsten Erhöhungen angekündigt bzw. schon längst Realität. Mit der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung käme dann die Konjunktur, so jedenfalls die Hoffnung der Berliner Koalition. Es kann aber auch anders kommen.

Blicken wir doch einmal zurück: Bei der letzten Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. April 1998 wurden die Probleme der Rentenversicherung ins Feld geführt. Diese aber sind bis heute nicht gelöst. Auch die Hoffnung auf die großen Einnahmen ging nicht auf. Nur rund 50 % der Erhöhung sind tatsächlich auf die Endpreise umgewälzt worden.

Angesichts der schwachen Binnenkonjunktur muss man damit rechnen, dass diese Möglichkeit in noch geringerem Umfang genutzt werden wird als im Jahr 1998. Statt einer Mehreinnahme von rund 8 Milliarden € pro Prozentpunkt höherer Mehrwertsteuer könnten es nur 6,2 Milliarden € sein, da sich die Steuereinnahmen an den Endpreisen orientieren. Insgesamt würden damit also nicht 24 Milliarden €, sondern nur 18,6 Milliarden € zusätzlich in die Kassen des Staates fließen. Da bliebe für das Stopfen der Haushaltslöcher nur wenig übrig. Von der Erfüllung anderer Wünsche möchte ich gar nicht reden.

Aber das ist nicht unser Problem. Wir halten die Erhöhung der Mehrwertsteuer als Mittel zur Sanierung der Haushaltskassen schlichtweg für den falschen Weg, für unsozial und ungerecht.

(Zustimmung bei der Linkspartei PDS)

Das immer wieder angeführte Argument, dass eine Mehrwertsteuererhöhung gerecht sei, da sie alle Bundesbürger treffe, zieht nicht. Von einer gleichmäßig verteilten Belastung kann keine Rede sein. Da Union und SPD mit einem Teil der zusätzlichen Einnahmen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung senken wollen, schlägt für große Teile der Bevölkerung die Belastung stärker durch als für die Arbeitnehmerinnen. Allein in Sachsen-Anhalt müssen rund 1,2 Millionen Nichterwerbstätige - dazu zählen Pensionäre, Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten - im Vergleich zu den Arbeitnehmern erheblich tiefer in die Tasche greifen. Sie müssten pro Jahr im Durchschnitt mit Mehrausgaben von rund 270 € rechnen.

(Unruhe)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, die Gespräche einzustellen und der Einbringerin zumindest zum Schluss Ihres Redebeitrages noch einmal zuzuhören. - Bitte sehr, Frau Dr. Klein.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Schon aus dieser Sicht heraus ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht gerecht.

Jetzt nenne ich das Argument, das auch der Ministerpräsident immer anführt: Die Mehrwertsteuer für Lebensmittel bleibt auf dem ermäßigten Niveau und auf Mieten wird keine Mehrwertsteuer gezahlt; dafür geben die sozial Schwachen das meiste Geld aus.

Auch dieses Argument berücksichtigt nur die halbe Wahrheit. Was ist mit Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Telefon, Benzin und Diesel, von kulturellen Bedürfnissen gar nicht zu reden? - Die Preise dafür steigen munter weiter. Hier bekommen nicht nur die Betroffenen ein Problem, sondern auch die Kommunen und Landkreise, die dann letztlich einspringen müssen. - Aber wen kümmert es?

Genau aus diesem Grund ist die Mehrwertsteuererhöhung Gift für die Konjunktur. Reale Kaufkraft geht verloren und die Binnenkonjunktur wird, wie bereits gesagt, geschwächt. Damit fällt letztlich auch der erwünschte Steuerregen geringer aus.

Es kommt zu einer weiteren Belastung des Einzelhandels. Die kleinen Einzelhändler kämpfen doch schon seit Jahren ums Überleben. Sie werden die Mehrwertsteuererhöhung an ihre Kunden weitergeben müssen und sich damit selbst den Todesstoß zufügen. Man könnte es auch aktive Sterbehilfe nennen; dies ist strafbar.

Ähnlich wird es den kleinen und mittleren Unternehmen gehen, die nicht über die Macht verfügen, die erhöhte Mehrwertsteuer über entsprechende Preiserhöhungen an die Verbraucher weiterzugeben. Ein-Mann-Unternehmen und Ich-AGs spüren überhaupt keine Entlastungen beim Personal; denn bei ihnen fallen die Arbeitgeberkosten nicht an. Dazu kann ich nur sagen: Es lebe die Schwarzarbeit! Mit der steuerlichen Anrechnung von Handwerkerleistungen wird das Problem nicht zu lösen sein. - So viel zur Mehrwertsteuer.

Nun zum Populismus. Es ist schon ganz erstaunlich, welche Wendungen die CDU und die SPD bei der Mehrwertsteuer in den vergangenen Monaten gemacht haben.

Herr Professor Böhmer gehört zu den wenigen in der CDU, die sich sehr frühzeitig für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgesprochen haben. Es spricht für Sie, dass Sie sich in Ihrer Partei so schnell durchsetzen konnten; denn Ihr Generalsekretär Volker Kauder hat noch im Mai des vergangenen Jahres betont: Eine Steuererhöhung, auch bei der Mehrwertsteuer, wäre Gift für die Konjunktur. - Nun gut, bei der CDU hat man damit auch gerechnet; damit kann man umgehen.

(Herr Tullner, CDU: Wir haben es im Wahlkampf gesagt!)

- Sie haben es gesagt - ich sagte es doch - und Herr Böhmer hat es frühzeitig angekündigt. - Erstaunlich sind die Wandlungen beim Koalitionspartner SPD im Bund. Ich gebe zu, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD: Wie Sie den Übergang vom Kampf gegen die Merkel-Steuer zu einer dreiprozentigen Erhöhung der Mehrwertsteuer ohne Depressionen hinbekommen haben, das erschüttert doch.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich erlaube mir, Ihren jetzigen Bundesvorsitzenden Matthias Platzeck zu zitieren. Er sagte auf einer Wahlkampfveranstaltung am 6. August 2005 - damals war er noch nicht der Bundesvorsitzende -:

„Die jetzt von der Union angedrohte Merkel-Steuer ist in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation völlig falsch. Sie würde voll durchschlagen auf Konjunktur und Binnennachfrage. Sie würde ausgerechnet die Bürger mit den kleinen und mittleren Einkommen am härtesten treffen. Sie würde das Handwerk schädigen und neue Anreize zur Schwarzarbeit setzen.“

Im Oktober 2005 hören wir von der SPD Forderungen nach einer Mehrwertsteuer von 20 %. Sie sollten außerdem, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Ihrem Webmaster auf Bundesebene unbedingt empfehlen, die Seiten mit der SPD-Kampagne gegen die Mehrwertsteuererhöhung schnellstens zu löschen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Herr Kosmehl, FDP, lacht)

Dort kann man immer noch wunderschöne Plakate, Flyer, Broschüren und Flugblätter gegen die Merkel-Steuer herunterladen.

(Herr Kosmehl, FDP: Die werden bestimmt auch noch bestellt!)

Ich konnte mir dort viele Argumente holen. Dafür danke ich Ihnen. Aber ich muss schon sagen: Das nenne ich Wahlbetrug. Populismus ist dafür eigentlich ein zu schwaches Wort.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Angeichts der großen Töne der Landesvorsitzenden bin ich von der FPD schon enttäuscht. Frau Pieper hat doch angekündigt, die Mehrwertsteuer solle das Hauptthema im Wahlkampf sein; sie sei dagegen. - Ich warte darauf. Der von Ihnen gemeinsam mit der CDU vorgelegte Alternativantrag ist nun mehr als zaghaft.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Der ist wirklich lustig!)

Er enthält kein Wort von der Mehrwertsteuer. Wir haben nichts gegen eine umfassende Diskussion über die Steuer.

(Herr Kosmehl, FDP: Machen Sie das!)

- Machen wir. - Trotzdem muss aber die Erhöhung der Mehrwertsteuer abgelehnt werden. So viel Mut, wie ihn Ihre Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg haben, hätte ich Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, schon zugetraut.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird im Bundesrat einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zustimmen. So weit wollten wir ja gar nicht gehen, Sie zu bitten, die Landesregierung dazu aufzufordern. Wir wollten nur mit einem Nein des Landtages ein Zeichen setzen; denn wir wissen nicht, wie es nach dem 26. März 2006 weitergeht.

(Herr Kosmehl, FDP: Genauso wie jetzt!)

Aber mit unserem Ministerpräsidenten wird es dann auf jeden Fall ein Nein zur Mehrwertsteuer geben.

(Oh! bei der CDU und bei der FDP)

Ein Wort noch zu dem Vorwurf, die Linkspartei hätte auf die Fragen von heute nur die Antworten von gestern.

(Herr Gürth, CDU: Ist Ihnen das auch schon aufgefallen?)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein schlüssiges Steuerkonzept vorgelegt.

(Herr Gürth, CDU: Da lachen ja die Hühner!)

Aber Ihre Antworten, verehrter Kollege, sind die Lügen von gestern.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Oh! bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Was?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, seien Sie mutig und stimmen Sie für unseren Antrag.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Herr Gürth, CDU: Sie haben keine Kompetenz!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Klein, für die Einbringung. - Meine Damen und Herren! So viel Harz war noch nie im Landtag. Erst war Hasselfelde hier vertreten, nun ist es Blankenburg. Begrüßen Sie mit mir auf beiden Tribünen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums „Am Thie“ in Blankenburg.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wünscht nicht zu diesem Thema das Wort zu ergreifen, sodass wir gleich in die Debatte einsteigen können.

(Oh! bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Herr Dr. Polte, SPD: Wir wollten den Finanzminister hören! - Frau Fischer, Naumburg, SPD: Das ist aber schade!)

Ich erteile nun als erster Debattenrednerin der Abgeordneten Frau Dr. Hüskens von der Fraktion der FDP das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich am letzten Donnerstag den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS gesehen habe, habe ich erst einmal gelacht;

(Heiterkeit bei der FDP)

denn der Antrag hat ja Pfiff - das muss man sagen.

(Herr Kosmehl, FDP, lacht)

Ohne großen Aufwand haben Sie einen Antrag gestellt, mit dem Sie gleich drei Fraktionen ein „Stöckchen“ hinhalten und gucken, wer springt. Ich bin sehr gespannt darauf, was Ihre Kollegen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern machen werden - aber gut.

(Beifall bei der FDP - Frau Tiedge, Linkspartei.PDS: Schön! - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Darüber haben wir vorher geredet!)

Für die Liberalen hat der Antrag auf den ersten Blick sogar einen gewissen Charme, sodass wir ihm eigentlich zustimmen könnten.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Aber?)

Aber der Antrag springt ein wenig zu kurz.

(Oh! bei der Linkspartei.PDS - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Man muss das Große und Ganze sehen!)

Denn die simple Ablehnung einer Steuererhöhung ist aus der Sicht der Liberalen keine Lösung für das deutsche Steuereilemma. Das Problem, das wir derzeit in Berlin oder in Deutschland insgesamt haben, ist viel komplexer. Ich kann allen nur empfehlen, sich einmal das umfassende Reformpaket anzusehen, das die FDP-Bundestagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode erarbeitet hat. Es lohnt sich wirklich, das einmal zu lesen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung von Minister Herrn Kley)

Meine Damen und Herren! Wir lehnen eine Mehrwertsteuererhöhung ab.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir sind für einen Umbau unseres Steuersystems. Wir lehnen, anders als die PDS, jede zusätzliche Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen ab. Jede Steuererhöhung birgt die Gefahr, dass die Konjunktur geschädigt wird. - An dieser Stelle sollte jetzt eigentlich die SPD klatschen, weil der Spruch von Herrn Müntefering ist.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Ich empfinde es schon als ein wenig zynisch, wenn man nach solchen Sprüchen die Steuererhöhung damit begründet, dass man Geld brauche, um die Wirtschaft zu fördern. Mein Gott, wenn Sie der Wirtschaft etwas Gutes tun wollen, dann lassen Sie die Finger von Steuererhöhungen.

(Beifall bei der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, das deutsche Steuersystem kann nicht repariert werden. Es muss grundlegend erneuert werden. Über den genauen Weg - Frau Klein, da können Sie gern das Programm der PDS mitbringen - sollten wir im Ausschuss für Finanzen diskutieren.

Die CDU und die SPD wollen sich laut Koalitionsvertrag in Berlin im Bund auf den Weg zu einer wirklichen Erneuerung machen. Ich sage Ihnen: Bummeln Sie nicht herum! Voran! Wir brauchen eine entsprechende Veränderung unseres Steuerrechtes. Wir brauchen eine möglichst niedrige, einfache und gerechte Steuer, mit der wir uns im internationalen Wettbewerb sehen lassen können.

(Beifall bei der FDP)

Denn ein Steuersystem ist doch nicht gut oder schlecht, weil es dem Staat gefällt. Ein Steuersystem muss der Wirtschaft und den Menschen die Möglichkeit geben, die Mittel zu erwirtschaften, von denen wir die gesellschaftlichen Aufgaben finanzieren wollen. Wir brauchen eine Steigerung der Steuerkraft und nicht des Steuersatzes.

Meine Damen und Herren! Ganz offen: Ich halte große Koalitionen nicht für fähig, grundlegende Reformen auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP)

Aber vielleicht überrascht mich Frau Merkel

(Herr Gürth, CDU: Das würde ich als Liberaler genauso sehen!)

und vielleicht helfen ihr die gestiegenen Steuereinnahmen im Jahr 2005 und gute Wahlergebnisse der FDP am 26. März 2006, nochmals darüber nachzudenken, ob

blanke Steuererhöhungen wirklich der richtige Weg sind. Ich lasse mich gern überraschen.

Richtig überrascht war ich allerdings nach der Bundestagswahl von der SPD. Ich sehe noch den Slogan von der „Merkel-Steuer“ vor mir. - Das müssen Sie jetzt aushalten. - Da hieß es - ich kann das auch zeigen -: „Neu: jetzt teurer, 2% Merkel-Steuer auf alles!“ und „Deutschland kann sich die CDU/CSU nicht leisten“ und „Für faire Steuern, gegen Mehrwertsteuer!“ oder „Merkel-Steuer, das wird teuer“. Das können Sie immer noch von Ihren Internetseiten herunterladen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

SPD-Chef Franz Müntefering warnte noch Ende Oktober vor den negativen Auswirkungen. Ich bin wirklich überrascht, wie schnell die SPD dann umgefallen ist. Aus 0 % SPD und 2 % CDU sind 3 % Belastung für die Bürger geworden. Der nominale Spitzensteuersatz soll auf 45 % angehoben werden. Jens Bullerjahn hat gleich noch eins drauf gesetzt und redet von der Vermögenssteuer und von der Anhebung der Erbschaftsteuer, das Ganze inzwischen nach dem Motto: „Darf es etwas mehr sein?“.

Wenn ich sehe, wie schnell die SPD ihre Position aufgibt, frage ich mich: Welchen Wert hat eigentlich Ihr Wahlprogramm?

(Beifall bei der FDP)

Nun, das werden wir in Sachsen-Anhalt in den nächsten fünf Jahren ebenfalls nicht erfahren. Also konzentrieren Sie Ihre Kräfte und setzen Sie sich in Berlin für eine umfassende Reform des Steuersystems ein, für mehr Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft; denn mehr Wachstum ist auch in Deutschland möglich. Aber wenn die erforderlichen Reformen nicht endlich angepackt werden, könnte es Deutschland auch so gehen wie anderen Nationen vor uns, die einmal große Rollen gespielt haben und dann weltwirtschaftlich in der Bedeutungslosigkeit versunken sind. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Für die SPD-Fraktion erhält nun die Abgeordnete Frau Fischer das Wort. Bitte sehr, Frau Fischer.

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wir debattieren heute über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS. Ich nehme es gleich vorweg: Wir als SPD-Fraktion lehnen den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 4/2572 ab, aber nicht nur weil er keinen eigentlichen Adressaten hat, weil unser Landtag Bundesgesetze nicht einfach ablehnen kann, nicht nur weil es bis heute gar kein Bundesgesetz zur Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt - mir ist keins bekannt - und aus diesem Grund der Antrag irgendwo ins Leere läuft. Nein, wir lehnen ihn auch deswegen ab, weil die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte eine Vereinbarung zwischen den Koalitionspartnern SPD, CDU und CSU auf Bundesebene ist, die - das wissen Sie alle - einen Kompromiss dar-

stellt. Sie alle kennen auch das politische Geschäft sehr gut.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Kompromisse sind Paketlösungen.

(Herr Kosmehl, FDP: Von null und zwei!)

- Mathematik war noch nie so richtig Ihre Stärke, nicht wahr, Herr Kollege Kosmehl? Das wissen wir schon lange.

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Wer eine Mehrwertsteuererhöhung ablehnt - aus guten, aus nachvollziehbaren Gründen -, der sollte sich dann aber auch von einer Politik verabschieden, die Wirtschaft, Forschung und Entwicklung stärkt, die also für mehr Arbeitsplätze ist, die Bildung, Familie und Erziehung für die Zukunft unserer Gesellschaft stärkt und die Forderungen, mehr finanzielle Mittel für das Land und für die Kommunen bereitzustellen, zu erfüllen hat.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Denn all das wollen wir parteiübergreifend - jedenfalls habe ich nichts anderes gehört - und jede Art von Wunschliste muss letztlich finanziell ausgestaltet werden.

(Herr Dr. Thiel, Linkspartei.PDS: Es gibt auch noch andere Möglichkeiten!)

Herr Paqué, es ist schade, dass Sie sich dazu nicht äußern wollten. Ich hatte mich gefreut und ich war neugierig darauf, wie Sie diesen Spagat als Spitzenkandidat Ihrer Partei, der FDP, auf der einen Seite und als Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt auf der anderen Seite hinbekommen wollten. Deswegen ist meine Rede auch so kurz, denn ich wollte darauf reagieren.

(Heiterkeit bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

- Das ist nun wieder ein Punkt für Sie. Aber es ist schade. Ich finde, als Finanzminister hätten Sie ruhig etwas dazu sagen können; denn als FDP-Spitzenkandidat - das ist bekannt - lehnen Sie die Mehrwertsteuererhöhung vehement ab

(Zustimmung von Herrn Kosmehl, FDP)

- Frau Dr. Hüskens hat das bekräftigt -, aber als Finanzminister stellen Sie die Mehreinnahmen, die sich für unser Land aus der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 ergeben würden, in die neue mittelfristige Finanzplanung ein.

(Oh! bei der SPD)

Das widerspricht sich. Hierbei verhalten Sie sich übrigens auch anders als in den vorangegangenen Jahren. Die Ergebnisse aus der Mai-Steuerschätzung hatten Sie bislang immer im Verhältnis 1 : 1 in die mittelfristige Finanzplanung übernommen. Erstaunlicherweise durchbrechen Sie dieses Mal dieses Prinzip. - Gut, ich kann das verstehen. Hier nützt die Steuererhöhung dem Finanzminister Paqué, sähe doch die Erhöhung der Einnahmen im Landeshaushalt echt prima aus, gerade zum Ende der Legislaturperiode. Für den Spitzenkandidaten hingegen macht sich die Ablehnung der Steuererhöhung gut.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Ihre Klientel belohnt Sie mit Beifall.

(Minister Herr Prof. Dr. Paqué lacht - Frau Dr. Kuppe, SPD: Da muss er selber lachen! - Heiterkeit)

Herr Paqué, wenn es einen „Oscar für Populismus“ gäbe, Sie hätten ihn bestimmt zuallererst verdient.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun noch ein Wort zum Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der FDP. Meine Damen und Herren, diese Reaktion auf den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS hätten Sie sich sparen können, muss ich ehrlich sagen. Eine Steuerreform wird grundsätzlich niemand ablehnen, zumal wenn es mit einer solch unverbindlichen Aufforderung geschieht wie in Ihrem Antrag. Trotzdem können wir diesem Antrag mit einem leichten Schmunzeln zustimmen, aber nur direkt. Ich weiß nicht, was beide Anträge im Ausschuss zu suchen hätten, Frau Dr. Hüskens.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Das sind Forderungen, Anträge, über die man direkt abstimmen muss und über die man im Ausschuss nicht zu diskutieren braucht. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Fischer. - Für die CDU-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Herr Tullner. Bitte sehr, Herr Tullner.

Herr Tullner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ehe ich kurz auf das Thema eingehe - ich denke, wir sollten uns nicht an Themen überhöhen, die wir nur mittelbar beeinflussen können -, wollte ich doch noch eines klarstellen: Frau Dr. Klein, Ihre Sorge um das Frisörhandwerk ehrt Sie. Das ist sicherlich ein hehres Anliegen. Aber bei der Bemerkung, dass auch die Männer davon betroffen wären, habe ich eher an Kollegen Ihrer Fraktion gedacht als an mich selber.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Ich war etwas überrascht über die - - Aber gut.

Frau Kollegin Hüskens sprach von einem Stöckchen, das uns heute hingehalten wird. Ich würde, auch wenn der einsatzige Antrag mit der einsatzigen Begründung wirklich sehr übersichtlich ist, doch eher von einem politischen Knüppel sprechen, den man und auf relativ plumpe Art unterzububeln versucht. Ich kann verstehen, dass das Wahlkampfgegacker nun langsam auch unsere Hallen erreicht. Aber ich denke, wir sollten uns angesichts der Problemlagen im Land Sachsen-Anhalt mit den Dingen beschäftigen, die wir a) beeinflussen können und die b) in unser Kompetenzfeld gehören.

Meine Damen und Herren! Man kann uns als Union vieles vorwerfen, aber nicht dass wir die Dinge, die wir jetzt in der bundespolitischen Arena umsetzen wollen, nicht schon vor der Wahl angekündigt hätten. Frau Dr. Hüskens hat die Problemlage der sozialdemokratischen Kollegen beschrieben. Aber wir haben von vornherein gesagt, dass wir eine Mehrwertsteuererhöhung brauchen, und zwar nicht als Selbstzweck, nicht als bloße Einnahmeerhöhung, sondern wir wollten auch etwas damit tun.

Lohnnebenkosten senken - das war ein Beispiel - und damit neue Arbeitsplätze schaffen sowie die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland entfalten. Das ist ein Anliegen, das wir nach wie vor vertreten. Deswegen sind wir nahe an den Problemen. Unsere Vorhaben sind mit viel Realismus gepaart. Mit Verlaub, liebe liberalen Kolleginnen und Kollegen, das mit der reinen Lehre ist immer schön zu propagieren, aber man kommt damit in den Mühlen der Ebene nicht immer sehr weit.

Deswegen sagen wir ganz klar: Das Land braucht die Einnahmen. Sie sind in die mittelfristige Finanzplanung - Frau Fischer hat das beschrieben - auch schon eingestellt. Deswegen bekennen wir uns dazu, dieses Vorhaben auch umzusetzen.

Dass sich nun gerade die Linkspartei.PDS als Wirtschaftsförder- und Steuersenkungspartei profilieren will, ist gelinde gesagt ein bisschen merkwürdig, weil ich auf der anderen Seite immer wieder vernehme, dass solche Dinge wie Vermögensteuer für Sie stets ein Thema sind.

Jetzt sind es die EU-Einnahmen, die Sie entdeckt haben.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS)

Die EU-Einnahmen sollen plötzlich für alles erhalten. Wir reden alle davon, dass diese Einnahmen sinken. Sie wollen damit plötzlich noch mehr Ausgaben decken. Aber wie Sie das schaffen wollen, können Sie uns in aller Ruhe im Ausschuss erklären. Wir jedenfalls sind gespannt auf Ihre Ausführungen dazu. Wir sind der Meinung, dass wir hier keine Wahlpropaganda betreiben sollten, sondern dass wir die Dinge etwas tiefgründiger diskutieren sollten. Deswegen plädieren wir für die Ausschussüberweisung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Tullner. - Nun haben Sie, Frau Dr. Klein, noch einmal das Wort. - Ich sehe, dass der Abgeordnete Herr Gallert entgegenen will. Bitte sehr, Herr Gallert.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Was mich dazu veranlasst hat, jetzt ans Rednerpult zu gehen, ist die kollektive heitere Gelassenheit, mit der wir über dieses Thema in den letzten rund 25 Minuten diskutiert haben, und zwar deswegen, weil wir mit der Situation konfrontiert sind

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

- jetzt hören Sie einmal zu! -, dass das eines der zentralen Probleme - -

(Unruhe bei und Zurufe von der CDU)

- Das hat er in den letzten 25 Minuten nicht getan, deswegen muss ich das jetzt einmal sagen.

Wir haben es hierbei mit einer der zentralen politischen Auseinandersetzungen in dieser Gesellschaft zu tun, mit einer der Fragen, die übrigens ganz maßgeblich die Bundestagswahl entschieden haben. Wir haben es mit der Situation zu tun, dass wir auch in diesem Land politische Auseinandersetzungen zu dieser Frage gehabt haben, die sehr detailliert und ausgefeilt gewesen sind und

die sich nach der Bundestagswahl völlig gebrochen haben. Das können Sie alle lustig finden.

Aber wenn wir uns das nächste Mal bei entsprechenden, meist katastrophalen Anlässen über Glaubwürdigkeit von Politik unterhalten, dann muss man an dieser Stelle auch einmal die Frage stellen, inwiefern wir Glaubwürdigkeit von Politik selbst noch als ein Kriterium für unser Handeln sehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt rekapituliere ich einmal die Positionen, die in den letzten Jahren geäußert worden sind. Diesbezüglich gibt es Unterschiede. Das hat Frau Dr. Klein auch sehr deutlich gemacht. Sie hat gesagt, dass Professor Böhmer einer der wenigen war, der schon zu einem Zeitpunkt über die Mehrwertsteuererhöhung gesprochen hat, zu dem es in der eigenen Partei noch verpönt gewesen ist.

(Frau Feußner, CDU: Das stimmt!)

Professor Böhmer hat immer gesagt, er sei für die Mehrwertsteuererhöhung, weil damit die Lohnnebenkosten gesenkt werden sollen. Das ist übrigens eine Argumentation, der auch ich mich stärker annähere, als die meisten in meiner Partei es tun.

Schauen wir uns jetzt aber einmal an, was hier passiert ist. Wir haben eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte.

(Herr Tullner, CDU: Avisiert!)

- Berechnet, vorausschauend. Ich nehme die Koalitionsvereinbarung Ihrer Partei ernst, Herr Tullner. Ich weiß nicht, ob Sie das auch tun wollen.

(Zustimmung von Herrn Kasten, Linkspartei.PDS)

Schauen wir uns vor diesem Hintergrund einmal die Mittelverwendung an. Nach meinen Informationen sollen davon 6 Milliarden € in die Arbeitslosenversicherung gehen. Das ist maximal ein Drittel dessen, was über die Mehrwertsteuererhöhung für die öffentlichen Haushalte bereitgestellt werden soll.

Ich sage schon jetzt: Wenn maximal ein Drittel für diesen Verwendungszweck bereitgestellt werden kann, dann müsste Herr Professor Böhmer sagen, dass er unter diesem Aspekt für die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt sei. Das ist nämlich ungefähr das, was diesen Anteil ausmacht. Diesbezüglich sehe ich in dieser Situation eine erhebliche Differenz.

Ich sehe eine weitere erhebliche Differenz, liebe Kollegen der FDP. Natürlich ist es nachvollziehbar und aufgrund Ihres sozialökonomischen Konzepts absolut glaubwürdig, dass Sie eine Mehrwertsteuererhöhung ablehnen, und zwar unter allen Bedingungen.

Jetzt haben wir allerdings die Situation, dass Sie in einer Landesregierung sind. In einem solchen Fall macht man möglicherweise Kompromisse. Das ist übrigens eine ganz normale, logische Situation. Es gibt nur eine Ausnahme: Als wir in Landesregierungen mit der Situation von Hartz IV konfrontiert gewesen sind, meinte man, wir dürften das nicht machen und wir müssten die Landesregierungen sofort verlassen, weil auf bundespolitischer Ebene Hartz IV existiere.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Herr Gürth, CDU: Nein, nein, nein!)

Nun würde ich einmal eine solche Reflektion machen und sagen: Liebe Kollegen der FDP, Sie müssten sich dann überlegen, ob Sie nicht auch einen solchen Schritt gehen sollten.

Nun könnte man auch noch sagen: Okay, wir differenzieren. Aber dann kommt die Landesvorsitzende der FDP und sagt: Das wird das zentrale Thema für die Auseinandersetzungen im Landtagswahlkampf. - Nun gut, soll sich jeder einen Reim darauf machen. Logisch und für den Wähler nachvollziehbar ist das kaum.

Schließlich haben wir das Problem der Kollegen Sozialdemokraten. Dies ist zweifellos das interessanteste, dies ist zweifellos das am meisten substanzielle; denn man muss nichts anderes machen, als die Wahlkampfaußagen der SPD heranzuziehen, um die Position, die die SPD jetzt hat, zu widerlegen.

Nun könnte man auch sagen: In Ordnung, das ist deren Problem. Aber auch das ist ein Glaubwürdigkeitsproblem an dieser Stelle.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Jetzt habe ich einen Punkt erreicht, an dem ich wirklich ins Grübeln gekommen bin. Mein Kollege Bullerjahn, der wahrscheinlich durchaus bewusst die jetzige Debatte nicht verfolgt hat, schreibt dann auch noch in einem Interview oder er lässt es schreiben, dass der zentrale Gesichtspunkt, der darüber entscheide, ob seine Partei bereit sei, mit der CDU auf Landesebene zusammenzuarbeiten, die Zustimmung der CDU zur Erhöhung der Mehrwertsteuer sei.

An dieser Stelle hebt sich jede politische Logik aus. Was kommt denn als Nächstes von der SPD? Verlangen Sie, dass die CDU im Land die Reichensteuer ablehnt, um mit ihr in Zukunft zusammenarbeiten zu können? - Mit dieser Geschichte hat man seine Glaubwürdigkeit endgültig verspielt.

(Frau Feußner, CDU: Denken Sie doch an Ihre Glaubwürdigkeit, statt die Glaubwürdigkeit anderer zu kritisieren!)

Und dann sage ich noch einmal - ich habe auf diesen Satz gewartet -: Es ist Wahlkampf. Natürlich führen wir politische Wahlkampfauseinandersetzungen. Es wird Wahlkampf geben. Das war eines der bestimmenden Themen in der Vergangenheit und das wird es bleiben. Dabei werden wir das Thema Glaubwürdigkeit ansprechen. Dazu benutzen wir den Ort, der dafür gedacht und richtig ist, nämlich diesen Landtag, diese Plenarsitzung und diese Abstimmung. - Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zurufe von der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Gallert. - Meine Damen und Herren! Wir treten nun in das Abstimmungsverfahren zu den Drs. 4/2572 und 4/2581 ein. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Tullner, haben Sie die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss und in den Finanzausschuss beantragt.

(Herr Tullner, CDU: Nur in den Finanzausschuss!)

- Nur in den Finanzausschuss. - Dann stimmen wir also über die Überweisung beider Anträge in den Finanzausschuss ab. Wer einer solchen Überweisung - meinetwegen auch etwas schmunzelnd - seine Zustimmung

gibt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte.
- Zustimmung bei den Fraktionen der CDU und der FDP.
Gegenstimmen? - Gegenstimmen bei der Fraktion der Linkspartei.PDS und bei der SPD-Fraktion. Damit ist der Überweisung dieses Antrages in den Ausschuss mehrheitlich zugestimmt worden und Tagesordnungspunkt 20 ist abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung. Wir sind damit am Ende der 37. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich habe für Sie noch eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht: Uns allen steht zum Wochenende und da-

nach Damenbesuch ins Haus. Die schlechte Nachricht: Diese Dame wird entgegen sonstigen Erfahrungen nicht Wärme, sondern sehr viel Kälte, russische Kälte bringen. Es ist das Islandtief „Jeanette“. Es steht uns ein Winter- einbruch bevor.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie schnell und sicher nach Hause kommen. Ziehen Sie sich warm an, damit ich Sie gesund und wohlbehalten zur 38. Sitzungsperiode des Landtages begrüßen kann, zu der ich Sie für den 16. und 17. Februar 2006 einladen werde.

Schluss der Sitzung: 14.28 Uhr.